



22 | 2009

62. Jg., 47.–48. KW, 26. November 2009

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

Ulrich Buller und Holger Hanselka, Ferdinand Dudenhöffer und Eva Maria John, Marion A. Weissenberger-Eibl

- Zukunftstechnologien: Förderung von Elektroautos – wie sinnvoll ist die Unterstützung einzelner Technologien?

Daten und Prognosen

Christian Breuer

- Steuerschätzung: Steuern im Sinkflug

- ifo Branchendialog 2009

Horst Penzkofer

- Messe Düsseldorf: Bundesweit Sicherung von 28 000 Arbeitsplätze

Im Blickpunkt

David Anthoff, Janina Ketterer und Jana Lippelt

- Klimaschäden und Klimaverhandlungen

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Dr. Christa Hainz, Annette Marquardt, Dr. Chang Woon Nam,
Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Zukunftstechnologien: Förderung von Elektroautos – wie sinnvoll ist die Unterstützung einzelner Technologien?

3

Ulrich Buller und Holger Hanselka, Fraunhofer Gesellschaft, unterstreichen in ihrem Beitrag, dass im Sinne der zukünftigen »Art of Mobility« die gesamte Breite der motorisierten Fahrzeuge, vom Elektrofahrrad über das Elektroauto bis hin zum schweren Nutzfahrzeug, betrachtet werden muss. Unter diesem Blickwinkel erscheine ein zweistelliger Marktanteil von Elektrofahrzeugen im Jahr 2020 machbar, für 2030 sei eine 50%ige Durchdringung als realistisch anzusehen. Gerade unter dem Gesichtspunkt der CO₂-Reduktion sei die Elektrotechnologie nicht zu unterschätzen. Letztendlich stehe aber der Kunde im Mittelpunkt, für ihn müssen attraktive Produkte in ausreichender Stückzahl verfügbar sein. Primär gelte es deshalb, die Kosten für Elektrofahrzeuge auf ein Niveau abzusenken, das vom Markt akzeptiert wird. Ferdinand Dudenhöffer und Eva Maria John, ÖkoGlobe-Institut an der Universität Duisburg-Essen, halten es für sinnvoll, die Technologieforschung in die Elektromobilität staatlich zu fördern. Staatliche Förderung der Elektromobilität habe den Charakter eines nationalen öffentlichen Guts, da die Risiken für das einzelne Unternehmen zu groß seien und die Investitionen anderenfalls nicht getätigt werden würden. Gleichzeitig profitiere die Branche in Deutschland als Ganzes. Dies gelte nur bis zur Marktreife. Die Vermarktung sei aber Aufgabe von Unternehmen, eine Endkundenprämie nicht notwendig. Für Marion A. Weisenberger-Eibl, Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung, Karlsruhe, ist die Elektromobilität unverzichtbarer Bestandteil eines zukünftigen Mobilitätskonzepts. Ziel sei es, die treibenden Kräfte und Rahmenbedingungen der Elektromobilität zu analysieren und in Zukunftsszenarien einzuberechnen, so dass strategische Entscheidungen auf Basis umfassender Analysen getroffen werden könnten. Dabei sei die Förderung von Elektroautos ein wichtiger Bestandteil der zukünftigen Verkehrskonzepte.

Daten und Prognosen

Steuern im Sinkflug

Ergebnisse der Steuerschätzung vom November 2009

Christian Breuer

11

Zweimal jährlich tagt der Arbeitskreis »Steuerschätzungen«. Während die Schätzung im November vor allem die Prognose des laufenden und kommenden Jahres überprüft, hat die Prognose im Mai zudem die mittlere Frist im Blick. Vom 3. bis 5. November 2009 fand die 135. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« statt. Dabei wurden die Schätzungen des Gesamtsteueraufkommens für die Jahre 2009 und 2010, die an die geänderten gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten angepasst wurden, nur leicht korrigiert. Im Detail ergab sich aber erheblicher Korrekturbedarf. Das Steueraufkommen wird voraussichtlich von 561,2 Mrd. € im Jahr 2008 auf nunmehr 524,1 Mrd. € sinken. Im Mai wurde bereits ein Rückgang auf 527,1 Mrd. € erwartet.

ifo Branchen-Dialog 2009

15

Am 26. Oktober 2009 veranstaltete das ifo Institut in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern und mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie den neunten »ifo Branchen-Dialog«. Ziel dieser Arbeitstagung war die Analyse der Gesamtwirtschaft und der konjunkturellen Entwicklung in der Industrie, in der Bauwirtschaft, im Groß- und Einzelhandel sowie in ausgewählten Dienstleistungsbranchen. Seine Eröffnungsrede begann Peter Driessen, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbay-

ern, mit einem kurzen Rückblick auf die Wirtschaftslage zum Zeitpunkt des letzten ifo Branchen-Dialogs, der nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers stattfand. Er verwies dabei auf einen Artikel des Handelsblatts vom 8. September 2008, wonach die Wahrscheinlichkeit für eine Rezession bei 20% liegen würde. Die durch den Zusammenbruch der Investmentbank ausgelösten Turbulenzen und die realwirtschaftlichen Folgen seien damals noch unvorstellbar gewesen. Mittlerweile hätten jedoch die weltweiten Konjunkturprogramme gegriffen und weitere Zusammenbrüche systemrelevanter Banken konnten vermieden werden. Der rasante Absturz der Wirtschaft sei mit dem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland im zweiten Quartal 2009 und mit dem wahrscheinlichen Zuwachs im dritten Quartal 2009 vorbei. Von Entwarnung kann laut Driessen jedoch nicht die Rede sein, denn auf mittlere Sicht stünden unruhige Zeiten bevor. Im Anschluss an seine Ausführungen wurden in vier Branchenforen die konjunkturellen Tendenzen in den Wirtschaftsbereichen Industrie, Handel, Bauwirtschaft und Dienstleistungen im Detail analysiert und diskutiert. Die Foren wurden jeweils durch eine Einführung von Experten des ifo Instituts eröffnet und die Themen danach durch Beiträge von externen Experten erweitert und vertieft. Den zweiten Teil der Veranstaltung eröffnete *Hans-Werner Sinn*, der Präsident des ifo Instituts, mit seiner Analyse der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und Europas. Den Abschluss der Konferenz bildete »der Dialog Wirtschaft und Politik«. Da der eingeladene Wirtschaftsminister zu Guttenberg kurzfristig sein Kommen absagen musste, übernahm Hans-Werner Sinn den Part der Politik beim Thema »Strategien für den Aufschwung –Thesen aus der Sicht der Wirtschaft und der Politik«. Die Sicht der Wirtschaft wurde von *Helmut Kormann* vertreten, der über 40 Jahre in der Industrie tätig war.

Düsseldorfer Messen und Veranstaltungen von DüsseldorfCongress sichern die Arbeitsplätze von bundesweit knapp 28 100 Personen

47

Horst Penzkofer

Nach den jüngsten Berechnungen des ifo Instituts geben die Besucher und die Aussteller der Düsseldorfer Messen und Ausstellungen im jährlichen Durchschnitt rund 1,75 Mrd. € aus, wobei über 40% der gesamten Ausgaben in Düsseldorf getätigt werden. In Nordrhein-Westfalen insgesamt fallen Ausgaben in Höhe von über 1 Mrd. € an. Der Beitrag der Messen zu den Einnahmen der öffentlichen Haushalte ist nicht unerheblich: Für alle Gebietskörperschaften der Bundesrepublik Deutschland ergeben sich für ein durchschnittliches Messejahr Steuereinnahmen in Höhe von rund 423 Mill. €; davon entfallen etwa 25,6 Mill. € auf Düsseldorf und 151 Mill. € auf das übrige Nordrhein-Westfalen. Im Jahresdurchschnitt sichern Messen und sonstige Veranstaltungen der Messe Düsseldorf GmbH bundesweit die Arbeitsplätze von knapp 28 100 Personen.

Im Blickpunkt

Klimaschäden und Klimaverhandlungen

52

David Anthoff, Janina Ketterer und Jana Lippelt

Anfang Dezember, bei dem Weltklimagipfel in Kopenhagen, wird das Startsignal zu einer wichtigen Verhandlungsrunde im Kampf gegen den Klimawandel gegeben. Doch die Chancen, in Kopenhagen ein neues Klimaprotokoll und somit einen erfolgreichen Ausgang zu erzielen, sind in den vergangenen Monaten dramatisch gesunken. Vielerlei Gründe erschweren eine Einigung, darunter die ungleiche Verteilung historischer und zukünftiger CO₂-Emissionen in Industrie- und Schwellenländern und die weltweit ungleiche Verteilung der prognostizierten Schäden durch den Klimawandel. Insbesondere arme Regionen werden einen hohen Schaden zu verkraften haben. Aber auch Wachstumsregionen wie China und Indien werden im Jahr 2100 einen beträchtlichen Anteil ihres Bruttoinlandsprodukts durch Klimawandelschäden verlieren.

Ist die Förderung von Elektroautos im Rahmen des nationalen Entwicklungsplans Elektromobilität sinnvoll?

Potentiale der Elektromobilität aus Sicht der Fraunhofer-Gesellschaft

Begrenzte Ressourcen, die CO₂-Debatte und der Schutz unserer Umwelt sind beherrschende Themen in der öffentlichen Diskussion. Es ist mittlerweile Konsens, dass der effiziente Umgang mit Energie eine der vordringlichsten Herausforderungen der Zukunft darstellt. Das ist gut so!

Von der Gebäudetechnik bis hin zum Personen- und Güterverkehr – in allen Bereichen des täglichen Lebens stehen erhebliche Umwälzungen bevor. Ein brandaktuelles Thema ist die Elektromobilität. Industrieunternehmen und Forschungseinrichtungen arbeiten hier Hand in Hand an der Verwirklichung rein elektrisch betriebener Fahrzeuge sowie der notwendigen Infrastruktur.

Auch die Fraunhofer-Gesellschaft hat die Wichtigkeit des Themas seit langem erkannt. Neben vielen weiteren Initiativen wurde vor kurzem das Verbundprojekt »Fraunhofer Systemforschung Elektromobilität« gestartet. In diesem arbeiten 33 Fraunhofer-Institute daran, den Wandel zu einer nachhaltigen »All-electric Economy« wirkungsvoll zu unterstützen.

Der Begriff Systemforschung ist hierbei Programm. Er verdeutlicht, dass alle Wertschöpfungsstufen der Elektromobilität aufeinander abgestimmt zu entwickeln sind. Dies betrifft sowohl den Bereich der Energieerzeugung, den Transport und die Verteilung der Energie durch die Stromnetze, die Schnittstellen zwischen Stromnetz und Fahrzeug, die Energiespeicherung als auch neue Fahrzeugkonzepte mit einer neuen Infrastruktur sowie Nutzungs- und Abrechnungskonzepten. Nur durch die abgestimmte Entwicklung aller relevanten Bausteine wird die Vision einer elektromobilen Gesellschaft realisierbar werden.

Doch warum sind sich die Wissenschaftlichen so sicher, dass ihre Arbeit nachhaltig ist und nicht nur auf einem kurzfristigen Hype beruht? Wer sagt ihnen, dass auf den Märkten der Zukunft Platz für elektrisch betriebene Fahrzeuge ist? Könnten die immensen Potentiale doch noch durch technische Unwägbarkeiten in Frage gestellt werden? Auch Fraunhofer kann diese Fragen zum jetzigen Zeitpunkt natürlich nicht mit vollständiger Sicherheit beantworten. Alleine die zu erwartenden Möglichkeiten und aktuelle Prognosen geben aber mehr als ausreichenden Rückenwind – und sind Grund genug, mit aller Kraft und Motivation die Verwirklichung der elektromobilen Zukunft mit zu gestalten.

Im Sinne der zukünftigen »Art of Mobility« muss die gesamte Breite der motorisierten Fahrzeuge, vom Elektrofahrzeug bis hin zum schweren Nutzfahrzeug betrachtet werden. Unter diesem Blickwinkel erscheint ein zweistelliger Marktanteil von Elektrofahrzeugen im Jahr 2020 machbar, für 2030 ist eine 50%ige Durchdringung als realistisch anzusehen. Die Elektrifizierung des Verkehrs wird hierbei eindeutig von urbanen Bereichen ausgehen und sich dann nach und nach auch auf die ländlichen Gebiete ausbreiten. Hierzu passt der Trend zu Megacities, bei denen die Vermeidung lokaler Fahrzeugemission höchste Priorität haben wird. Elektromobilität wird in diesem Umfeld der wichtigste Impulsgeber für lebenswertes »Urban Life« sein.

Auch der Beitrag des elektrischen Fahrens zur CO₂-Reduktion ist nicht zu unterschätzen. Aktuelle Studien zeigen, dass selbst bei Verwendung von Strom aus Kohle- oder Ölkraftwerken bereits leichte Verbesserungen der CO₂-Bilanz realisierbar sind. Von signifikanter Bedeutung wird



Ulrich Buller*



Holger Hanselka**

* Prof. Dr. Ulrich Buller ist im Vorstand der Fraunhofer-Gesellschaft.

** Prof. Dr. Holger Hanselka, Fraunhofer-Gesellschaft.

die Einsparung von Treibhausgasen aber erst, wenn in großem Umfang regenerative Energien genutzt werden. Die notwendige Zusatzenergie für das elektrische Fahren ist hierbei darstellbar: Bei Annahme von 50% Elektro- und Hybridfahrzeugen im Jahr 2050 summiert sich die dann hierfür benötigte Energiemenge auf nicht mehr als 85 TWh (zum Vergleich: Deutschland produziert heute pro Jahr ca. 600 TWh an elektrischer Energie).

Warum stellen wir uns also nicht kurzfristig auf rein elektrisches Fahren um – und was sind die Herausforderungen auf dem Weg zur elektromobilen Gesellschaft? Die Bandbreite der Themen umfasst sicherlich zum einen die Reichweite, Lebensdauer und Kosten der benötigten Batterien sowie eine geeignete Lade-Infrastruktur und effiziente Abrechnungskonzepte. Zum anderen gilt es, leistungsfähige und haltbare elektro-mechanische Komponenten (weiter) zu entwickeln. Die Zuverlässigkeit und (Crash-)Sicherheit der kommenden Fahrzeuggenerationen ist hier von gleicher Bedeutung wie Komfort und Preis.

Letztendlich steht aber der Kunde im Mittelpunkt – für ihn müssen attraktive Produkte in ausreichender Stückzahl verfügbar sein. Primär gilt es deshalb im ersten Schritt, die Kosten für Elektrofahrzeuge inkl. Batterie auf ein Niveau abzusenken, welches vom Markt akzeptiert wird. Fahrzeugtaugliche Batteriezellen auf Li-Ionen-Basis werden heute mit Kosten von mehr als 800 € pro kWh taxiert. Experten gehen davon aus, dass im Bereich von 300 € pro kWh eine Grenze der darstellbaren Serienkosten liegt. Hierdurch wird klar, dass der Li-Ion-Batteriemarkt sehr wahrscheinlich durch Leasing- oder Mietkonzepte charakterisiert sein wird. Dies kann sich natürlich grundlegend ändern, wenn neue Speichertechnologien »Beyond Lithium-Ion« zur Serienreife gebracht werden.

Auf jeden Fall wird die Frage nach fahrzeugseitig fest installierten Batterien auf der einen Seite und Wechselsystemen auf der anderen Seite die öffentliche Diskussion noch längere Zeit beherrschen. Kritiker der Wechselsysteme führen die hohen Logistik- und Lagerkosten für Wechselbatterien sowie Haftungsfragen an, während die Befürworter den kompletten Austausch der Energiespeicher an Tankstellen bzw. Servicepoints als einzige Möglichkeit sehen, um Fragen der Reichweitenbeschränkung wirkungsvoll zu begegnen. Die Fraunhofer-Gesellschaft wird als neutraler Forschungs-Dienstleister konzeptionell beide Wege analysieren und mit entsprechenden Studien helfen, zukünftig die »richtigen« Entscheidungen zu treffen.

Von Seite der Fahrzeughersteller bringt die Elektromobilität viele Herausforderungen mit sich – aber auch eine Fülle neuer konstruktiver Gestaltungsmöglichkeiten. So kann der Bauraum, welcher im verbrennungsgetriebenen Fahrzeug für den traditionellen Antriebsstrang benötigt wird, im Elektro-

mobil teilweise oder sogar vollständig entfallen oder anderweitig genutzt werden. Dem vollständigen Verzicht auf mechanische oder hydraulische Lenk- und Antriebs- bzw. Bremsen stehen zurzeit nur noch Fragen der Sicherheit und Systemzuverlässigkeit entgegen. Diese technologischen Hürden sind jedoch mit gezielten Forschungsinitiativen zu meistern, so dass die Vision der reinen Drive-by-Wire-Konzepte umsetzbar erscheint. Fahrzeuge der Zukunft werden deshalb nicht nur technologisch, sondern auch in Form und Design den Wandel zur Elektromobilität widerspiegeln. Der Fantasie sind hier (fast) keine Grenzen gesetzt, was viele aktuelle Konzeptstudien bereits eindrucksvoll beweisen.

Neben der reinen Fahrzeug-, Antriebs- und Batterietechnik sind natürlich auch energiewirtschaftliche Fragestellungen zu lösen. Diese beginnen direkt an der Quelle, denn ein Elektrofahrzeug wird nur so umweltfreundlich wie die Herkunft seines »getankten« Stroms sein. Optimalerweise kommt deshalb regenerative Energie zum Einsatz, wie sie heute schon in großem Umfang in die Netze gespeist wird. Mit steigendem Anteil des Windkraft- oder Solaranteiles im Strommix nimmt dann aber auch die Fluktuation der zur Verfügung stehenden Energie zu. Um die heute bestehenden Speicherkraftwerke zu ergänzen, adressieren aktuelle Forschungsarbeiten gezielt stationäre Speicher- und Pufferlösungen, wie z.B. das Einbringen von Druckluft in unterirdische Höhlen oder weiterentwickelte Redox-Flow-Batterien.

Warum aber nicht die in Zukunft vorhandenen Speicherkapazitäten der Elektrofahrzeuge für die Energiespeicherung nutzen? Diese Idee birgt viele Vorteile und wird deshalb zur Zeit zu Recht diskutiert und entwickelt. Gerade Autos sind für einen großen Anteil des Tages Immobilien – sie stehen geparkt an einem festen Platz. Elektrofahrzeuge könnten also ein Teil des Stromnetzes werden und Fluktuationen mit Hilfe eines Teiles ihrer Batteriekapazität abpuffern. Die Herausforderungen dieses Ansatzes sind sowohl logistisch als auch technologisch geprägt. Es ist zu berücksichtigen, dass die Lebensdauer der Batterie durch zusätzliche Zyklen der Stromzufuhr und -entnahme beeinflusst wird. Die maximal mögliche Pufferenergie, welche ein Fahrzeug bereitstellt, muss somit sinnvoll begrenzt werden. Gleichzeitig müssen dem Kunden geeignete Ladestationen zur Verfügung gestellt werden, die ein komfortables An- und Abkoppeln des Fahrzeugs ermöglichen. Auf der logistischen Seite gilt es, zu jedem Zeitpunkt ein jeweils optimales Set-Up der Strombereitstellung zu finden. Hierdurch sollen die zukünftig vorhandenen Pufferkapazitäten der Elektrofahrzeuge optimal genutzt und die kostenintensive Zuschaltung von Gasturbinen auf ein Minimalmaß reduziert werden.

Die weitreichenden Visionen, welche neuen Möglichkeiten eine elektromobile Gesellschaft bieten wird, führen direkt zu innovativen Geschäftsmodellen. Schon alleine die An-

kopplung von Elektrofahrzeugen an öffentliche »Stromtankstellen« bedarf eines kundenfreundlichen Abrechnungssystems. Hier sind viele Ansätze denkbar, die das tägliche Leben in der elektromobilen Gesellschaft wesentlich prägen könnten – von Prepaid-Systemen über die automatische Abrechnung, z.B. über die Telefon- oder Stromrechnung, bis hin zu Erkennung des Kunden durch Funkchips oder Mobiltelefon. Denkbar ist, vergleichbar mit dem heutigen Prinzip der Mobilfunkverträge, zukünftig auch der Kauf von »Mobilität« durch den Kunden. Er würde dann gegen eine monatliche Grund- und/oder Laufleistungsgebühr ein Fahrzeug zum geringen Preis gestellt bekommen. Der Phantasie sind hier keine Grenzen gesetzt.

Was sind also die Erfolgsfaktoren der Elektromobilität in Deutschland und Europa? Es ist sicherlich unabdingbar, mit Hilfe von Forschungsinitiativen die notwendigen Schlüsseltechnologien und Kompetenzen zu erarbeiten. Die Bundesregierung hat sich mit der Verabschiedung des »nationalen Entwicklungsplans Elektromobilität« richtungsweisend positioniert. Alle wesentlichen Akteure haben somit eine grundlegende Planungssicherheit. Aus den Mitteln der Konjunkturprogramme wurden maßgebliche Projekte in der Industrie, an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie in den Regionen etabliert. Es gilt nun, die Partner zu vernetzen und die Gestaltung nachhaltiger Lösungen voranzubringen. Sicherlich sind die nationalen Forschungsbudgets im Vergleich zu China und den USA vergleichsweise gering – einen wesentlichen Erfolgsfaktor wird aber die Effizienz der Umsetzung darstellen.

Mit besonderem Interesse werden wir auch die Wirkung von Fördermaßnahmen in Ländern wie China beobachten. Die großflächigen Subventionen werden hier mit großer Sicherheit zu einer überproportionalen Verbreitung von Elektrofahrzeugen führen. Schon aktuell ist der Trend zur »Erst-Mobilisierung« von Regionen, u.a. über Elektrofahrräder, zu beobachten.

Die elektromobile Zukunft wird also spannend. Wir können nur appellieren, national die Kräfte zu bündeln und dafür zu sorgen, dass Deutschland zu einem Vorreiter des elektrischen Fahrens wird. Wenn wir unsere Aktivitäten weiter intensivieren, dann sind wir sicherlich auf einem guten Weg.



Ferdinand Dudenhöffer*



Eva Maria John**

Marktanreizprogramme für Endkunden sind falsch

Nach über 100 Jahren Verbrennungsmotor steht die Automobilindustrie vor einem Paradigmenwechsel. Unsere Autos sollen in der Zukunft aus Klimaschutz- und Umwelterwägungen mit Strom fahren. Einige Autobauer sind dabei, intensiv in die Elektromobilität zu investieren, andere betreiben Vorzeigeprojekte und Chefentwickler merken schon mal im kleinen Kreise an, dass sie in den nächsten 20 Jahren wenig Zukunft für das Elektroauto sehen. Die Risiken, in eine neue Technologie zu investieren, sind für einzelne Unternehmen nicht unerheblich. Um diese Risiken aus dem Wege zu schaffen, soll die neue Technologie »gefördert« werden. So wurde noch unter der großen Koalition im August 2009 der »Nationale Entwicklungsplan Elektromobilität der Bundesregierung« verabschiedet. Mit dem »Nationalen Entwicklungsplan«, der in weiten Teilen wenig konkret formuliert ist, soll die Markteinführung von Elektrofahrzeugen beschleunigt werden. Die Bundesregierung strebt mit dem Plan an, dass bis zum Jahre 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren. Zusätzlich soll »Deutschland zum Leitmarkt Elektromobilität werden und die Führungsrolle von Wissenschaft sowie der Automobil- und Zulieferindustrie behaupten« (vgl. Bundesregierung Nationaler Entwicklungsplan Elektromobilität der Bundesregierung vom August 2009, www.bmu.de). Dazu gehört dem nationalen Entwicklungsplan gemäß auch die Schaffung einer bedarfsgerechten Infrastruktur für das Laden der Fahrzeuge, welche die Bundesregierung durch »geeignete Rahmenbedingungen« unterstützen will.

* Prof. Dr. Ferdinand Dudenhöffer ist Inhaber des Lehrstuhls für allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Automobilwirtschaft sowie Direktor des ÖkoGlobe-Instituts an der Universität Duisburg-Essen.

** Prof. Dr. Eva-Maria John forscht am ÖkoGlobe-Institut und ist Professorin für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Marketing an der FH Gelsenkirchen.

Nach den Ausführungen der Bundesregierung sind die Technologien für elektrische Antriebe, Energiespeicher und Netzinfrastruktur in ihren Grundlagen entwickelt. Forschungsbedarf besteht allerdings an zahlreichen Stellen der Wertschöpfungskette. Insbesondere in der Batteriespeichertechnologie sind in Deutschland nach Einschätzung der Bundesregierung Universitäten, Forschungsinstitute und Unternehmen schwach aufgestellt. Die Leistungsfähigkeit, Kosten, Haltbarkeit, Ladegeschwindigkeit und das Gewicht der Stromspeicher sind eine der ganz zentralen Herausforderungen der Elektromobilität. Deshalb sollen im Rahmen des »Nationalen Entwicklungsplans Elektromobilität« in den nächsten zehn Jahren neben ordnungsrechtlichen Maßnahmen, wie die Unterstützung bei der Batterietechnologie, der Netzintegration und der Marktvorbereitung, auch ein Marktanreizprogramm und dessen Ausgestaltung geprüft werden.

Aus dem Nationalen Entwicklungsplan für Elektromobilität lassen sich direkt drei Fragestellungen ableiten. Erstens, hat es Sinn, dass wir einzelne Technologien, wie die Elektromobilität direkt fördern, oder wäre es nicht sinnvoller, generell Innovationen zur CO₂-Einsparung zu fördern. Zweitens, sollte die staatliche Förderung einer Technologie Sinn haben, ab welchem Zeitpunkt sollte dann die Förderung eingestellt werden und in die Hände von privaten Investoren und Unternehmen gegeben werden. Drittens ist es sinnvoll, neben der Grundlagenforschung dann auch Incentives für die Vermarktung bereitzustellen?

Plädoyer für Grundlagenforschung

Können Technologien nicht vermarktet oder sonst irgendwie gesellschaftlich genutzt werden, besitzen sie keinen Wert. Nur eine Technologie in irgendeiner Schublade zu haben, hat ökonomisch wenig Sinn. Ökonomisch sinnvoll kann durchaus ein Erkenntnisgewinn aus einer Technologie für eine Gesellschaft sein, wenn diese Erkenntnisse in irgendeiner Form, und sei es kulturell, genutzt werden können. Sollten also Batterien und Stromladestationen für Elektroautos öffentlich gefördert werden? Kann davon ausgegangen werden, dass das Elektroauto einen ökonomischen Wert besitzt? Immerhin kam niemand auf die Idee, ein staatliches Förderprogramm für Lithium-Ionen-Akkus für Handys, Laptops oder elektrische Zahnbürsten zu fordern. Eine wichtige Antwort liegt in der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Branche. Die Automobilindustrie erzeugt eine hohe Wertschöpfung in Deutschland. Immerhin sind über 700 000 Menschen in Deutschland direkt bei Autobauern und Zulieferern beschäftigt. Das Risiko, ohne ein Programm für Elektromobilität einen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Automobilnationen einzufahren, ist hoch. Darin unterscheiden sich Autos von elektrischen Zahnbürsten.

Forschungsförderungsbeispiele aus wichtigen Ländern unterstreichen das Argument. So beabsichtigt Frankreich in den kommenden vier Jahren Forschung und Entwicklung für Hybrid- und Elektrofahrzeuge mit einem Gesamtbudget von 400 Mill. € zu fördern. Eines der größten Förderungsprogramme wurde in China implementiert. China hat 1 Mrd. € für technologische Innovationen für effizientere Antriebstechnologien bereitgestellt. Zusätzlich wird der Ausbau von zehn Pilotregionen mit mehr als 10 000 Fahrzeugen bis zum Jahre 2011 mit 2 Mrd. € gefördert. In Japan unterstützt die Regierung die Batterieforschung mit dem Ziel, die Zellkosten zu halbieren, mit 200 Mill. US-Dollar. Die US-Regierung treibt mit 2 Mrd. US-Dollar die Batterieforschung sowie Komponentenforschung für Elektrofahrzeuge voran und investiert 400 Mill. US-Dollar in Pilotprojekte zur Elektromobilitätsinfrastruktur. So wie in früheren Jahren Brennstoffzellenfahrzeuge oder Sicherheitsinnovationen in der Automobilbranche staatlich gefördert wurden, hat es im Umfeld der Förderung in wichtigen Ländern Sinn, bei der Elektromobilität nicht zurückzustecken. Es wäre ein hohes nationales Risiko, den Paradigmenwechsel in der Automobilindustrie zu unterschätzen.

Das Risiko, im Automobilsektor Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren, ist eine Triebfeder für die Förderung der Elektromobilität. Aber wäre es dann nicht besser, Forschungsförderung zu betreiben, bei der generell CO₂-Innovationen mit größter CO₂-Einsparung gefördert werden? Spart ein Elektroauto über seinen gesamten Lebenszyklus mehr CO₂ ein als mit ein Biogas- oder Ethanolbetriebenes Auto? Soll man gleichzeitig in den Verbrennungsmotor und in Elektromobilität zu investieren? Sollten wir uns also den Luxus eines Antriebsmix leisten, oder sind wir mit einer Antriebsart ideal aufgestellt? Sollten wir also nicht statt eine bestimmte Technologie zu fördern, nur Konzepte öffentlich fördern, welche die beste CO₂-Bilanz und Nachhaltigkeit der Energieform garantieren. A priori sind diese Fragen nicht zu beantworten. Nur das Experiment schafft hier die Erkenntnis. Nach heutigem Wissensstand der Ingenieurwissenschaften zählt die Elektromobilität zu den entscheidenden Technologien, die beste CO₂-Bilanz und Nachhaltigkeit der Energieform kombinieren. Deshalb ist die Grundlagenforschung in Elektromobilität richtig.

Wann endet Grundlagenforschung, wann beginnt die Vermarktung

Generell gilt die Daumenregel, dass Investitionsprojekte mit langen Amortisationszeiten in der Industrie eher aussortiert werden. Je länger die Amortisationszeit, umso größer fallen üblicherweise die Schwankungen zukünftig prognostizierter Umsätze und Gewinne aus. Zusätzlich steigt das Risiko, dass Wettbewerber mit Substitutionsprodukten oder kostengünstigeren Produktionsverfahren die Mittelwerte der

prognostizierten Umsätze und Gewinne drücken. Zum zweiten drückt der Zinssatz. Je später die Gewinne anfallen, umso schwieriger wird es, den Kapitalwert einer Investition positiv zu gestalten.

Ein Beispiel verdeutlicht das Problem. Unterstellen wir eine Investition, die im fünften Jahr zu einem Einnahmestrom von 10% der Investitionssumme führt und dieser Einnahmestrom jährlich um 10% steigt. Bei einem Zinssatz von 5% braucht der Zahlungsstrom 15 Jahre, bis die Investitionssumme zurückgeflossen ist. Beginnt der Einnahmestrom erst im zehnten Jahr, müssen wir 22 Jahre warten, bis die Investitionssumme zurückgeflossen ist. Dies sind Zeiträume, die selbst für große Unternehmen nur »überschaubare« Projekte realisieren lassen. Ladeinfrastruktur, Batterieforschung und Konzeptfahrzeuge haben damit überwiegend den Charakter von Grundlagenforschung. Serienentwicklungen bei Elektrofahrzeugen, wie etwa bei Renault-Nissan, lassen sich dagegen mit den üblichen Kalkulationsmustern der Autobauer ohne staatliche Förderung realisieren. Eines der Beispiele hierzu ist Renault-Nissan. So hat der Konzern nach Angaben seines Vorstandsvorsitzenden Ghosn in den letzten Jahren über 4 Mrd. € in ein Elektroprojekt investiert. Bereits ab 2011 werden Serienfahrzeuge von Renault-Nissan in Märkten wie Japan, USA, Frankreich, Israel verkauft.

Politikersympathie für Marktanreizprogramme

Es ist sinnvoll, Schlüsseltechnologien wie die Elektromobilität zu fördern. Besondere Sympathie bei Politiker genießen Marktanreizprogramme für Endkunden. Dazu gibt es eine ganze Reihe von Beispielen. Obwohl das Erdgasauto bekannte, ausgereifte Technologie war, hat man sich in der Bundesrepublik für die Endkundenförderung von Gasfahrzeugen entschlossen. Da Erdgasfahrzeuge etwa 25% weniger CO₂ emittieren als Benzin- oder Dieselfahrzeuge, wurde willkürlich durch das *Gesetz zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform* im Jahre 2002 und das Energiesteuergesetz des Jahres 2006 der Steuersatz auf Erdgas für Fahrzeuge im öffentlichen Straßenverkehr bis 2018 gegenüber Benzinern um fast 80% reduziert. Der hohe Steuervorteil hat weder zur Marktdurchdringung von Erdgasfahrzeugen beigetragen, noch Innovationen bei Verbrennungsmotoren ausgelöst. Es hat also wenig Sinn, willkürlich die Vermarktung von spezieller Technologie zu fördern. Die Ziele müssen vielmehr als Orientierung gelten. Soll CO₂ eingespart werden, ist es nicht sinnvoll, Erdgasautos zu fördern und alle anderen Maßnahmen zu ignorieren.

Ähnlich verhält es sich bei der Elektromobilität. Noch vor der Serieneinführung werden Endkundenprämien ausgelobt, die in einzelnen Ländern einschließlich Steuergutschriften bis zu 10 000 € betragen können (vgl. Kasten). Mit dem Prämien-

Prämien und Steuergutschriften für Elektroautos

- Japan: bis 10 000 €
- Monaco: bis 8 000 €
- China: bis 6 700 €
- Spanien: bis 6 000 €
- Großbritannien: bis 5 600 €
- Frankreich: bis 5 000 €
- Portugal: bis 4 500 €
- USA: bis 5 800 US-Dollar

system plant man, die Skaleneffekte zügig in Gang zu bringen. Nicht nur das Beispiel Erdgasauto zeigt, dass zeitlich befristete Prämien kaum Skaleneffekte forcieren. Entweder ist die Technologie zur Kosteneinsparung – etwa bei Batterien – vorhanden, dann hat der Autobauer die Kraft, dies im Markt umzusetzen. Oder die Technologie ist nicht vorhanden, dann spielt die zeitliche Subventionierung des Endkunden auch keine Rolle. Zusätzlich verzerren Prämien das Preisgefüge. Aus welchem Grund erhalten etwa Elektrofahrzeuge Prämien, während ein Fahrzeug, das sich ausschließlich mit Biogas bewegt, keine Prämien erhält? Unter Umständen wird der Strom aus Braunkohle gewonnen, während der CO₂-Haushalt bei dem Biogasfahrzeuge im Gleichgewicht bleibt. Eine Prämie zu bezahlen, nur weil Strom »chic« ist, kann nicht die Lösung sein. Zeitlich befristete Endkundenprämien verzerren, belasten Staatsbudgets und lösen keine nachhaltige Entwicklung aus. Ist das Ziel die Senkung des CO₂-Ausstoßes, dann sollte der CO₂-Ausstoß besteuert oder CO₂-Einsparungen belohnt werden. Eine willkürliche Endkundenprämie für den Kauf von Elektroautos ist das falsche Instrument.

Forschungsförderung und Bürokratismus

Zusammenfassend lässt sich sagen: Es ist sinnvoll, Technologieforschung in die Elektromobilität staatlich zu fördern. Staatliche Förderung der Elektromobilität hat den Charakter eines nationalen öffentlichen Guts: Da die Risiken für das einzelne Unternehmen zu groß sind, wird er nicht investieren. Gleichzeitig profitiert die Branche in Deutschland als Ganzes. Dies gilt bis zur Marktreife. Die Vermarktung ist Aufgabe von Unternehmen, und eine Endkundenprämie ist nicht notwendig. Prämien könnten nur von Industriepartnern übernommen werden, etwa so wie bei den Erdgasfahrzeugen. Nahezu alle Erdgaslieferanten unterstützen mit Prämien den Kauf dieser Fahrzeuge. Es ist deshalb nicht abwegig zu unterstellen, dass Stromhersteller zukünftig den Kauf von Elektrofahrzeugen unterstützen. Immerhin wird durch Elektroautos bei den Stromlieferanten kräftig Umsatz erzeugt. Stimmt die Technologie, ist auch das Marktinteresse vorhanden.

Die Idee des Marktanschubs ist vermutlich aus einem anderen Grund bei Politikern tief verankert. Politiker kennen die

vielfältigen, zähen und langen Wege der öffentlichen Forschungsförderung. Unsere Systeme der Forschungsförderung scheinen überreguliert und deutlich überverwaltet. Bestes Beispiel ist die Forschungsförderung zur Elektromobilität. Bereits im Mai hatte das Bundesverkehrsministerium auf Grundlage von Landesvorschlägen 115 Mill. € aus dem Konjunkturpaket II für einzelne Musterregionen genehmigt. Endgültige Projektzusagen sind bei den meisten Vorhaben nach sieben Monaten immer noch nicht vorhanden. Vermutlich zieht sich die Forschungsförderung aus dem Konjunkturpaket II ins Jahr 2010, wenn die Konjunktur wieder läuft. Es gibt eine Vielzahl von Forschungsprojekten auf EU-, Bundes- und Landesebenen, die im administrativen Überbau ertrinken. Und so wird nicht allzu selten aus interessanten Forschungsansätzen eher »Leitz-Ordner-« oder »Ablageforschung«. Vielleicht ist das der Grund, warum Politiker so große Sympathie für Endkundenprämien statt Forschungsförderung zeigen.



Marion A. Weissenberger-Eibl*

Bestandteil eines zukünftigen Mobilitätskonzepts

Wir am Fraunhofer-Institut für System und Innovationsforschung ISI untersuchen das Thema Elektromobilität nicht nur im Hinblick auf das Elektroauto an sich oder hinsichtlich der Entwicklung einzelner Technologien. Unser Ansatz ist stattdessen die systemische Forschung: Wir untersuchen, welche Auswirkungen der Ausbau der Elektromobilität auf die Gesellschaft hat und wie sich unser Mobilitätsverhalten ändert.

Damit stellen wir nicht nur allein die Frage: »Wie sinnvoll ist die Unterstützung einzelner Technologien zur Förderung von Elektroautos?«, sondern wir beschäftigen uns mit dem »System Mobilität« und erforschen, welche ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Auswirkungen die Elektromobilität in diesem System hat, welche Innovationen diese Entwicklung unterstützen und welche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. Aus diesem Grund stellen wir uns die Frage: »Wie sehen die Mobilitätsszenarien der Zukunft aus?«

Unser Ziel ist es, die Anforderungen der Mobilität von morgen zu identifizieren. Dabei ist es wichtig, neue Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, um die negativen Folgen der immer knapper werdenden Ressourcen, des Klimawandels und des Umweltschutzes sowie der zunehmenden Feinstaub- und Lärmbelastung zu bewältigen. Aber auch der Wandel der Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur sowie ein insgesamt steigendes Mobilitätsbedürfnis von Wirtschaft und Gesellschaft fordern uns heute heraus. Aus diesen Gründen müssen wir unsere bestehenden Mobilitätsangebote radikal überdenken.

* Univ.-Prof. Dr. Marion A. Weissenberger-Eibl ist die Leiterin des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung ISI, Karlsruhe.

Aufgrund der zunehmenden CO₂-Emissionen durch die Verbrennung knapper werdender fossiler Ressourcen sind im Automobilbau innovative Antriebssysteme ohne oder mit möglichst wenig CO₂-Ausstoß von zentraler ökologischer und ökonomischer Bedeutung. Dabei können Fahrzeuge mit Elektroantrieb eine wichtige Rolle in unseren zukünftigen Mobilitätskonzepten spielen. Wir am Fraunhofer ISI haben deshalb in einer Studie die wesentlichen Parameter der Elektromobilität in einer Wirtschaftlichkeitsanalyse identifiziert und mögliche Zukunftsszenarien entwickelt.

Die Studie hat gezeigt, dass es aus ökologischer Sicht gute Gründe für eine stetig steigende Marktdurchdringung von Elektro- und Plug-in-Hybrid-Fahrzeugen gibt. Die Elektromobilität weist aufgrund ihrer deutlich höheren Energieeffizienz wesentliche Vorteile gegenüber anderen individuellen Mobilitätslösungen auf und kann so zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Wenn man dabei vom aktuellen Strommix ausgeht, ergibt sich immer noch eine positive CO₂-Bilanz gegenüber herkömmlichen Antriebssystemen. Sollte man durch eine stärkere Marktdurchdringung von erneuerbaren Energien sowie mit Hilfe intelligenter Lastverlagerung den Strom besser verteilen können, würde man sogar eine weitere Reduktion der Emissionen erreichen.

Zusätzlich zur Senkung der Treibhausgasemissionen sowie lokaler Emissionen wie Lärm und Feinstaub und der Steigerung der Energieeffizienz hat Elektromobilität weitere Auswirkungen auf unser gesellschaftliches System. So bietet sie die Möglichkeit, regenerative Energien in den Verkehrssektor zu integrieren, indem man sie als Stromspeicher nutzt. Grundsätzlich verstärken sich der Ausbau der Elektromobilität und der erneuerbaren Energien wechselseitig, da Batterien als Speicher dienen können und so die schwankende Stromspeisung aus Windkraft- und Photovoltaikanlagen ausgleichen könnten. Damit ist in unserem zukünftigen Mobilitätssystem die Elektromobilität nicht nur ein Mittel zur Fortbewegung, sondern hat den Vorteil, dass sie Lastschwankungen ausgleichen und so CO₂-Emissionen reduzieren kann.

Wenn wir davon ausgehen, Elektroautos zumindest theoretisch als Teil unseres Stromspeichersystems zu nutzen, stellt sich die Frage, ob die Besitzer der Elektromobile ihre Fahrzeuge zur Speicherung zur Verfügung stellen würden. Aus diesem Grund ist ein weiteres Forschungsfeld am Fraunhofer ISI die Frage nach der Kundenakzeptanz: Die Entwicklung der intelligentesten technischen Lösungen bringt nichts, wenn diese nicht auf die Bedürfnisse der Kunden eingehen. Unseren Studien zufolge werden sich elektrobetriebene Fahrzeuge primär in den Märkten durchsetzen, in denen ihre spezifischen Vorteile genutzt werden: kleine Fahrzeuge für den innerstädtischen Verkehr, Elektroroller oder Leichttransporter für den innerstädtischen Lieferverkehr.

Hier schätzen wir die Nachfrage auf etwa 8 Mill. Elektro- und Plug-in-Hybrid-Fahrzeuge bis zum Jahr 2050, das entspricht 17% des heutigen Fahrzeugbestandes. Der Energiebedarf hierfür beträgt 10 bis 15 Terawattstunden. Diese zusätzlich notwendige Strommenge würde keine besonderen Anforderungen an den Bau von Kraftwerken stellen. Wir sehen gute Chancen für die Elektromobilität, beispielsweise bei Elektrorollern, städtischen Zweitwagen, Lieferverkehr in Städten oder bei Pendlern in Umweltzonen sowie bei Kunden mit hohem Umweltbewusstsein – aber eben nicht für alle Einsatzbereiche. Dies ergibt in der Schlussfolgerung ein Pluralismusszenario, bei dem Elektromobilität eine von mehreren verkehrstechnischen Lösungen im System ist.

Der Aufbau einer Beladungsinfrastruktur ist nach Meinung unserer Forscher finanzierbar, da der überwiegende Teil der Beladung zu Hause, an Arbeitsplätzen oder in öffentlichen Parkhäusern passiert. An diesen Orten ist ein Stromanschluss kostengünstig zu installieren. Ein weiterer Vorteil beim Aufbau einer Beladungsstruktur ist, dass ein Auto in Deutschland in 95% seiner Zeit steht. In diesem Zusammenhang müssen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit sich weitere Beladungskonzepte wie Stromzapsäulen in Städten oder Schnellbeladestationen durchsetzen könnten und wie sich diese Investitionen finanzieren lassen. Dafür ist es wichtig, Geschäftsmodelle für den Aufbau der Betankungsinfrastruktur zu gestalten, bei denen sich mit hoher Sicherheit die Wertschöpfungsstrukturen zwischen Automobilfirmen, Stromanbieter und beispielweise Batterieherstellern verschieben werden.

Besonders die Entwicklung der Batterien stellt uns heute vor große Herausforderungen. Hier sind massive Investitionen in Forschung und Entwicklung dringend nötig, da in Deutschland kaum noch Batterien und Akkus produziert oder weiterentwickelt werden. Außerdem stehen die Entwickler momentan vor der Herausforderung, die Sicherheit, Lebensdauer und Wirtschaftlichkeit sowie Recycling der Batterien zu verbessern. Um Kompetenzen aufzubauen, fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Entwicklung mit dem Forschungsprojekt LIB 2015, an dem neben der Industrie und Universitäten auch mehrere Fraunhofer-Institute beteiligt sind. Unsere Aufgabe in diesem Forschungsprojekt ist das Roadmapping. Im Zentrum dieses Roadmapping-Prozesses steht die Entwicklung der Lithium-Ionen-Batterie, aber auch Aspekte der Marktpräsentation oder Rohstoffverfügbarkeit können so gesamtheitlich abgebildet werden.

Um diesen zukünftigen Bedarf und die Anforderungen für die Elektromobilität vorausschauend zu planen, sind die gerade angesprochenen Roadmapping-Prozesse hilfreich. Diese stellen ein Verfahren zur graphischen Darstellung von Technologiepotentialen und Pfaden sowie zur Integration von Prozessen, Markttreibern und Projekten dar.

Bei dieser vorausschauenden Forschungsmethode wird der technologische Entwicklungsbedarf in Abhängigkeit von marktrelevanten Trends und Produkthanforderungen analysiert. Ziel der Entwicklung einer Roadmap ist es, das Wissen unter allen Beteiligten über die technologische Entwicklung zusammenzufassen. So können wir zukünftige Entwicklungsschritte von bestimmten Technologien zur Förderung der Elektromobilität darstellen und ihre Potentiale bewerten.

Wenn wir von Elektromobilität und der Unterstützung einzelner Technologien sprechen, müssen wir auch die Rohstoffthematik in unsere Überlegung einbeziehen. Rohstoffe sind die Basis für Zukunftstechnologien, da sie oft unersetzliche Grundstoffe für innovative Produkte und damit die Basis für die Entwicklung neuer Technologien sind. Bei der schon angesprochenen Batterieentwicklung sind Lithium und Kobalt essentielle Rohstoffe. Den Bedarf an Rohstoffen und Erden wie Lithium und Kobalt untersuchen wir in unserer Studie »Rohstoffe für Zukunftstechnologien«. Momentan sehen wir keine Engpässe für Lithium, aber andere Erden wie Neodym für die Magnete in den Elektromotoren oder Kupfer für die Wicklungen der Spulen sind voraussichtlich nicht in dem entsprechenden Maße vorhanden.

Aufgrund dieser Endlichkeit der Rohstoffe ist es wichtig, die Wechselwirkungen zwischen dem technologischen Fortschritt und dem Rohstoffbedarf mit in die Planung der Technologien einzubeziehen sowie ihr Recyclingpotential zu prüfen. Wenn wir von Elektromobilität sprechen und uns Gedanken darüber machen, welche Technologien in diesem Zusammenhang zu fördern sind, müssen wir auch der Frage nachgehen, welche Rohstoffe verfügbar sind oder in Zukunft vielleicht durch andere ersetzt werden müssen.

Um den systemischen Gedanken weiter zu verfolgen, müssen wir beim Thema »Mobilitätsszenarien der Zukunft« auch in Betracht ziehen, welche Auswirkungen Rohstoffe für neue Werkstoffe haben. Werkstoffe sind die Basis für die Entwicklung vieler Zukunftstechnologien, die im nächsten Schritt Produkt- und Dienstleistungsinnovationen ermöglichen. Für die Verkehrsszenarien der Zukunft bedeuten Werkstoffe beispielsweise neue, leichtere Materialien, die dazu führen, das Gewicht der Fahrzeuge zu reduzieren, was wiederum einen geringeren Verbrauch und mehr Antriebskraft für das Fahrzeug bedeutet oder neue Materialien für die Batterieentwicklung ermöglicht.

Das bedeutet aber auch, dass der globale Bedarf an wichtigen Rohstoffen langfristig steigt. Viele Rohstoffe sind heute noch in ausreichendem Maße vorhanden, trotzdem kann es in der Zukunft zu Engpässen kommen. Deshalb ist der Ersatz von natürlichen Rohstoffen durch neue Werkstoffe von großem Interesse für zukünftige Technologien für Elek-

tromobile. Hier ist strategische Vorausschau gefragt: Ziel ist es, den zukünftigen Bedarf und die Anforderungen an Werkstoffe frühzeitig identifizieren sowie vorhandene Werkstoffe auf ihre noch unbekanntem Potentiale und Anwendungsmöglichkeiten untersuchen, um langfristig mit Elektromobilen erfolgreich zu sein.

Das Ziel des Fraunhofer ISI ist es, die treibenden Kräfte und Rahmenbedingungen der Elektromobilität zu analysieren und in Zukunftsszenarien einzuberechnen, so dass strategische Entscheidungen auf Basis umfassender Analysen und mit Hilfe wissenschaftlich etablierter Methoden der Technologievorausschau getroffen werden können. Dabei ist die Förderung von Elektroautos ein wichtiger Bestandteil unserer zukünftigen Mobilitätskonzepte. Das Schaffen erfolgreicher Rahmenbedingungen als Nährboden und Umfeld für Innovationen ist auf diesem Weg genauso wichtig wie ihr frühzeitiges Erkennen und Fördern.

Die 135. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« hat nur leichte Korrekturen am geschätzten Gesamtsteueraufkommen der Jahre 2009 und 2010 vorgenommen. Trotz der verbesserten Wirtschaftsaussichten wurde die Gesamtprognose im Vergleich zur vorherigen Schätzung im Mai für das laufende Jahr kaum korrigiert. Im Detail ergab sich aber erheblicher Korrekturbedarf. Die Auswirkungen der Sofortmaßnahmen des Koalitionsvertrags der neuen Regierung werden das Ergebnis noch einmal um 8,4 Mrd. € jährlich reduzieren.

Prognose und Aufkommensentwicklung

Zweimal jährlich tagt der Arbeitskreis »Steuerschätzungen«. Während die Schätzung im November vor allem die Prognose des laufenden und kommenden Jahres überprüft, hat die Prognose im Mai zudem die mittlere Frist im Blick. In diesem Jahr ergaben sich aufgrund des rasanten wirtschaftlichen Einbruchs größere Korrekturen, die bereits in der Schätzung vom Mai zu erheblichen Erwartungsrückgängen führten (vgl. Breuer 2009). Nun ergeben sich weitere Mindereinnahmen:

Vom 3. bis 5. November 2009 fand die 135. Sitzung des Arbeitskreises in Hamburg statt. Dabei wurden die Schätzungen für die Jahre 2009 und 2010 unter Berücksichtigung der geänderten gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten angepasst. Während die Schätzung vom Mai noch von einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts 2009 von – 6% ausgegangen war, werden nun – 5% im Jahr 2009 erwartet. Gegenüber der Schätzung vom Mai werden die Erwartungen an die nominalen Wachstumsraten des BIP in den Jahren 2009 und 2010 um 1,4 bzw. 0,4 Prozentpunkte nach oben korrigiert.

Das Steueraufkommen wird voraussichtlich von 561,2 Mrd. € im Jahr 2008 auf nunmehr 524,1 Mrd. € sinken. Im Mai wurde bereits ein Rückgang auf 527,1 Mrd. € erwartet.

Für 2010 wird der Prognoseansatz von 510,5 Mrd. € auf 511,5 Mrd. € minimal angehoben. Für leichten Optimismus sorgt vor allem die aufgehellte konjunkturelle Stimmung. Dennoch ergeben sich in Folge der Finanzkrise und der Unter-

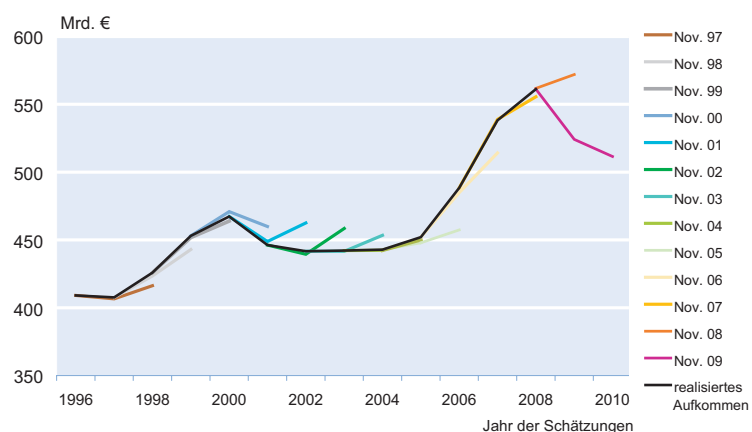
nehmensteuerreform 2008 deutliche Mindereinnahmen, die das erwartete Gesamtergebnis erheblich beeinträchtigen.

Die Steuerschätzung findet zweimal im Jahr statt, um die Haushaltsaufstellung mit möglichst detaillierten Zahlen am aktuellen Rand zu versorgen. Abbildung 1 zeigt, dass die Qualität der November-schätzung für das laufende Jahr in der Vergangenheit sehr hoch war.

Die Schätzung des Steueraufkommens für das kommende Jahr ist weniger treffsicher, wobei die Dynamik der Entwicklung des Steueraufkommens auch in Abhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung häufig unterschätzt wird. Somit kommt es in konjunkturellen Schwächephasen zu Überschätzungen des Steueraufkommens.

Ursächlich für die Schätzabweichungen sind mehrere Gründe: Erstens wird die Dynamik des konjunkturellen Verlaufs selbst unterschätzt. So ging man etwa im November des vergangenen Jahres

Abb. 1
Ergebnis der Steuerschätzungen jeweils im November der vergangenen Jahre 1997–2009



Quelle: BMF (2009b); BMF (2009c); BMF (2009d).

noch von einer deutlich besseren gesamtwirtschaftlichen Lage aus.

Zweitens ist auch bei bekanntem wirtschaftlichem Verlauf die Abhängigkeit des Steueraufkommens von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung umstritten. Uneinigkeit besteht insbesondere in Bezug auf die Bemessungsgrundlage, die Elastizität und die Verzögerung des Aufkommens der Gewinnsteuern. Um möglichst wenig Risiken einzugehen, tendieren vorsichtige Schätzungen zu moderater Dynamik, die sich eher am allgemeinen Trend orientieren als an den teil-

weise sehr dynamischen Verläufen potentieller Bemessungsgrundlagen. Auch insofern könnten sich dann Schätzkorrekturen ergeben, die der wirtschaftlichen Dynamik folgen dürften.

Drittens befindet sich das Steuerrecht in einem ständigen Wandel. Häufig werden Rechtsänderungen erst nach der Steuerschätzung von den Parlamenten beschlossen. Die im parlamentarischen Prozess befindlichen Rechtsänderungen werden jedoch regelmäßig nicht in die Schätzung aufgenommen. Aus diesem Grund ist auch für das kommende

Tab. 1
Steuereinnahmen in Mill. €

Steuereinnahmen in Mill. €	realisiert		Prognose Mai 2009		Prognose Nov. 2009		Schätzungskorrektur	
	2007	2008	2009	2010	2009	2010	2009	2010
Gemeinsch. Steuern	374 334	396 472	372 979	356 952	370 184	358 375	- 2 795	1 423
Lohnsteuer	131 773	141 895	136 000	126 600	134 500	124 900	- 1 500	- 1 700
Veranl. Einkommensteuer	25 027	32 685	22 850	16 600	26 850	23 950	4 000	7 150
Nicht veranl. St. v. Ertrag	13 791	16 575	14 540	11 020	12 995	10 685	- 1 545	- 335
AbgSt. A. Zins- und V.-ertr.	11 178	13 459	12 129	10 952	12 729	11 500	600	548
Körperschaftsteuer	22 929	15 868	10 910	12 330	6 360	7 190	- 4 550	- 5 140
Steuern vom Umsatz	169 636	175 989	176 550	179 250	176 750	180 150	200	900
dar: Umsatzsteuer	127 522	130 789	136 300	136 600	141 400	139 800	5 100	3 200
Einfuhrumsatzsteuer	42 114	45 200	40 250	42 650	35 350	40 350	- 4 900	- 2 300
Bundessteuern	85 690	86 302	87 421	91 032	88 728	92 526	1 307	1 494
Energiesteuer	38 955	39 248	38 100	38 050	39 250	39 400	1 150	1 350
Stromsteuer	6 355	6 261	6 200	6 200	6 350	6 350	150	150
Tabaksteuer	14 254	13 574	13 380	13 310	13 580	13 590	200	280
Branntweinsteuer	1 959	2 126	2 130	2 130	2 080	2 080	-50	- 50
Versicherungsteuer	10 331	10 478	10 450	10 450	10 510	10 450	60	0
Kaffeesteuer	1 087	1 008	1 000	1 000	1 010	1 010	10	10
Schaumweinsteuer	371	430	410	410	425	425	15	15
Zwischenerzeugnissteuer	26	27	27	27	26	26	- 1	- 1
Alkopopsteuer	3	3	3	3	2	2	- 1	- 1
Solidaritätszuschlag	12 349	13 146	12 000	10 950	11 850	10 950	- 150	0
Krafffahrzeugsteuer	0	0	3 719	8 500	3 642	8 240	- 77	- 260
Pauschal. Einfuhrabgaben	1	2	2	2	3	3	1	1
Sonst. Bundessteuern	0	0	0	0	0	0	0	0
Ländersteuern	22 836	21 937	16 110	11 919	16 191	12 123	81	204
Krafffahrzeugsteuer	8 898	8 842	4 581		4 398		- 183	0
Vermögensteuer	5	- 7	0	0	0	0	0	0
Biersteuer	757	740	725	725	727	727	2	2
Grunderwerbsteuer	6 952	5 728	4 485	4 705	4 685	4 805	200	100
Erbschaftsteuer	4 203	4 771	4 475	4 645	4 578	4 748	103	103
Rennwett- und Lotteriesteuer	1 702	1 536	1 515	1 515	1 480	1 480	- 35	- 35
Feuerschutzsteuer	319	327	329	329	323	363	- 6	34
3. Gemeindesteuern	51 401	52 468	46 949	46 964	45 249	44 714	- 1 700	- 2 250
Gewerbsteuer	40 116	41 037	35 050	34 850	33 600	32 850	- 1 450	- 2 000
Grundsteuer A	355	356	357	357	362	362	5	5
Grundsteuer B	10 358	10 451	10 970	11 185	10 630	10 845	- 340	- 340
Grunderwerbsteuer	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Gemeindesteuern	572	624	572	572	657	657	85	85
Zölle	3 983	4 002	3 590	3 580	3 700	3 800	110	220
Steuern insgesamt	538 243	561 182	527 049	510 447	524 052	511 538	- 2 997	1 091

Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF, 2009a; 2009b).

Jahr eine Korrektur der Prognose wegen der noch zu beschließenden Sofortmaßnahmen des Koalitionsvertrags vorprogrammiert.

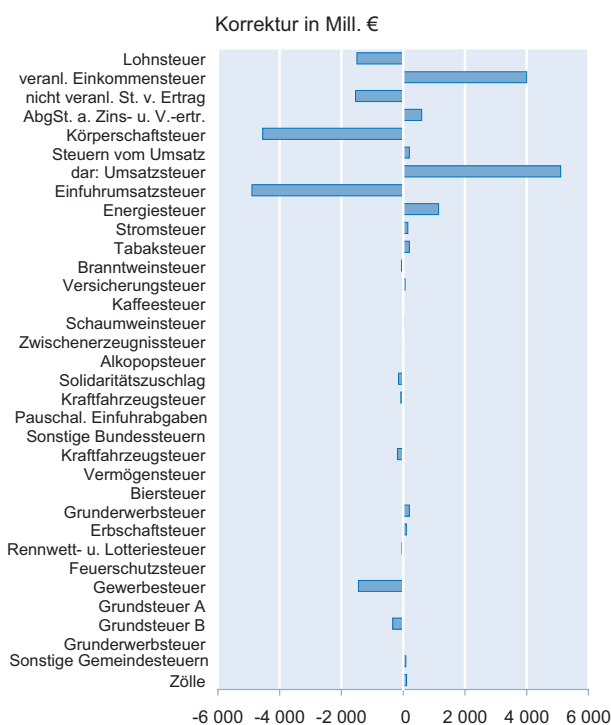
Die Steuerschätzung im Detail

Zwar ist eine Korrektur der Steuerschätzung von 1 bis 3 Mrd. € insgesamt verhältnismäßig gering, allerdings sind die Prognoseansätze für die Einzelsteuern durchaus verändert worden (vgl. Tab. 1).

Die Korrekturen sind vor allem auf die Gewinnsteuern zurückzuführen (vgl. Abb. 2 und 3). Für die Steuern vom Umsatz ergeben sich zwar im Jahr 2009 als auch im Jahr 2010 kaum Korrekturen, jedoch wurde der Rückgang der Einfuhrumsatzsteuer ursprünglich unterschätzt, weshalb die im Inland gezahlte Umsatzsteuer nun verhältnismäßig stärker ausfallen wird.

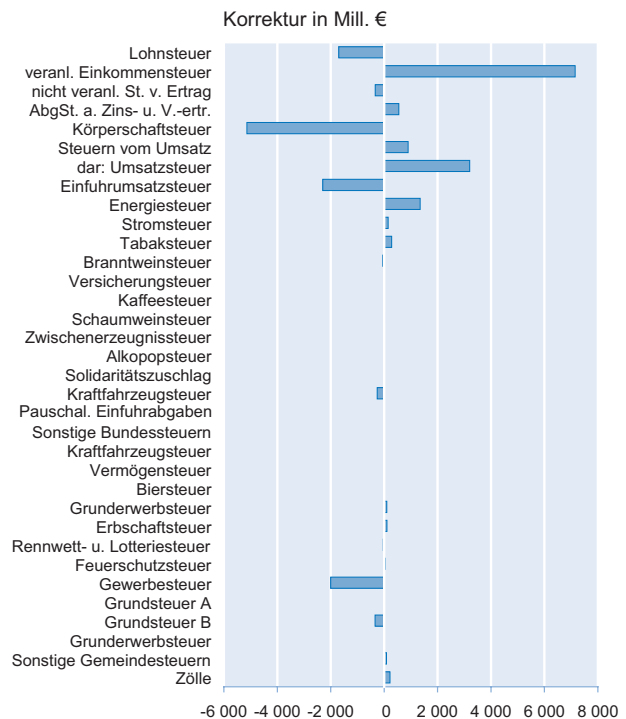
Die Schwäche der Gewinnsteuern am aktuellen Rand ergibt sich durch einen starken Verfall des Aufkommens der Körperschaftsteuer. Dabei ist das Aufkommen im Jahr 2009 in allen Bundesländern stark rückläufig. Da auch weniger exportorientierte Bundesländer von dem geringen Körperschaftsteueraufkommen betroffen sind, wird davon ausgegangen, dass ein Großteil der Steuerausfälle auf die Unter-

Abb. 2
Veränderung der Schätzansätze 2009 im Vergleich zur Schätzung vom Mai



Quelle: BMF (2009a, 2009b).

Abb. 3
Veränderung der Schätzansätze 2010 im Vergleich zur Schätzung vom Mai



Quelle: BMF (2009a, 2009b).

nehmensteuerreform 2008 zurückgeführt werden kann und nicht allein krisenbedingt ist. Weiterhin wirkt sich der starke Rückgang im deutschen Außenhandel zunächst deutlich auf die Gewinne der Kapitalgesellschaften aus. Obwohl die Unternehmens- und Vermögenseinkommen deutlich weniger zurückgehen werden als im Mai erwartet wurde, werden diese Rückgänge das Aufkommen der Körperschaftssteuer weiterhin stark beeinträchtigen.

Entsprechend fällt die Korrektur der erwarteten Einnahmen der veranlagten Einkommensteuer positiv aus. Bereits im Sommer 2009 war absehbar, dass die veranlagte Einkommensteuer in diesem Veranlagungszyklus nicht in dem Maße zurückgehen wird, wie noch im Mai erwartet worden ist (vgl. Breuer 2009). Vielmehr dürften sich die niedrigen Gewinne des Jahres 2009 erst ab Mitte des Jahres 2010 auf die Veranlagungsergebnisse auswirken. Darüber hinaus dürften aufgrund der schwachen Exportnachfrage im Jahr 2009 vor allem die Gewinne der Unternehmen zurückgehen, welche vor der Krise besonders von den starken Exporten profitiert haben. Deshalb wird angenommen, dass die veranlagte Einkommensteuer im Gegensatz zur Körperschaftsteuer weniger stark zurückgehen wird. Die aktuelle Schätzung ist insofern an Erwartungen gebunden. Sollten sich einige der dieser Prognose zugrunde liegenden Einschätzungen jedoch als instabil erweisen, wäre ein stär-

kerer Rückgang der veranlagten Einkommensteuer im Jahr 2010 möglich. Insbesondere weil die Zahlung der veranlagten Einkommensteuer ein bis zwei Jahre verzögert erfolgt, entstehen krisenbedingte Risiken vor allem in den Jahren 2010 und 2011 (vgl. Breuer 2008).

Nach der aktuellen Prognose wird das Steueraufkommen insgesamt im Vergleich zur Schätzung vom Mai im Jahr 2009 um etwa 3,0 Mrd. € niedriger ausfallen. Für das Jahr 2010 liegt die Schätzung noch um 1,1 Mrd. € höher als im Mai 2009.

Finanzpolitische Implikationen

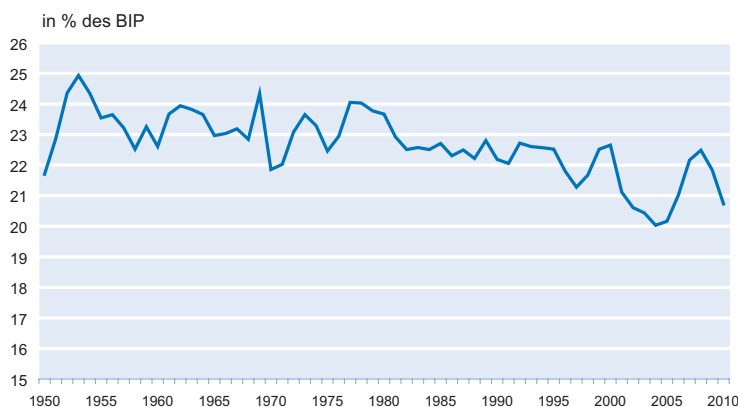
Dennoch dürfte der Prognoseansatz für das Jahr 2010 im Mai nächsten Jahres nochmals nach unten zu korrigieren sein, da die Maßnahmen des Koalitionsvertrages hier noch nicht berücksichtigt worden sind. Im Gesetzesentwurf für das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ergeben sich im Jahr 2010 weitere Mindereinnahmen in Höhe von 6,1 Mrd. €. Das Gesamtsteueraufkommen dürfte dann bei 505,4 Mrd. € liegen.

Unter Berücksichtigung dieser im Koalitionsvertrag festgehaltenen Sofortmaßnahmen, die 2010 in Kraft treten sollen, würde die Steuerquote nach Finanzstatistik im Jahr 2010 auf 20,7% des Bruttoinlandsprodukts sinken. Die durchschnittliche Steuerquote im Zeitraum 1950–2008 betrug in Deutschland 22,7%. Nur in den Jahren 2002–2005 war die Steuerquote nach einer längeren Phase ohne wirtschaftliche Dynamik und infolge der Körperschaftsteuerreform im Jahr 2001 mit 20,0 bis 20,6% niedriger als jetzt für das Jahr 2010 prognostiziert wird. In der Folge wurde 2002–2005 die Defizitquote von 3% regelmäßig überschritten, was für die kommenden Jahre ebenfalls zu erwarten ist.

Dies dürfte eine schwere Belastung für die im Koalitionsvertrag angelegten Steuersenkungen im Jahr 2011 darstellen. Denn um die Forderungen der Schuldenbremse zu erfüllen, sollte das strukturelle Defizit ab 2011 zurückgeführt werden und ab 2016 nur noch 0,35% des BIP betragen. Konjunkturelle Defizite dürfen jedoch hingenommen werden, denn automatische Stabilisatoren und fiskalpolitische Maßnahmen sorgen dafür, dass der Staat sich über das Steuersystem an den Gewinnen und Verlusten der privaten Unternehmungen beteiligt und antizyklisch Impulse setzt, wie in den Jahren 2009 und 2010.

Ob die antizyklische Politik dieser Jahre angebracht war, ist umstritten (vgl. Ross 2009). Wenn diese »kurzfristigen« Defizite jedoch in der Krise hingenommen werden, dann

Abb. 4
Steuerquote nach Finanzstatistik 1950–2010^{a)}



^{a)} 2009 und 2010: Prognose des Arbeitskreises "Steuerschätzungen".

Quelle: BMF (2009b); Berechnungen des ifo Instituts.

müssen sie auch in Aufschwungsphasen zurückgeführt werden.

Die aktuelle Diskussion um weitere Entlastungen birgt indes den Verdacht, dass das Ziel der Konsolidierung nicht mehr als oberste Priorität verstanden wird.

Nun ist im Interesse der Nachhaltigkeit nach den bereits beschlossenen massiven kurzfristig ausgerichteten Interventionen eine mittel- und langfristige Finanzierungsstrategie einzufordern.

Literatur

- BMF (2009a), *Ergebnis der 134. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« vom 12. bis 14. Mai 2009* in Bad Kreuznach, http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_54192/DE/Presse/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2009/05/20091405__PM20.html
- BMF (2009b), *Ergebnis der 135. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« vom 3. bis 5. November 2009* in Hamburg, http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2009/11/20090511__PM50.html
- BMF (2009c), *Ergebnisse der Sitzungen des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« 2001 bis 2008*, http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_4156/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Steuern/Steuerschaeztung__einnahmen/Ergebnis__der__Steuerschaeztung/19761__a,templateld=raw,property=publicationFile.pdf
- BMF (2009d), *Ergebnisse der Sitzungen des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« 1991 bis 2000*, http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_4156/DE/BMF__Startseite/Service/Downloads/Downloads__3/19796__0,templateld=raw,property=publicationFile.pdf
- Breuer, C. (2008), »Steuerschätzung: Mehreinnahmen trotz Rezession?«, *ifo Schnelldienst* 61(22), 14–17.
- Breuer, C. (2009), »Steuerschätzung: Verzögerter Absturz der Staatseinnahmen«, *ifo Schnelldienst* 62(11), 30–34.
- Ross, M.W.M. (2009), »Die deutsche Fiskalpolitik während der Wirtschaftskrise 2008/2009«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 389–412.

Am 26. Oktober 2009 veranstaltete das ifo Institut in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer in München und Oberbayern mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie den neunten »ifo Branchen-Dialog«. Ziel dieser Arbeitstagung war wiederum die Analyse der Gesamtwirtschaft und der konjunkturellen Entwicklung in der Industrie, in der Bauwirtschaft, im Groß- und Außenhandel sowie in ausgewählten Dienstleistungsbranchen. Wie schon im Vorjahr stand der Branchen-Dialog im Zeichen einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Ergebnisse wurden in einem ausführlichen Tagungsband dokumentiert, der gegen eine Schutzgebühr von 100 € vom ifo Institut bezogen werden kann. Eine Zusammenfassung der Tagung bringt der vorliegende Bericht. Der nächste ifo Branchen-Dialog wird am 25. Oktober 2010 in München stattfinden.

Globale Wirtschaft

Seine Eröffnungsrede begann Peter Driessen, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, mit einem kurzen Rückblick auf die Wirtschaftslage zum Zeitpunkt des letzten ifo Branchen-Dialogs, der nach dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers stattfand. Er verwies dabei auf einen Artikel des Handelsblatts vom 8. September 2008, wonach die Wahrscheinlichkeit für eine Rezession bei 20% liegen würde. Die durch den Zusammenbruch der Investmentbank ausgelösten Turbulenzen und die realwirtschaftlichen Folgen seien damals noch unvorstellbar gewesen. Mittlerweile hätten jedoch die weltweiten Konjunkturprogramme gegriffen, und weitere Zusammenbrüche systemrelevanter Banken konnten vermieden werden. Der rasante Absturz der Wirtschaft sei mit dem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland im zweiten Quartal 2009 und mit dem wahrscheinlichen Zuwachs im dritten Quartal 2009 vorbei.

Von Entwarnung könne laut Driessen jedoch nicht die Rede sein, denn auf mittlere Sicht stünden unruhige Zeiten bevor. So werde die derzeitige weltweite konjunkturelle Stabilisierung im Wesentlichen von Konjunkturprogrammen und einer sehr expansiven Geldpolitik gestützt. Die entscheidende Frage sei daher, wann sich ein selbsttragender Aufschwung herausbilde und die Weltwirtschaft ohne staatliche Stützungsprogramme auskomme. Im Falle eines verfrühten und zu schnellen Ausstiegs würde die Gefahr für

weitere, scharfe Konjunkturerinbrüche erheblich steigen. Gerade in Deutschland stünden in den nächsten Monaten noch weitere Belastungen bevor, wie durch die zu erwartende steigende Arbeitslosigkeit, die den privaten Konsum belastet und zu einer Erhöhung der Lohnnebenkosten führen könne, sowie die sich abzeichnende Verschärfung der Finanzierungsbedingungen.

Bislang sei der Arbeitsmarkt angesichts des scharfen Wirtschaftseinbruchs recht robust. Hierzu würden auch die im Rahmen des Konjunkturprogramms wesentlichen Verbesserungen bei der Kurzarbeit beitragen. Er verwies auf das BIHK-Unternehmensbarometer zum Thema Kurzarbeit unter rund 1 000 bayerischen Unternehmen vom Anfang Juli, wonach 76% der Unternehmen, in denen kurzgearbeitet wird, davon ausgingen, dass sie über Kurzarbeit ihre Belegschaft größtenteils oder vollständig sichern könnten. Die Erweiterungen der Kurzarbeit hätten als Konjunkturprogramm gewirkt. Dies sei positiv für den Arbeitsmarkt. Je länger die Auftragsflaute jedoch anhalte, umso mehr würde Kurzarbeit zur Kostenbelastung für die Unternehmen. Dies reduziere Liquidität und verschlechtere die Finanzierungsspielräume für neue Aufträge. Dass die Unternehmen in den kommenden Monaten Beschäftigung abbauen werden, die Stellenkürzungen aber nicht so hoch ausfallen werden wie noch im Frühsommer befürchtet, bestätigt auch die aktuelle BIHK-Konjunkturumfrage unter mehr als 3 100 bayerischen Unternehmen. Besonders stark sei mit Stellenstreichungen bei unqualifizierten Beschäftigten zu rechnen,

wohingegen deutlich weniger bei Hochqualifizierten gekürzt würde. Qualifikation sei nach wie vor der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit.

Als weiteres Risiko – wenn nicht sogar als die größte Belastung – sieht die IHK die zunehmende Verschärfung der Kreditkonditionen an. So habe sich der Kreditzugang laut BIHK-Konjunkturumfrage in den letzten Monaten weiter verschlechtert. Als Gründe für die Verschlechterung wurden insbesondere erhöhte Anforderungen an Sicherheiten sowie höhere Zinsen genannt. So würden vorhandene Sicherheiten von den Kreditinstituten geringer bewertet, oder es würden von den Banken mehr Sicherheiten verlangt. In den höheren Zinsen schlage sich die geringere Bonität der Unternehmen nieder. Aber auch für die Banken würden die Möglichkeiten zur Kreditvergabe schmelzen – aufgrund einer Wirkungskette aus Unternehmensinsolvenzen, Kreditausfällen und der angestrebten Erhöhung der Eigenkapitalbasis. Auch der weiterhin äußerst schwache Verbriefungsmarkt reduziere die Kreditvergabemöglichkeiten zusätzlich.

Vor diesem Hintergrund gehe die IHK nicht davon aus, dass die wirtschaftliche Schwächephase vorbei sei. Vielmehr sei mit einer wellenförmigen Erholung zu rechnen. Positive Signale kämen bei den Unternehmen vor allem aus dem Ausland an. Daher dürfte es keine Gängelung der Exportwirtschaft geben, sondern es müssten im Gegenteil Barrieren abgebaut werden.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland und Europa

Vortrag von Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts

Die Weltwirtschaft ist seit dem dritten Quartal 2008 in einer Krise. Dies ist allerdings vor dem Hintergrund zu sehen, dass es zuvor einen Boom gab, der alle Rahmen sprengte. Ein Vergleich des derzeitigen wirtschaftlichen Aktivitätsniveaus mit dem im Jahr 2007 und im ersten Halbjahr 2008 ist deshalb ein zu anspruchsvoller Maßstab.

Einige Anhaltspunkte weisen darauf hin, dass das Schlimmste in der jüngsten Weltrezession bereits hinter uns liegt:

- Die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts für das dritte Quartal 2009 sind nahezu überall wieder positiv.
- Der Börsentrend ist nahezu überall aufwärtsgerichtet trotz immer wieder vorübergehender Rückschläge.
- Eine Beruhigung im Epizentrum der Krise ist festzustellen: Der Preisrückgang auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt ist seit Mai dieses Jahres offenbar gestoppt und durch einen leichten Preisanstieg abgelöst worden. Der Hauptkrankheitsherd der aktuel-

len Weltwirtschaftskrise scheint sich somit zu beruhigen. Der Verkauf von Einfamilienhäusern in den USA dürfte bereits im Januar 2009 den Tiefpunkt erreicht haben.

Das Kernproblem der USA in den vergangenen Jahren war die geringe Sparquote, die gegen null tendierte. Wenn man nicht mehr spart, muss das Geld irgendwo herkommen, es müssen also Kapitalimporte erfolgen. Dem Leistungsdefizit entspricht definitionsgemäß ein gleich hoher Kapitalimport.

Wo kam das Geld her? In erster Linie aus Schwellen- und Entwicklungsländern, vor allem aus China und den OPEC-Ländern. Aber auch Deutschland hat sich an dieser Finanzierung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits in erheblichem Maße beteiligt. Bildhaft gesprochen hat Deutschland Porsches verkauft und Lehman-Brothers-Zertifikate dafür bekommen.

Mit dem Platzen der Blasen an den Finanzmärkten ist diese Art der Finanzierung des »amerikanischen Traums« nicht mehr möglich. Es geht kein Weg daran vorbei, die USA müssen ihr hohes Leistungsbilanzdefizit verringern. Dies kann nur auf zwei Arten erfolgen:

- durch eine Wirtschaftsflaute: Die Hälfte des US-Leistungsbilanzdefizits ist bereits darüber verschwunden;
- durch eine Abwertung der Währung.

Die USA verfolgen offensichtlich eine Doppelstrategie, sowohl sparen als auch den US-Dollar abwerten. Die vorübergehende Stärke des Dollars inmitten der Finanzkrise war nur eine Scheinblüte: Der Interbankenmarkt war zusammengebrochen, und die USA beschafften sich im Ausland Kapital, was wegen des Umtausches in US-Dollar kurzfristig die amerikanische Währung stärkte. Nun funktioniert der Interbankmarkt auch in den USA wieder einigermaßen, und das Auslaufen der genannten Sondereffekte lässt die Dollarschwäche wieder hervortreten.



Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts

Diese Doppelstrategie Amerikas hat auch eine positive Seite: Die Weltwirtschaft kommt wieder eher ins Lot. Die großen Leistungsbilanzüberschüsse in einigen Ländern wie z.B. Deutschland und Japan, wie auch die großen Leistungsbilanzdefizite in Ländern wie den USA oder Spanien verschwinden allmählich. Die deutsche Exportwirtschaft leidet bei diesem Anpassungsprozess unter der geringen internationalen Nachfrage sowie der US-Dollarschwäche und fungiert gewissermaßen als der große Stoßdämpfer in der Krise.

Verarbeitendes Gewebe leidet in Deutschland am meisten unter der Krise

Von Februar 2008 bis März 2009 ist die industrielle Produktion in Deutschland um 25% eingebrochen. Seit April 2009 geht es in der deutschen Industrie wieder aufwärts, aber die Unterauslastung der Fertigungskapazitäten bleibt das Hauptproblem. Neben den konjunkturellen Sorgen kommt hier auch ein strukturelles Problem zum Tragen: Das bisherige Geschäftsmodell Deutschland ist gekennzeichnet durch

- zu viel Wertschöpfung im Export zu Lasten der Binnensektoren und
- zu viel Kapitalexport.

Deutschland sollte künftig seine Ersparnisse wieder mehr im Lande investieren. Die bisherige Standortpolitik Deutschlands ist unangemessen. Vor allem die Hochlohnpolitik hat zu einer paradoxen Situation geführt: Die relativ hohen Löhne und die geringe Lohnspreizung haben eine übermäßige Spezialisierung bewirkt. Für einfache Produktionsprozesse ist Deutschland zu teuer, so dass die Firmen ihr Heil vor allem in der Produktion von hochwertigen Investitionsgütern im oberen Preissegment suchen. Deutsche Firmen exportieren somit in großem Umfang Investitionsgüter, und die deutschen Banken geben den ausländischen Firmen Kredit, damit sie diese kaufen können. Wäre es nicht klüger, wenn dieses Geld mehr an Firmen in Deutschland ginge?

Wie geht es weiter mit der Konjunktur?

Die ifo Konjunkturuhr signalisierte spätestens im März 2008, dass »die Party vorbei ist«. Der Abschwung in der Wirtschaft hatte sich durch die Lehman-Brothers-Pleite am 15. September 2008 rasant beschleunigt. Im vierten Quartal 2008 und im ersten Quartal 2009 kam es weltweit zu einem dramatischen Einbruch der Wirtschaftsaktivität. Der Höhepunkt der Krise in der Realwirtschaft war im März 2009 erreicht. Seitdem erholen sich weltweit die konjunkturellen Frühindikatoren, wie etwa das ifo Geschäftsklima in Deutschland. Trotz der nun schon seit sieben Monaten ununterbrochenen

Besserung des Geschäftsklimaindikatoren in der Industrie bezeichnet aber immer noch knapp die Hälfte der Industriefirmen die eigene Geschäftslage als schlecht.

Die Hauptrisiken für den weiteren konjunkturellen Erholungsprozess liegen auf dem Arbeitsmarkt, der erfahrungsgemäß immer gegenüber der Produktionsentwicklung nachläuft. Unterstellt man vereinfacht, dass – wie häufig in der Vergangenheit auch – diesmal der konjunkturelle Tiefpunkt am Arbeitsmarkt in Deutschland rund 20 Monate später als in den USA erreicht wird, wäre in Deutschland der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit erst im Frühjahr 2011 zu erwarten. Selbstverständlich ist eine solche schematische Betrachtung sehr vereinfachend und kann nur erste Anhaltspunkte geben. Kein Zweifel dürfte aber daran bestehen, dass die Probleme am Arbeitsmarkt in Deutschland noch lange nicht ausgestanden sind.

In dieses Konjunkturprofil passt die Prognose im jüngsten Gemeinschaftsgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, zu denen auch das ifo Institut gehört: Danach wird das reale deutsche Bruttoinlandsprodukt 2009 um rund 5% schrumpfen und im nächsten Jahr (2010) um 1,2% zunehmen.

Inflation wird auf absehbare Zeit kein Problem sein

Es ist verständlich, dass sich in der heutigen Situation wohl jeder Finanzminister nicht ungern etwas mehr Inflation wünschen würde, da sich hierdurch die Staatsdefizite leichter eindämmen lassen. Dieser Wunsch bleibt allerdings wohl unerfüllt. Im Gegenteil: Es besteht eher die Gefahr einer deflationären Tendenz, sowohl in der Europäischen Gemeinschaft wie auch in Deutschland.

Die oft gehörte Vermutung, dass mehr Geld mehr Inflation bedeutet, stimmt nämlich nicht. Wenn die Ausweitung des Geldangebotes mit einer stark steigenden Kreditausweitung einherginge, würde in der Tat eine Inflationsgefahr bestehen. Wenn sich aber die Geldnachfrage dramatisch vergrößert, ohne dass entsprechend mehr Geld verliehen wird, dann ist die Situation anders. Und dies ist in der jetzigen Situation, die durch eine Kreditklemme gekennzeichnet ist, der Fall: Die Zentralbanken haben die Leitzinsen kräftig gesenkt und eine Reihe anderer Maßnahmen ergriffen, um der gestiegenen Geldnachfrage im Banken- und Nicht-Bankensektor wenigstens zum Teil gerecht zu werden. Da die Geschäftsbanken jedoch in erheblichem Umfang Eigenkapital verloren haben, engt dies ihren Spielraum für zusätzliche Kredite ein. Es besteht die Gefahr, dass das Kreditvolumen in den einzelnen Banken verringert wird, um es wieder in Einklang mit dem reduzierten Eigenkapital zu bringen.

Anders als im Euroraum könnte es dagegen in den USA wegen der angesprochenen Abwertung des Dollar zumindest zu einer leicht steigenden Inflationsrate kommen. Nachdem eine Abwertung des Dollar eine Aufwertung des Euro ist, würde hierdurch ein zusätzlicher deflationärer Effekt im Euroraum ausgelöst werden. Wie schwierig es ist, aus einer solchen Entwicklung wieder herauszukommen, zeigt seit 1995 das japanische Beispiel.

Liquiditäts- versus Solvenzkrise: Reicht die Bad Bank?

Der Kern der Bankenkrise ist eine Solvenzkrise. Die Banken haben Eigenkapital verloren. Da sie 4% Kernkapital als gesetzliche Rücklagenpflicht aufweisen müssen, sind sie – ceteris paribus – gezwungen, ihre Ausleihungen zurückzufahren. Daraus folgt notwendigerweise eine Kreditverknappung. Die Frage ist, wie viel Eigenkapital die Banken bereits verloren haben. Genaue Zahlen gibt es nicht, aber es steht fest, dass die prozentualen Eigenkapitalverluste in der Schweiz und in den USA mit über 50% am höchsten sind.

Ist das Schlimmste im Bankensektor bereits überstanden? Weltweit belief sich die Summe aller Abschreibungen im Finanzbereich am 1. Oktober 2009 auf 1,6 Billionen Dollar. Falls die Prognose des IWF von einem notwendigen Abschreibungsvolumen in der Welt von 3,4 Bill. Dollar zutreffend ist, hat das Bankensystem bis jetzt also erst ca. 42% der Verluste abgeschrieben. Um in dieser schwierigen Situation einer sich verschärfenden Kreditklemme zu entgehen, bleibt wohl nur der Weg, jenen Banken, die eine zu geringe Eigenkapitalquote aufweisen, notfalls zwangsweise eine Kapitalbeteiligung seitens des Staats so lange vorzuschreiben, bis sich ihre private Eigenkapitalausstattung ausreichend verbessert hat. Diese Art von Zwangskapitalisierung der Banken ist auch eine Empfehlung des jüngsten Gemeinschaftsgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute.

Risiko Staatsfinanzen

Sogar die »Musterschüler« unter den Industrieländern sind mittlerweile in einer Schuldenfalle. In den USA beläuft sich das staatliche Defizit in diesem Jahr auf rund 11% des Bruttoinlandsprodukts, und die aufgelaufene Staatsverschuldung wird voraussichtlich von derzeit 87,4% des Bruttoinlandsprodukts bis zum Sommer 2011 die 100%-Marke überschritten haben. Zur wachsenden Staatsverschuldung gibt es aber keine realistische Alternative. Mitten in der Krise wäre es fatal, die staatlichen Hilfen zurückzufahren oder gar auszusetzen, um die Verschuldung einzudämmen. Eine solche Politik hat in den 1930er Jahren zur Weltwirtschaftskrise mit den

verhängnisvollen Auswirkungen auch im politischen Raum geführt. Dies gilt es auf jeden Fall nicht noch einmal passieren zu lassen.

Dialog Wirtschaft und Politik: Strategien für den Aufschwung

Zur Tradition der Veranstaltung gehört der Dialog Wirtschaft und Politik. Da der eingeladene Wirtschaftsminister zu Guttenberg kurzfristig sein Kommen absagen musste, übernahm Prof. Sinn den Part der Politik beim Thema »Strategien für den Aufschwung – Thesen aus der Sicht der Wirtschaft und der Politik«.

Die Sicht der Wirtschaft wurde von Hermut Kormann übernommen, der über 40 Jahre in der Industrie tätig war, davon annähernd zwei Jahrzehnte als Finanzvorstand und dann als Vorstandsvorsitzender des Familienunternehmens Voith AG. Er hat Honorarprofessuren für Unternehmensführung der Familienunternehmen an der Universität Leipzig und der Zeppelin University Friedrichshafen inne. In mehreren industriellen Unternehmen ist er Mitglied in Aufsichtsgremien.

Prof. Kormann begann mit der positiven Seite der jüngsten Krise. Seiner Ansicht nach kann man in den Unternehmen nur aus einer Krise etwas lernen. In Hochkonjunktur läuft das meiste in den Firmen von selbst. Die schlechte Nachricht ist seiner Meinung nach: Die Krise ist noch nicht vorüber. So hilfreich auch das Instrument der Kurzarbeit ist, so muss man sich doch darüber im Klaren sein, dass hierdurch notwendige Restrukturierungen aufgeschoben werden. Diese Phase steht also noch bevor. Erleichtert werden dürfte dieser künftige Prozess durch die signalisierte Kooperation der Gewerkschaften (»Nicht-Forderungen«). Positiv ist auch anzumerken, dass die Preisniveaus in den meisten Branchen nicht eingebrochen seien. Außerdem ist es von Vorteil, dass die Unternehmen in Deutschland dank der vorangegangenen



Prof. Dr. Hermut Kormann, Universität Leipzig

Restrukturierungen und Rationalisierungen generell eine hohe Wettbewerbsfähigkeit aufweisen und damit kein Kostenproblem haben, auch nicht währungsbedingt, da nur wenige deutsche Firmen mit US-Unternehmen konkurrieren.

Ein Negativposten ist die Überschuldung der westlichen Industriestaaten, deren Unternehmen zu den Hauptkunden der deutschen Wirtschaft gehören. Da es wohl nur zu einem langsamen Anstieg der Investitionen in den westlichen Industriestaaten kommen wird, werden bei uns die Auftragseingänge für Maschinen und sonstige Ausrüstungsgüter wohl nur langsam anziehen. Infolge der nur zögerlichen Nachfrageentwicklung wird deshalb der Aufschwung in Deutschland, dem nach wie vor wichtigsten Investitionsgüterhersteller der Welt, voraussichtlich nur schwach ausfallen. Man muss dies aber immer vor dem Hintergrund sehen, dass die Zeit von Anfang 2007 bis Mitte 2008 eine Boomsituation war, die es in dieser Intensität wohl nur alle 40 Jahre gibt. Daher wäre es falsch, diese Periode alleine als Vergleichsmaßstab zu wählen. Unbestritten ist allerdings, dass derzeit die Kapazitätsauslastung in der Industrie um mindestens 10 Prozentpunkte unter dem langfristigen Durchschnitt liegt und der Weg zu einer Normalauslastung zäh sein wird.

Als Folge der jüngsten Krise werden die Firmen künftig als Überlebensstrategie verinnerlicht haben:

- *Flexibilität in den Kapazitäten schaffen:*
 - Zeitarbeit (Arbeitszeitkonten von 500 Stunden auf 1 000 Stunden im Jahr aufstocken),
 - Auf- bzw. Ausbau von Auslandsstandorten in Ländern mit weniger Starrheit der Arbeitsmärkte;
- *Liquiditätsplanung als strategisches Dauerziel sehen und nicht nur als taktisches Ziel, um vorübergehende Finanzengpässe zu überwinden;*
- *Preisqualität anstreben* (Minimum 5% Umsatzrendite). Man muss zuvor gut verdienen, um in Krisenzeiten »Luft nach unten« zu haben.

Als langfristige Herausforderungen jenseits der aktuellen Krise bleiben:

- *Strukturelle Veränderungen*
 - Verlagerung des Zentrums nach Asien
 - demographischer Wandel im Westen
- *China wird der neue Wettbewerber von Deutschland und – wohl noch stärker – von Japan.*
 - China verfolgt weitsichtige, strategische Wirtschaftspolitik, verbunden mit Know-how-Import und Übernahme von Firmen im Ausland sowie der Bereitschaft, Großprojekte in Angriff zu nehmen (ohne NGO- und Politikrücksichten) und die Finanzierung bereit zu stellen.

- Die *Strategie Deutschlands* muss sein, *überlegene Innovationen* durchzuführen und auf Premium-Produkte in Deutschland zu setzen und deren Produktion nicht in Niedriglohnländer auszulagern.
- *Technologie-Innovation:* Hierdurch kann der Ersatz vorhandener Kapazitäten bei den Kunden beschleunigt werden, was den Premium-Produktherstellern in Deutschland zu gute käme.

Abschließend gab Hermut Kormann den tröstlichen Hinweis: Die Welt und die Wirtschaft gehen in dieser Krise nicht unter, aber die Wirtschaft wird in jeder Hinsicht etwas »normaler«, und einige Manager werden künftig ein etwas reduzierteres Selbstbewusstsein besitzen, was nicht schlecht sein muss.

Hans-Werner Sinn konzentrierte sich in seinem abschließenden Statement zu den Anforderungen an die Politik –, wenn ein wirtschaftlicher Aufschwung begünstigt werden soll – auf folgende Punkte:

- **Aktivierende Sozialhilfe:** die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme und Hinzuverdienst bei Arbeitsfähigkeit muss ausgebaut werden.
- **Altersteilzeit** ist ein Irrweg. Zum Glück ist die Regierung nun bestrebt, diesen Irrweg zu versperren.
- Der **Arbeitsmarkt** ist der Schlüssel für alles. Funktioniert der Arbeitsmarkt, dann funktioniert die Wirtschaft. Funktioniert er nicht, funktioniert auch die Wirtschaft nicht.
- Deutschland braucht noch auf längere Zeit moderne **Atomkraftwerke**. Nicht nur längere Laufzeiten der bestehenden Atomkraftwerke, sofern sie technologisch auf dem notwendigen Stand sind, sondern darüber hinaus auch ein Neubau von Atomkraftanlagen wäre wünschenswert.
- Der »**Grüne Trip**« führt zu einer gewaltigen Ressourcenverschwendung (wie z.B. bei der Fotovoltaik, wo die Erzeugerkosten höher sind als der Nutzen, oder bei der Windkraft).
- Die wirkliche Dimension der **Bankenkrise** wird unterschätzt. Es führt kein Weg an einer staatlichen Beteiligung an systemischen Banken, die eine zu schmale Eigenkapitalbasis haben, vorbei.
- Die **Steuern** sollten bereits 2010 – und nicht erst 2011 – gesenkt werden. Ein Fehler wäre es, eine Steuersenkung unter einen Finanzierungsvorbehalt zu stellen. In der Krise kommt es darauf an, der Wirtschaft durch eine zunehmende staatliche Verschuldung Impulse zu geben. Erst in der zweiten Runde, wenn die Konjunktur angesprungen ist, muss der Staat mit dem Schuldenabbau beginnen.
- **Beschleunigte steuerliche Abschreibungen** für Unternehmen wären wünschenswert. Beschleunigte Abschreibungen haben sich in der Vergangenheit bewährt, um In-

vestitionen im Unternehmensbereich anzukurbeln. Ein wesentlicher Vorteil ist ihre schnelle Wirkung.

- **Bildungsoffensive:** Ein neues Schulmodell ist angezeigt. Betreuungseinrichtungen und Sachleistungen sind generell notwendig und hätten den zusätzlichen Vorteil, die Integration von Ausländern zu fördern

Wie üblich beim ifo Branchen-Dialog fanden in je zwei Parallelveranstaltungen die Foren »Industrie« und »Handel« sowie »Bauwirtschaft« und »Dienstleistungen« statt. Im Folgenden werden einige zentrale Ergebnisse der Foren vorgestellt.

Branchenforum 1: Konjunkturelle Entwicklungen im verarbeitenden Gewerbe

Hans-Dieter Karl und Hans-Günther Vieweg

Die deutsche Industrie erreicht die Talsohle – Unterauslastung der Kapazitäten 2010

Die US-Industrie führt den Konjunkturzug in der Triade an

Der scharfe Rückgang der weltwirtschaftlichen Aktivität hat seine Spuren in der industriellen Produktion der Triade hinterlassen. Besonders ausgeprägt ist der Rückgang in Japan, der 2009 bei 30% liegen wird. Hier wirken einige Faktoren, sich gegenseitig verschärfend, zusammen. Japan ist – gemessen an den Stückzahlen – der mit Abstand größte Hersteller von Straßenfahrzeugen und wichtigste ausländische Anbieter auf dem US-Markt. Außerdem ist Japan in gleicher Weise wie Deutschland ein Anbieter von Maschinen und Anlagen, die von der globalen Rezession in besonderer Weise betroffen sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Japan auf diesen Märkten enge transpazifische Handelsbeziehungen unterhält.

Die US-amerikanische Industrie ist vergleichsweise gut durch die Rezession gekommen, obwohl die Wirtschaftskrise hier ihren Ausgang genommen hat. Zwar wurde der Fahrzeugbau direkt von der Finanzmarktkrise erfasst, wodurch ein schon seit mehr als einem Jahrzehnt erwarteter Strukturanpassungsprozess ausgelöst wurde; andere Branchen waren davon aber weit weniger tangiert. Hierzu hat u.a. beigetragen, dass anders als in Japan oder Deutschland die Herstellung von Maschinen und Anlagen mit ihrer stark konjunkturabhängigen Nachfrage ein deutlich geringeres Gewicht besitzt.

Die europäische Industrieproduktion liegt gemessen an der Schärfe des Einbruchs zwischen den USA und Japan. Hier spielt die Heterogenität der Industrien in der Europäischen Gemeinschaft eine Rolle. Hinzu kommt, dass die Binnenachfrage in unterschiedlicher Weise von der Finanzkrise berührt ist. Vor allem Großbritannien und Spanien, deren Immobilienmärkte in Mitleidenschaft gezogen wurden, sind von den Folgen betroffen, während Frankreich, Deutschland und Italien weniger stark darunter zu leiden haben.

Ein Blick auf die Entwicklung der Industrieproduktion gemessen an Quartalsindikatoren zeigt für die Triade – basierend auf Kurzfristprognosen für das dritte und vierte Quartal – eine Bodenbildung gegen Ende 2009 an. Die Konjunktur der USA weist danach wieder einen Vorlauf auf; im vierten Quartal dürfte es zu einem Aufschwung kommen. Dies unterstützt die für Deutschland getroffene Annahme, dass die weltweite Rezession ausläuft und im kommenden Jahr wieder mit einer Expansion zu rechnen ist. (vgl. Abb. 1 bis 3)

Abb. 1
Industrieproduktion der EU-27

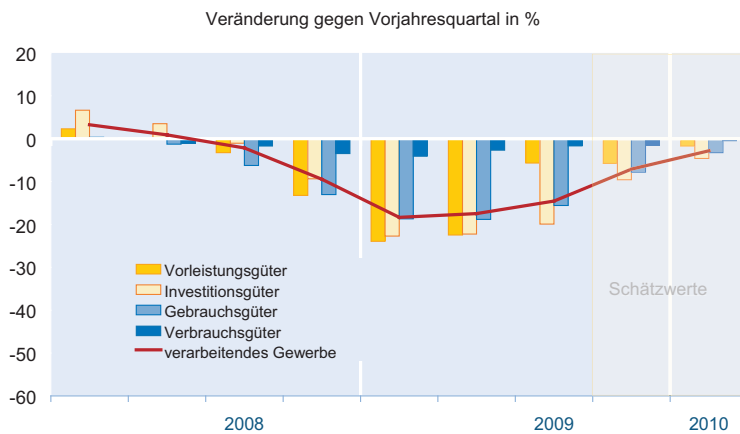


Abb. 2
Industrieproduktion der USA

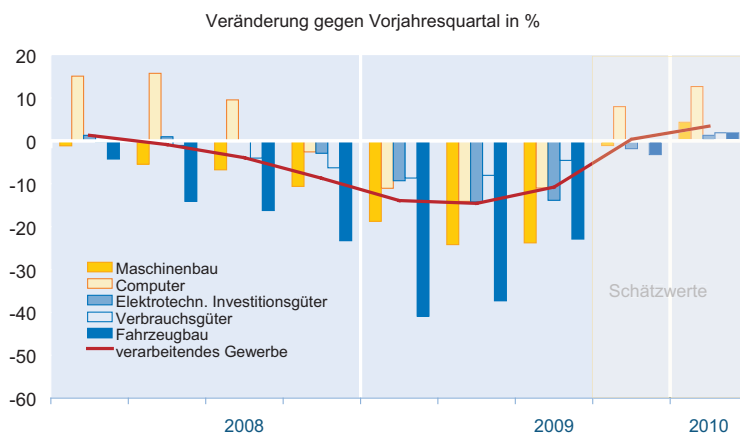
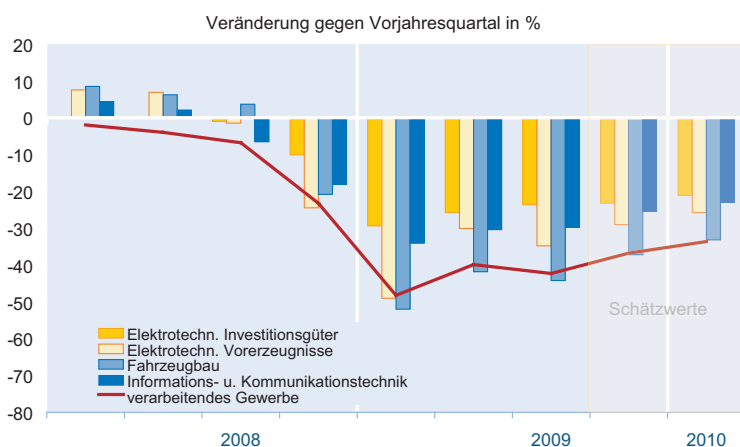


Abb. 3
Japans Industrieproduktion



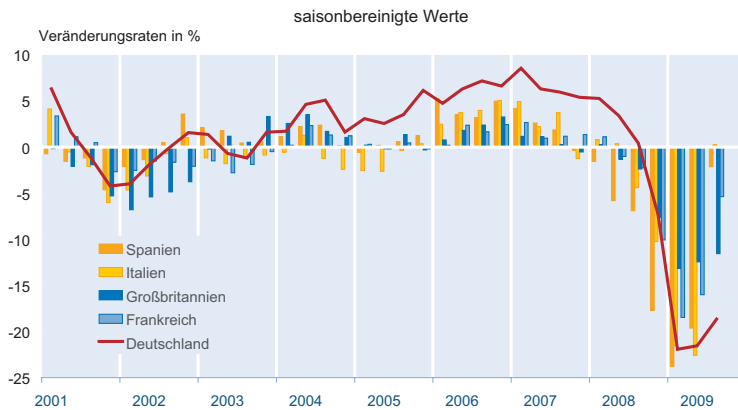
Entgegen der Entwicklung in der Triade haben die Schwellenländer Asiens 2009 nur eine Dämpfung des Aufwärtstrends bei der Industrieproduktion hinnehmen müssen. Für das kommende Jahr kann schon von einer Beschleunigung ausgegangen werden. Angesichts der fragilen wirtschaftlichen Situation in vielen Industrieländern im Gefolge der Finanzmarktkrise kommt einer robusten Wirtschaft in Asien eine wesentliche Bedeutung für die globale Erholung zu. Auch wenn das Gewicht dieser Volkswirtschaften bisher nicht an das der reifen Industrienationen herankommt, können die erwarteten Impulse aufgrund der hohen Wachstumsdynamik dieser Region einen bedeutenden Beitrag liefern. In der gegenwärtigen Situation kommt diesen Ländern die Rolle der »Lokomotive« für die Weltwirtschaft zu.

Deutschland hatte in den vergangenen Jahren stärker als andere europäische Nationen von der Dynamik der Weltwirtschaft profitiert

Die Weltwirtschaft hatte in den Jahren zwischen 2003 und 2007 einen bisher nicht gekannten Aufschwung erlebt. Er wurde getragen von einer hohen Liquidität der Geld- und Kapitalmärkte auf der einen Seite und von einer dynamischen Industrialisierung der großen Schwellen- und Transformationsländer Brasilien, Russland, Indien und China (BRIC) auf der anderen Seite. Mit Wachstumsraten um 5% pro Jahr für das globale Bruttoinlandsprodukt war eine hohe Nachfrage nach zusätzlichen Kapazitäten verbunden.

Deutschland hatte von dieser Entwicklung vor allem aus zwei Gründen stärker als andere europäische Länder profitiert: Die deutschen Industrieunternehmen haben seit Mitte der neunziger Jahre umfassende Kostensenkungs- und Rationalisierungsprogramme zur Steigerung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit umgesetzt; unterstützt wurde der Trend durch moderate Lohnerhöhungen. Die zweite Ursache liegt in der Struktur des Leistungsangebots, das einen Schwerpunkt bei Investitionsgütern, Maschinen, Ausrüstungen und Anlagen hat, wie sie in Aufschwungsphasen vermehrt und gerade von den boomenden Schwellenländern nachgefragt werden.

Abb. 4
Entwicklung der Industrieproduktion in großen europäischen Ländern



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Die Auftragstätigkeit nahm in einem Maße zu, der die Produktion nicht entsprechend folgen konnte. Die Auftragsbestände stiegen und verzögerten zum Ende der Aufschwungsphase die negativen Effekte der globalen Rezession, die Ende 2006 von den USA mit nachlassendem Wachstum und der in der Folge einsetzenden Finanzmarktkrise ihren Ausgang genommen hatte. Die deutsche Industrie hatte 2007 ihre Produktion nochmals kräftig ausgeweitet, und selbst im Jahr 2008 kam es nochmals zu einem leichten Anstieg. Besonders auffällig zeigt sich die erfreuliche Entwicklung der deutschen Industrie im Vergleich mit der Konkurrenz aus den anderen großen europäischen Ländern: Sie wuchs kräftiger in den vergangenen Jahren und tauchte später in die Rezession ein. (vgl. Abb. 4).

Die ifo Konjunkturindikatoren spiegeln den bisher schärfsten Einbruch der Industrieproduktion in der Geschichte der Bundesrepublik wider

Trotz dieser vergleichsweise robusten Entwicklung bleibt festzuhalten, dass die Talfahrt der deutschen Industrie plötzlicher und stärker erfolgt war als jemals zuvor seit der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949. Dies verdeutlicht ein Vergleich der Entwicklung der ifo Geschäftsklimaindikatoren für die bis dato schwerste Rezession in den Jahren 1992/93 mit der Gegenwart. Der konjunkturelle Höhepunkt war damals 1990. Ein solcher Höhepunkt ist generell dadurch gekennzeichnet, dass die Unternehmen sowohl ihre Lage als auch ihre Erwartungen als außerordentlich positiv bewerten. Von diesem Zeitpunkt vergingen mehr als zwei Jahre bis der Tiefpunkt der Konjunktur erreicht war, der durch die entgegengesetzte Bewertung der

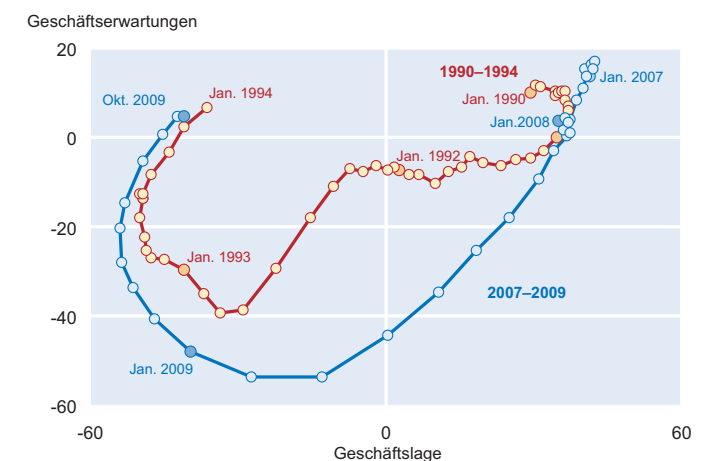
beiden Indikatoren gekennzeichnet ist. Bis Anfang 1992 verharrten die Geschäftserwartungen sogar noch auf einem mittleren Niveau. Im gegenwärtigen Konjunkturzyklus haben dagegen die Erwartungen schnell mit einem scharfen Rückgang reagiert und den Einbruch der Ordertätigkeit angezeigt. Seit Mitte 2009 haben sich ebenso rapide die ifo Geschäftserwartungen wieder verbessert. Sie signalisieren am aktuellen Rand, dass zumindest die Talsohle erreicht ist. Bei den Prognostikern bleibt allerdings eine Unsicherheit angesichts der noch bestehenden Probleme auf den Finanzmärkten, die hinter der Annahme einer nachhaltigen Erholung ein Fragezeichen setzen. (vgl. Abb. 5)

Die durch die internationale Finanzkrise ausgelöste weltweite Wirtschaftskrise hat das stark auf den Export ausgerichtete verarbeitende Gewerbe in Deutschland in besonderer Weise getroffen. Das industrielle Produktionsvolumen – gemessen am (realen) Produktionsindex der amtlichen Statistik – stieg nach dem Rekordzuwachs 2007 im Jahr 2008 nur noch um 1%. In den ersten acht Monaten 2009 brach die reale Produktion um 21,8% gegenüber dem Stand der entsprechenden Vorjahresperiode ein.

Trotz der für 2010 erwarteten Erholung der industriellen Aktivität verbleibt die Kapazitätsauslastung auf unzureichendem Niveau

Der massive Rückgang der Industrieproduktion hatte sich bereits relativ frühzeitig anhand der Entwicklung der Nach-

Abb. 5
Verarbeitendes Gewerbe Deutschland
Geschäftsklima 1990–94 und 2007–2009, gleitende Dreimonatsdurchschnitte



Quelle: ifo Institut.

frage nach industriellen Erzeugnissen angekündigt. Der reale Auftragseingang des verarbeitenden Gewerbes war im Jahresdurchschnitt 2008, nach einer Erhöhung um 5,3% im Jahr 2007, nur noch um 0,3% gegenüber dem Vorjahr gestiegen; in den ersten acht Monaten des Jahres 2009 fiel er um 20,7% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert zurück. Die Kapazitätsauslastung der deutschen Industrie sank – saisonbereinigt – von Juli 2008 bis Juli 2009 von 87,3% auf nur noch 71,6%.

Während das Wachstum der vergangenen Jahre vor allem von dem kräftigen Anstieg der Auslandsnachfrage getragen wurde, sind in der Krise die Auslandsbestellungen überproportional reduziert worden. War der Index des realen Auftragseingangs aus dem Ausland im Jahresdurchschnitt 2008 mit + 0,2% nahezu unverändert, so war in den ersten acht Monaten 2009 ein Rückgang gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum von 24,9% zu verzeichnen. Die Bestellungen aus dem Ausland haben sich im betrachteten Zeitraum schlechter entwickelt als der gesamte Auftragseingang. Die Aufträge aus der Eurozone sind dabei mit 23,7% etwas weniger stark zurückgegangen, während die Bestellungen aus dem übrigen Ausland um 26,0% unter dem Vorjahreswert lagen.

Ein ähnliches Muster mit einem nicht ganz so starken Rückgang zeigt die inländische Nachfrage nach Erzeugnissen des verarbeitenden Gewerbes. Nach einem leichten Zuwachs des Auftragseingangs von 0,2% im Jahresdurchschnitt 2008 belief sich in den ersten acht Monaten 2009 das reale Minus auf 16,9% gegenüber dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums. Besser entwickelte sich dabei in den ersten acht Monaten 2009 mit einem Minus von lediglich 9,1% die inländische Nachfrage nach industriellen Konsumgütern, während die nach Investitionsgütern etwas stärker sank (- 19,7%). Nur die Vorleistungsgüter schnitten noch schlechter ab (- 20,6%; vgl. Abb. 6).

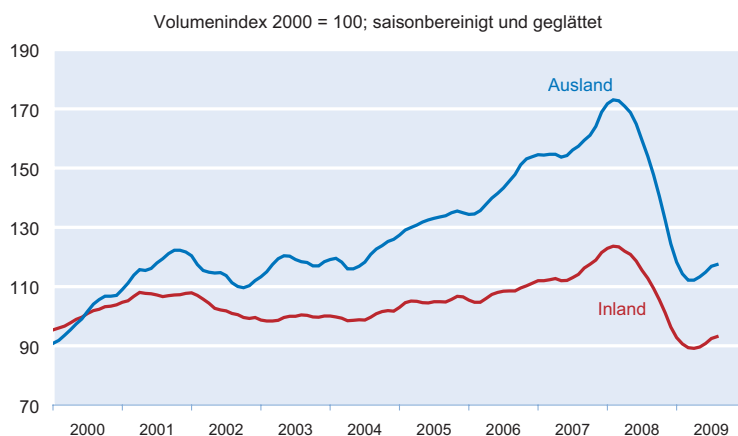
Durch den Einsatz verschiedener Instrumente, worunter vor allem die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und der Abbau von Arbeitszeitkonten zu nennen sind, zeigte sich die Beschäftigungsentwicklung angesichts des beispiellosen Produktionseinbruchs bislang stabil. So wurde die Zahl der Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe nach dem Anstieg um 1,7% im Jahr 2007 auch noch 2008 um 2,4% ausgeweitet. Die geleisteten Arbeitsstunden nahmen allerdings nur noch um 2,1% zu. In den ersten acht Monaten des Jahres 2009 kam es zu dem erwarteten Beschäftigungsabbau; gegenüber dem Vorjahreszeitraum wurden 2,0% weniger Beschäftigte registriert, die geleisteten Arbeitsstunden waren sogar um 10% niedriger. Anpassungen im Personalbereich dürften noch bevorstehen.

In den letzten Monaten haben sich die Urteile der Unternehmen zur Geschäftslage verbessert, in den Geschäftserwartungen kommt seit August 2009 wieder ein leichter Optimismus zum Ausdruck. Diese aktuellen Einschätzungen werden durch die Meldungen der Testteilnehmer über sinkende Lagerbestände, eine lebhaftere Nachfrage und positiv eingeschätzte Exporterwartungen gestützt.

Der leichte Anstieg des Geschäftsklimaindikatoren für das verarbeitende Gewerbe korrespondiert mit der Belebung der Weltwirtschaft, die insbesondere auf die umfangreichen Konjunkturprogramme der großen Staaten zurückzuführen ist. Damit wird aber vorerst nur ein langsamer Aufstieg von einem niedrigen Niveau ermöglicht. An der Veränderungsrate der industriellen Produktion in Deutschland im Jahr 2009 schlägt sich der Einbruch der Nachfrage dennoch massiv nieder. Das zeigen auch die Meldungen zum ifo Konjunkturtest über die Entwicklung der Produktion, die erst zuletzt eine Stabilisierung signalisierten. Nach der Hochrechnung der vom ifo Institut durchgeführten Branchenschätzungen ist für das **verarbeitende Gewerbe** insgesamt mit einer Schrumpfung der industriellen Produktion im Jahresdurchschnitt 2009 von real 17% zu rechnen.

Auch wenn die akuten Folgen der internationalen Finanzmarktkrise durch entschlossene staatliche Eingriffe eingegrenzt werden konnten, ist die Krise keineswegs überwunden. Da die derzeitige wirtschaftliche Belebung zu einem großen Teil staatlichen Konjunkturpaketen geschuldet ist, besteht eine große Unsicherheit im Hinblick auf die Entwicklung der Weltwirtschaft in den kommenden Jahren. Das gilt entsprechend bei der Festlegung der Rahmendaten für das deutsche verarbeitende Gewerbe. Die folgenden Annahmen über wesentliche weltwirtschaftliche Leitdaten und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in

Abb. 6
Verarbeitendes Gewerbe: Trendwende nach rasantem Abschwung
Auftragseingang



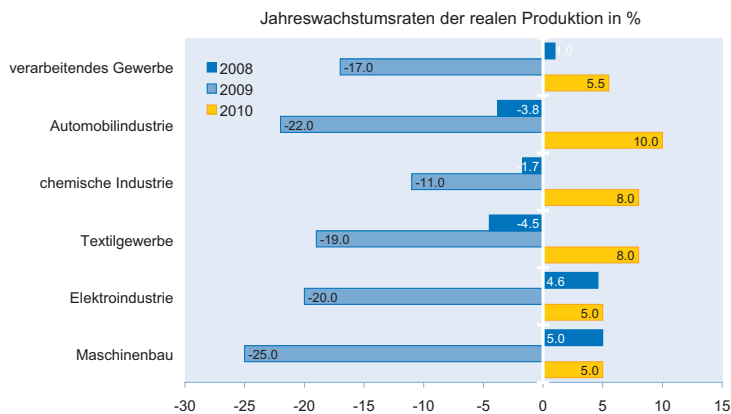
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Deutschland, die bestimmend für die Produktion des verarbeitenden Gewerbes sind, entsprechen der Prognose des Herbstgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute. Danach wird das Wachstum der Weltwirtschaft 2010 auf 2,1% steigen, das Welt-handelsvolumen wird nach dieser Abschätzung um 5,5% zunehmen. Insgesamt wird für die Weltwirtschaft mit einer Erholung gerechnet. Daneben wird ein mittlerer Rohölpreis für 2010 von rund 75 US-Dollar je Barrel unterstellt und ein durchschnittlicher Wechselkurs von 1,45 US-Dollar je Euro zugrunde gelegt. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland, die 2008 und im laufenden Jahr real gestiegen sind, werden 2010 voraussichtlich leicht rückläufig sein. Dagegen werden die Ausrüstungs-investitionen wieder etwas höher ausfallen als im Vorjahr. Vor dem Hintergrund der Belebung der Weltwirtschaft werden auch die Exporte stärker zulegen. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2010 – dem Herbstgutachten zufolge – um 1,2% wachsen. Als positiv ist darüber hinaus zu werten, dass viele Unternehmen in Deutschland in der Krise – aktuellen Umfragen zufolge – ihre Innovationsanstrengungen verstärken.

Von dem lebhafteren Auslandsgeschäft wird angesichts ihres hohen Exportanteils die deutsche Industrie in besonderer Weise profitieren können. Ein zusätzlicher Impuls resultiert aus den höheren Ausrüstungsinvestitionen. Daher kann davon ausgegangen werden, dass sich das verarbeitende Gewerbe 2010 besser entwickeln wird als die Gesamtwirtschaft und seine Produktion damit aller Voraussicht nach deutlich ansteigt. Dazu trägt aber auch der in der zweiten Jahreshälfte 2009 aufgebaute Produktionsüberhang bei. Vor allem die Segmente der Investitionsgüterindustrie (Maschinenbau, Elektroindustrie, Fahrzeugbau, Metallerzeugnisse), aber auch die großen Sparten des Vorleistungsgütergewerbes (chemische Industrie, Metallerzeugung, -bearbeitung) werden an der stärkeren Investitionstätigkeit im Inland und der zunehmenden Weltmarktdynamik teilhaben können. Insgesamt wird das **reale Produktionsvolumen des verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2010 voraussichtlich um 5,5% steigen** (vgl. Abb. 7 und Tab. 1).

Das **Investitionsgütergewerbe** hat zwar 2008 mit einem Produktionswachstum von 2,4% noch überdurchschnittlich abgeschnitten. Allerdings zeichnete sich der folgende Einbruch der Produktion angesichts eines auf das Gesamtjahr bezogenen Rückgangs der Auslandsnachfrage (-9,8%) und der Inlandsbestellungen (-6,4%) deutlich ab. Die deutsche Industrie litt dabei besonders unter der hohen Auslandsabhängigkeit der Investitionsgüterbereiche. Während aus der

Abb. 7
Verarbeitendes Gewerbe: Erholungstendenz nach drastischem Einbruch Produktion



Quelle: Statistisches Bundesamt; Elektroverband (ZVEI); Schätzung und Prognose des ifo Instituts.

gesamten Industrie gut 47% der Produktion exportiert werden, setzen die Investitionsgüterproduzenten rund 60% ihrer Güter im Ausland ab.

Dass die Investitionsgüterindustrie im laufenden Jahr besonders stark von der weltweiten Rezession erfasst wurde, zeigt sich am Rückgang der Auslandsorders in den ersten acht Monaten 2009 um 38,6% und der inländischen Auftrags-eingänge um 24,7% real. Wegen der zu Jahresbeginn noch bestehenden Auftragsbestände und der leichten Erholung der Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte dürfte sich das Produktionsminus 2009 auf etwa 23% belaufen. Neben dem Maschinenbau und den Segmenten der Elektroindustrie trägt in diesem Jahr auch die Gruppe der Metallerzeugnisse zur Schrumpfung des Investitionsgüterbereichs bei. 2010 wird die Investitionsgüterindustrie infolge ihres hohen Exportanteils von der Belebung der Weltwirtschaft profitieren können. Dabei ist zu erwarten, dass die Auslandsnachfrage stärker zunehmen wird als die Bestellungen des Inlands, die angesichts leicht steigender Ausrüstungsinvestitionen nur wenig höher ausfallen werden. Diese Entwicklung kommt auch in den jüngsten Ergebnissen des ifo Konjunkturtests zum Ausdruck; danach werden die Geschäftserwartungen von den Investitionsgüterproduzenten zunehmend optimistisch eingeschätzt. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass im Jahresdurchschnitt 2010 bei der Investitionsgüterproduktion ein Plus von rund 8% zu erwarten ist.

Die **Konsumgüterproduktion**, die 2008 um 1,2% zurückging, ist tendenziell weniger von konjunkturellen Schwankungen betroffen. Die Auslandsaufträge gingen in den ersten acht Monaten 2009 um 15,1% zurück, und der Auftrags-eingang aus dem Inland sank in diesem Zeitraum noch stärker um 19,2%. Durch das in diesem Segment relativ hohe Gewicht des Inlandsgeschäfts war die Gesamtnachfrage nach den Erzeugnissen der einheimischen Konsumgüterpro-

Tab. 1
Wachstumsraten der Industrieproduktion im verarbeitenden Gewerbe
 Daten: Index 2005 = 100 (kalendermonatlich);
 Veränderungsraten gegenüber Vorjahr in %

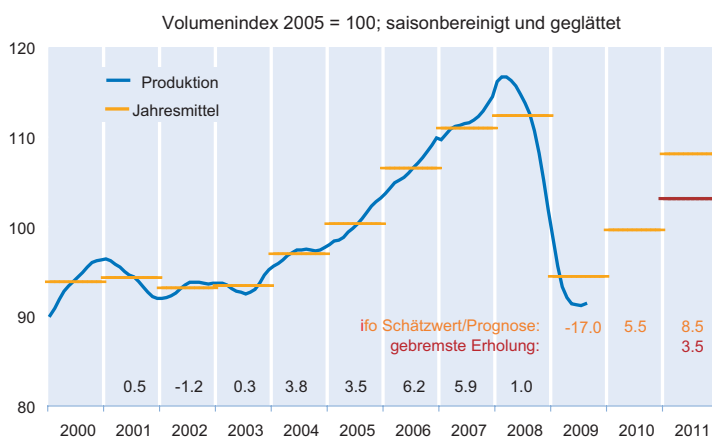
Branche	2008	2009 ^{a)}	2010 ^{a)}	2011 ^{a)}
Verarbeitendes Gewerbe	1,0	- 17,0	5,5	8,5
Vorleistungsgüter	0,3	- 17,5	5,0	9,5
Investitionsgüter	2,4	- 23,0	8,0	10,0
Konsumgüter	- 1,2	- 6,0	2,5	4,0
Ernährungsgewerbe	- 0,13	- 1,0	1,5	1,5
Textilgewerbe	- 4,5	- 19,0	7,0	8,0
Bekleidungsgewerbe	- 14,6	- 11,0	- 2,0	0,0
Holzgewerbe	- 1,5	- 12,0	5,0	8,0
Papiergewerbe	0,5	- 7,5	4,0	6,0
Verlags- und Druckereigewerbe	0,9	- 9,0	3,0	5,0
Mineralölverarbeitung	0,0	- 6,0	3,0	5,0
Chemische Industrie	- 2,1	- 13,0	7,5	9,5
Gummi- und Kunststoffwaren	- 2,6	- 13,0	5,0	6,0
Glas, Keramik, Steine und Erden	- 3,3	- 12,0	4,0	10,0
Metallerzeugung und -bearbeitung	- 1,1	- 27,0	8,0	12,0
Metallerzeugnisse	2,0	- 22,0	5,0	10,0
Maschinenbau	5,0	- 25,0	5,0	10,0
Elektrotechnik	1,5	- 23,0	4,0	10,0
Elektronik, Geräte und Ausrüstungen	7,2	- 21,0	12,0	12,0
Informationstechnik (EDV, Bürom.)	14,5	- 47,0	20,0	15,0
Kommunikations-, Medientechnik	3,2	- 18,0	8,0	11,0
Mess-, Regel-, Medizintechnik, Optik	4,3	- 18,0	10,0	10,0
Automobilindustrie	- 3,8	- 22,0	10,0	12,0
Sonstiger Fahrzeugbau	- 9,3	- 20,0	7,0	10,0
Möbel, sonstige Gebrauchsgüter	- 1,7	- 12,0	5,0	8,0

^{a)} Prognose vom Oktober 2009.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

duzenten um 17,1% geringer. Im Jahresdurchschnitt 2009 dürfte die Produktion dieses Bereichs um 6% sinken. Nach den aktuellen Meldungen zum ifo Konjunkturtest wird die Geschäftslage von den Herstellern von Konsumgütern per saldo noch als schlecht beurteilt, bei den Geschäftserwartungen setzte sich zuletzt aber ein geringer Optimismus durch.

Abb. 8
Verarbeitendes Gewerbe



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Daher wird trotz der erwarteten Abschwächung der privaten Konsumausgaben das reale Produktionsvolumen der Konsumgüterindustrie 2010 angesichts der konjunkturellen Erholung um 2,5% höher ausfallen.

Der Bereich der Vorleistungsgüterproduktion wurde zwangsläufig früh mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise konfrontiert, was vor allem auf lagerzyklische Bewegungen und auf den weltweit geringeren Bedarf an Vorleistungsgütern zurückzuführen sein dürfte. Bei einem realen Minus der Auslandsbestellungen von 4,3% und der Inlandsnachfrage von 4,0% legte die Produktion im Jahresdurchschnitt 2008 noch leicht um 0,3% zu. In den ersten acht Monaten 2009 schrumpfte die reale Nachfrage mit 26,4% (Ausland) und 26,8% (Inland) deutlich stärker; das dürfte zu einem Produktionsrückgang von 17,5% im Gesamtjahr 2009 führen. Die Aussichten für diesen Bereich hellen sich derzeit zusehends auf, wie auch die Meldungen zum ifo Konjunkturtest belegen; die Geschäftserwartungen werden von einer Mehrheit der Produzenten von Vorleistungsgütern zunehmend optimistisch eingeschätzt. Der Bereich der Vorleistungsgüter wird von der Belebung erfasst werden und 2010 voraussichtlich mit einem realen Produktionsplus von rund 5% abschließen.

Die zyklische Erholung kann sich 2011 fortsetzen, sofern von den Finanzmärkten keine negativen Effekte auf die Weltwirtschaft ausgehen. Unterstützt wird diese positive Sichtweise dadurch, dass die asiatischen Schwellenländer eine robuste Entwicklung in der Krise gezeigt haben und sich das Wachstum in der Region beschleunigt. In diesem Fall ist mit einer zyklischen Erholung zu rechnen, die die industrielle Produktion stimuliert. Ausgehend vom erwarteten Verlaufsmuster wird das Jahr 2011 mit einem Überhang starten, so dass sich im Verlauf nur eine moderate Wachstumsbeschleunigung ergeben muss, um 2011 ein reales Plus von 8,5% zu erreichen. Im Falle jedoch, dass die Weltwirtschaft nur mäßig Fahrt aufnimmt und nicht auf einen dynamischen Wachstumspfad zurückkehrt, wird die deutsche Industrie 2011 dieses Ziel nicht erreichen können. Es wird unter diesen Bedingungen nur mit einem Plus von 3,5% gerechnet. (vgl. Abb. 8).

Branchenforum 2: Konjunkturelle Entwicklung im Handel

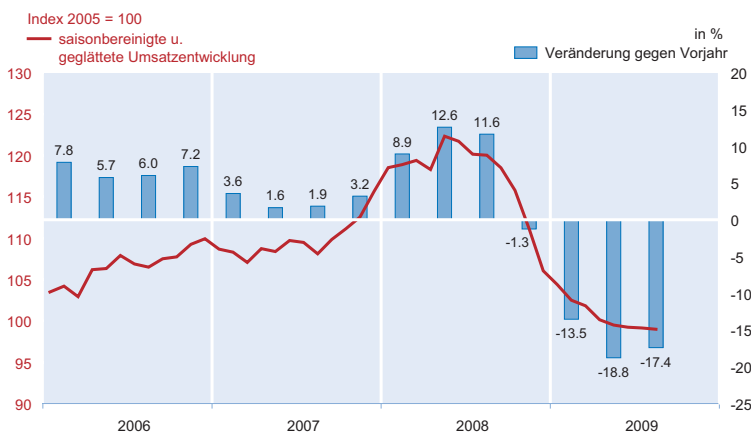
Josef Lachner

Im Branchenforum Handel beschäftigten sich die Referenten mit der konjunkturellen Entwicklung im Großhandel und im Einzelhandel, strukturellen Veränderungen im Einzelhandel und berichteten über spezifische Unternehmen des Bekleidungseinzelhandels sowie des regionalen Nahrungs- und Genussmittelgroßhandels.

Großhandel: Erhebliche Umsatz- einbußen

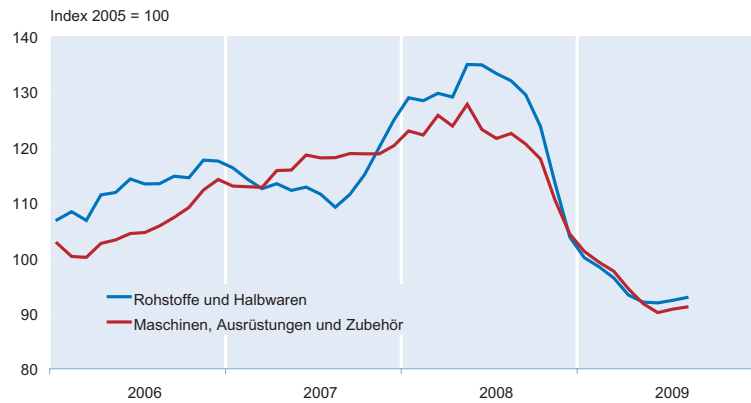
Über die konjunkturelle Entwicklung im Handel berichtete Arno Städtler, ifo Institut. Der institutionelle Großhandel (ohne Kraftfahrzeughandel und ohne Handelsvermittlung) verzeichnete in den zurückliegenden Jahren deutliche Umsatzzuwächse. Im Jahr 2008 waren die nominalen Umsätze der amtlichen Statistik zufolge um reichlich ein Drittel höher als im Jahr 2003. Real entspricht das einem Anstieg um etwa 15,7%. Im letzten Tertial des Jahres 2008 sind die Umsätze allerdings unter dem Einfluss der weltweiten Rezession deutlich zurückgegangen (vgl. Abb. 9). Ende des Jahres waren die nominalen Umsätze (saisonbereinigt) nahezu auf den Stand von Anfang 2006 gesunken. Im gesamten Jahr 2008 übertrafen sie das Vorjahresergebnis aber dennoch um 7,8 und real um 3,6%. In den ersten drei Quartalen 2009 hat die Abwärtsbewegung zwar deutlich nachgelassen, die Vorjahresumsätze wurden aber nominal um 16,7 und real um 9,2% verfehlt.

Abb. 9
Entwicklung der nominalen Umsätze im Großhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 10
Entwicklung der nominalen Umsätze im Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör und im Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

... insbesondere im Produktionsverbindungs- handel

In den zurückliegenden Jahren verzeichnete vor allem der Produktionsverbindungshandel einen Umsatzzuwachs. Er profitierte beim Vertrieb von Rohstoffen und Halbwaren von der lebhaften Zunahme der Produktion im verarbeitenden Gewerbe und im Investitionsgüterbereich von den gestiegenen Ausrüstungsinvestitionen. Im Zeitraum von 2003 bis 2008 erhöhten sich die Umsätze nominal um 47,9%. Dieses Plus ist jedoch in erheblichem Umfang auf gestiegene Verkaufspreise zurückzuführen. Real fiel der Zuwachs mit 19,0% wesentlich niedriger aus. Gegen Ende des Jahres 2008 sind die Umsätze deutlich gesunken. Diese Entwicklung setzte sich in den ersten fünf Monaten des Jahres 2009 abgeschwächt fort; seither gingen die Umsätze nur noch leicht zurück. Insgesamt waren die Umsätze der ersten drei Quartale 2009 um 24,6% niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres; real ergab sich ein Minus von 12,2%. Besonders starke Einbußen verzeichnete der Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren (vgl. Abb. 10). Der nominale Rückgang um 28,4% ist allerdings größtenteils auf gesunkene Verkaufspreise in den Bereichen »feste Brennstoffe und Mineralölzeugnisse« sowie »Erze, Metalle, Halbzeug« zurückzuführen. Real ergab sich im gesamten Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren ein Minus von 15,3%. Einen deutlichen Umsatzrückgang verzeichnete auch der Großhandel mit Maschinen und Ausrüstungen. Diese Sparte musste von Januar bis September 2009 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ein nominales Minus von 24,2% hinnehmen (real: -26,3%). In geringerem Ausmaß verfehlte der Großhandel mit landwirtschaftlichen

Grundstoffen und lebenden Tieren die Umsätze der ersten neun Monate des Jahres 2008. Für den Rückgang um 11,3% waren jedoch ausschließlich gesunkene Verkaufspreise verantwortlich. Die realen Umsätze sind um 16,8% gestiegen.

Weniger starke Rückgänge im Konsumgütergroßhandel

Wesentlich mäßiger als im Produktionsverbindungshandel schrumpften die Umsätze im Konsumgütergroßhandel. Sie blieben hier in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 nominal um 5,9 und real um 5,5% hinter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums zurück. Etwas geringer als im gesamten Konsumgütergroßhandel fielen die Umsatzeinbußen im Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln aus (vgl. Abb. 11). Hier wurden die Ergebnisse der ersten drei Quartalen 2008 nominal um 5,6% verfehlt, was teilweise auf gesunkene Verkaufspreise zurückzuführen ist. Real belief sich der Rückgang auf 3,6%. Stärker als im Durchschnitt des gesamten Bereichs sanken die Umsätze im Großhandel mit Ge- und Verbrauchsgütern. Die Unternehmen dieses Bereichs büßten im Vergleich zu den nominalen Umsätzen der ersten neun Monate des Vorjahres 6,4% ein, was einem realen Minus von 7,1% entspricht. Beachtlichen Einbußen des Großhandels mit elektrischen Haushaltswaren und Geräten der Unterhaltungselektronik steht ein spürbarer Umsatzzuwachs im Großhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln gegenüber. Im Großhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Erzeugnissen entsprachen die Umsätze weitgehend dem Vorjahresergebnis.

Abb. 11
Entwicklung der nominalen Umsätze im Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln und im Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern

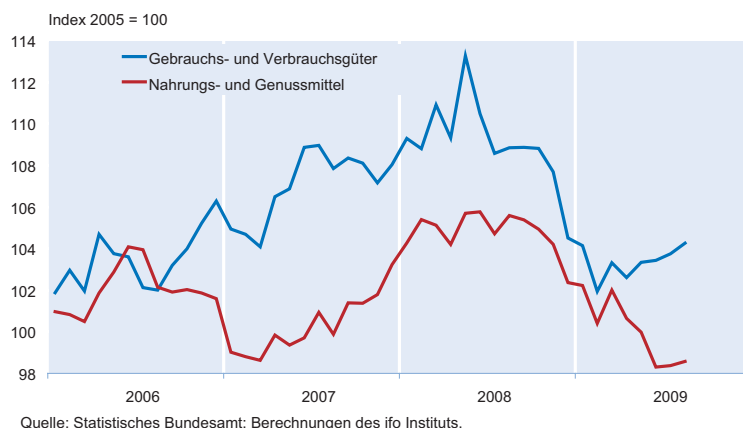
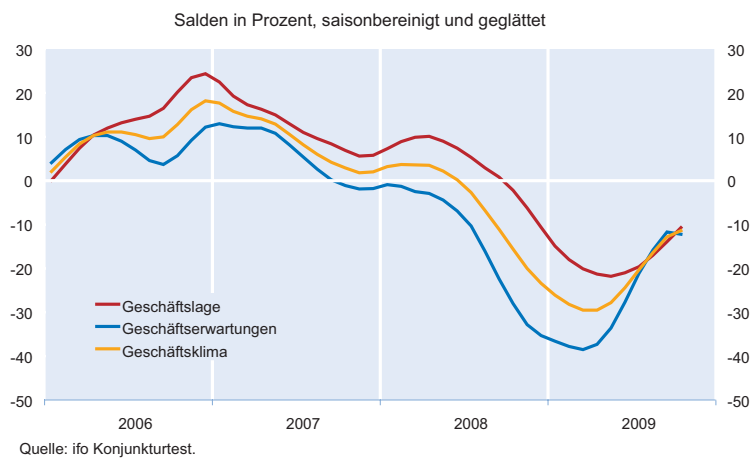


Abb. 12
Geschäftsentwicklung im Großhandel



Nachlassende Skepsis

Nach einer deutlichen Verschlechterung des Geschäftsklimas in der zweiten Jahreshälfte 2008 und im ersten Quartal 2009 ergab sich im Großhandel insgesamt im April eine Verbesserung, die seither anhält. Ausschlaggebend waren dafür die sich aufhellenden Perspektiven, die allerdings nach wie vor überwiegend skeptisch eingeschätzt werden (vgl. Abb. 12). Die Wende bei den Erwartungen wird durch die moderate Verbesserung der Geschäftslage seit Juni bestätigt. Den Meldungen zufolge hat auch der Lagerdruck nachgelassen. Die insgesamt verbesserte Stimmung schlägt sich zudem in den Orderplänen nieder, die nun wesentlich weniger restriktiv sind als im März. Im gesamten Jahr 2009 ist von Umsätzen auszugehen, die das Vorjahresergebnis um 15% verfehlen. Im Jahr 2010 dürfte sich nur noch ein leichtes Minus ergeben.

Produktionsverbindungshandel: Stabilisierung der Umsätze erwartet

Den Meldungen des Produktionsverbindungshandels zufolge hat sich die Situation seit Beginn der zweiten Jahreshälfte 2009 zwar verbessert, die Unternehmen beurteilten ihre Lage aber nach wie vor überwiegend als schlecht. Die Firmen sahen im Oktober der Entwicklung in den kommenden Monaten skeptisch entgegen. Diese Zurückhaltung scheint nicht unbegründet zu sein. Im verarbeitenden Gewerbe, einer wichtigen Kundengruppe des Produktionsverbindungshandels, waren die Fertigungskapazitäten im September 2009 nur zu etwa 73% ausgelastet. Vor Jahresfrist hatten die Firmen noch über einen Auslastungsgrad von 84% berichtet. Aufgrund der deutlich reduzierten

Kapazitätsauslastung ist sowohl die Nachfrage nach Rohstoffen und Halbwaren zurückgegangen als auch die Bereitschaft, Ausrüstungsinvestitionen durchzuführen. Den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests vom Oktober zufolge war die Produktion allerdings kaum noch rückläufig, und auch in ihren kurzfristigen Plänen gingen die Industrieunternehmen nur noch vereinzelt von Einschränkungen aus. Für das gesamte Jahr 2009 ist aber nicht nur bei den Produktionsverbindungshändlern mit Umsatzeinbußen zu rechnen, die hauptsächlich Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes beliefern, sondern auch für die baunahen Großhändler. Im Wirtschaftsbau hinterlassen die Kapazitätsüberhänge in verschiedenen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft Spuren. Manche bereits genehmigte Vorhaben werden aufgeschoben, neue Projekte werden seltener in Angriff genommen. Auch im Wohnungsbau ist mit einem Rückgang zu rechnen. Das gilt speziell für den Neubau. Günstiger ist dagegen die Situation bei werterhöhenden Maßnahmen am Bestand. Stützend wirken auf die Bauinvestitionen die Maßnahmen der öffentlichen Hand.

Im gesamten Produktionsverbindungshandel dürften die Umsätze im Jahr 2009 um etwa ein Fünftel niedriger sein als im Vorjahr. Im Verlauf des Jahres 2010 wird der Umsatzrückgang im Produktionsverbindungshandel zum Stillstand kommen, die Umsätze werden dann leicht zunehmen, so dass für das gesamte Jahr mit einem Ergebnis gerechnet werden kann, das dem des Jahres 2009 weitgehend entspricht.

Konsumgütergroßhandel im Abwärtstrend

Im Konsumgütergroßhandel (ohne Kraftfahrzeuge) verschlechterte sich die Geschäftslage den Meldungen der Firmen im Rahmen des ifo Konjunkturtests zufolge in der ersten Jahreshälfte 2009 nur leicht, das dritte Quartal war sogar durch eine Verbesserung gekennzeichnet. Im gesamten Jahr 2009 dürften die Umsätze das Ergebnis des Vorjahres um etwa 5% verfehlen. Für den Konsumgütergroßhandel wird sich das Vorziehen von Pkw-Käufen eher nachteilig auswirken, weil für Käufe bei seinen Kunden weniger Kaufkraft zur Verfügung steht. Die vorangegangene rezessive Entwicklung stellt insbesondere für den Arbeitsmarkt eine erhebliche Hypothek dar. Sollte es hier in den kommenden Monaten zu einer deutlichen Verschlechterung kommen, so ist mit spürbaren Bremswirkungen auf den privaten Konsum zu rechnen. Besonders betroffen wird davon voraussichtlich die Gastronomie sein. Die Konsumenten werden im Jahr 2010 aber auch im Einzelhandel verstärkt Preisbewusstsein praktizie-

ren und jene Formate bevorzugen, die als besonders günstig gelten. Diese Geschäftstypen gehören üblicherweise nicht zum Kundenkreis des traditionellen Konsumgütergroßhandels. Somit ist für 2010 von einem Umsatzminus in der Größenordnung von 2% auszugehen.

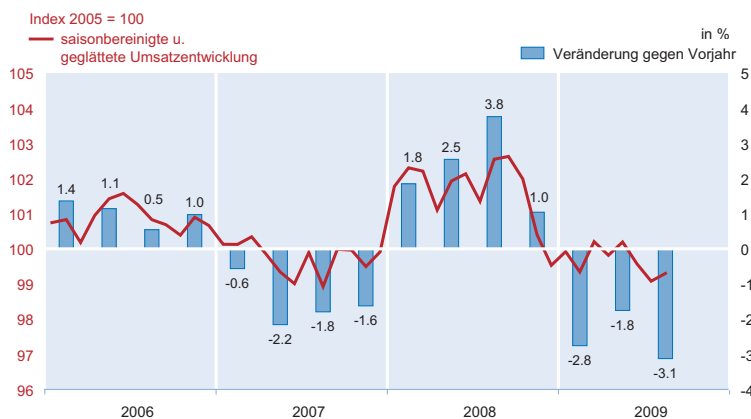
Umsätze im Einzelhandel nur leicht gesunken

Die Umsätze des Einzelhandels (ohne Kraftfahrzeughandel) haben sich trotz der scharfen Rezession als erstaunlich robust erwiesen (vgl. Abb. 13). Zwar sind sie im vierten Quartal des Jahres 2008 den Daten des Statistischen Bundesamtes zufolge deutlich geschrumpft, im gesamten Jahr 2008 erzielten die Einzelhändler aber dennoch ein um 2,3% höheres nominales Umsatzergebnis als im Vorjahr. Dieses Plus ist jedoch größtenteils auf gestiegene Verkaufspreise zurückzuführen. Real ergab sich ein Zuwachs von lediglich 0,1%. In der ersten Hälfte des Jahres 2009 bewegten sich die Umsätze auf dem erreichten niedrigen Niveau eher seitwärts. Daran schloss sich zu Beginn der zweiten Jahreshälfte ein leichter Umsatzrückgang an. In den ersten drei Quartalen 2009 verfehlten die Einzelhändler das Umsatzergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums nominal um 2,5 und real um 1,8%.

Geringfügig stärker als im Durchschnitt des gesamten Einzelhandels verringerten sich die Umsätze im Versandhandel (nominal: -3,6%; real: -4,8%). Im stationären Einzelhandel blieben die Umsätze von Januar bis September nominal um 1,8 und real um 1,7% hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

Innerhalb des stationären Einzelhandels bestehen zwischen den verschiedenen Sparten beachtliche Unterschiede. Wesentlich besser als in den ersten neun Monaten des Vorjahres haben die Einzelhändler mit Fahrrädern, Fahrrad-

Abb. 13
Entwicklung der nominalen Umsätze im Einzelhandel^{a)}



^{a)} Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

teilen und -zubehör abgeschnitten. Sie übertrafen das damalige Umsatzergebnis nominal um 7,2 und real um 5,1%. Ein nominales Umsatzplus von 2,1% ergab sich für den Bereich »Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln«; real bedeutet das einen Anstieg um 1,0%. Nominale Umsatzeinbußen traten vor allem bei den Tankstellen (nominal: -14,0%; real: -0,2%) und dem Einzelhandel mit Computern, Computerteilen, peripheren Einheiten und Software (nominal: -11,2%; real: -0,5%) ein. Außerdem verzeichneten auch die sonstigen Sortimenter (hauptsächlich Non-Food), zu denen die Warenhäuser und Kaufhäuser gehören, einen erneuten Umsatzrückgang (nominal: -5,6%; real: -6,3%).

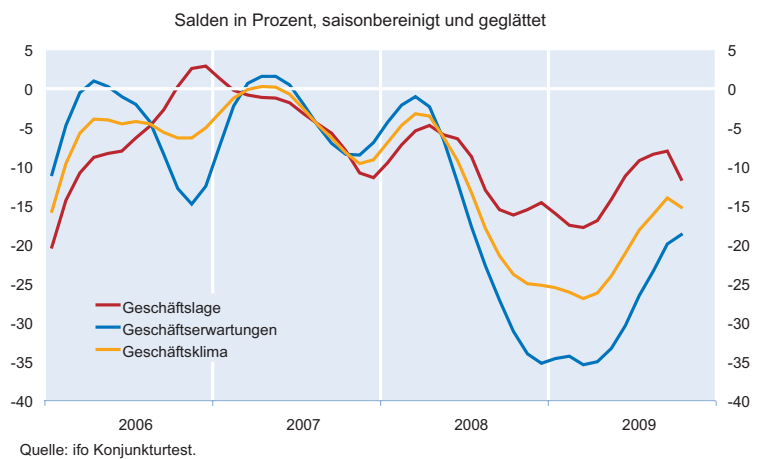
Restriktive Bestellpläne des Einzelhandels

Das Geschäftsklima im Einzelhandel, das aus Erhebungsergebnissen des ifo Konjunkturtests ermittelt wird, hat sich auch im Frühjahr 2009 noch etwas eingetrübt (vgl. Abb. 14). Seither ist eine tendenzielle Verbesserung erkennbar. Die Unternehmen bewerten inzwischen ihre Geschäftslage bei weitem nicht mehr so häufig als schlecht wie zur Jahreswende und sehen der zukünftigen Entwicklung weniger skeptisch entgegen. Die Bestellpläne der Einzelhändler waren im Oktober jedoch ähnlich häufig wie zu Jahresbeginn von Zurückhaltung geprägt. Auch ihre Beschäftigtenpläne waren auf Einschränkungen ausgerichtet, nachdem die Arbeitsproduktivität den Ergebnissen der amtlichen Statistik zufolge im ersten Halbjahr zurückgegangen war. Die Unternehmen hatten in dieser Zeit wohl versucht, dem geringeren Arbeitsanfall mit dem Abbau von Überstunden und Urlaubsüberhängen sowie durch zunehmende Kurzarbeit zu begegnen.

Für 2009 Umsatzminus erwartet

Neben den Erwartungen der Einzelhändler deuten auch die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Einflussfaktoren für das Jahr 2009 auf einen im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Umsatz hin. So wird das Gesamteinkommen der privaten Haushalte gegenüber dem Vorjahr nur noch um 0,2% zunehmen (2008: + 2,7%). Etwas stärker wird zwar der private Verbrauch steigen, was allerdings eher den Verwendungsbereichen zugute kommt, die nicht einzelhandelsrelevant sind (z.B. Tourismus, Kraftfahrzeuge). Die im Vergleich zum verfügbaren Einkommen stärkere Zunahme des privaten Verbrauchs ist der geringeren Sparneigung zu verdanken. Die Sparquote wird im Jahr 2009 nämlich leicht zurückgehen,

**Abb. 14
Geschäftsentwicklung im Einzelhandel**



in Zusammenhang mit der Abwrackprämie. Die Umsatzentwicklung des Einzelhandels dürfte durch diesen staatlichen Anreiz jedoch eher negativ tangiert sein, weil Kaufkraft gebunden wurde und nun nicht für Käufe im Einzelhandel zur Verfügung steht. Alles in allem werden die Umsätze das Vorjahresergebnis um etwa 2,5 bis 3% verfehlen.

Umsatzrückgang setzt sich 2010 fort

Im nächsten Jahr werden die Bruttolöhne und -gehälter infolge der erwarteten Verschlechterung am Arbeitsmarkt und merklich geringerer Tariflohnsteigerungen sinken. Netto ergibt sich aber dennoch ein geringfügiges Plus, da die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung in der Regel nunmehr steuerlich voll abgesetzt werden können. Das gesamte verfügbare Einkommen wird etwas höher sein als im Jahr 2009. Die privaten Haushalte werden nach dem Vorziehen des Autokaufs aber wieder stärker sparen. Die Sparquote wird steigen. Als Folge davon wird der private Verbrauch sinken. Es ist damit zu rechnen, dass die Umsätze im Einzelhandel ebenfalls zurückgehen werden und das Vorjahresniveau um etwa 2% verfehlen. Die Konsumenten werden vor allem beim Einkauf von Waren des täglichen Bedarfs in dieser Phase vermehrt Geschäftstypen bevorzugen, die sich das Image eines preisgünstigen Anbieters erworben haben. Die besondere Aufmerksamkeit der Verbraucher wird den Sonderangebotsaktionen gelten. Außerdem werden sie versuchen, Spontankäufe zu vermeiden. Im Nahrungs- und Genussmitteleinzelhandel dürfte die Entwicklung je nach Geschäftstyp recht unterschiedlich verlaufen. Vorteilen für die Discounter und sonstigen preisaktiven Angebotsformen stehen Marktanteilsverluste für die Fachgeschäfte gegenüber. Insgesamt werden hier die Umsätze leicht sinken. Mit Umsatzeinbußen muss auch im Non-Food-Einzelhandel gerechnet werden, wobei bedienungsarme, großflächige Fachmärkte speziell

im Verkauf weniger beratungsbedürftiger Waren Wettbewerbsvorteile haben dürften.

Anhaltender Bedeutungsverlust der Warenhäuser

Über Analyseergebnisse zu Strukturveränderungen im deutschen Einzelhandel informierte Frau Kappeler von der GfK GeoMarketing GmbH. Sie zeigte auf, wie sich die Marktanteile der verschiedenen Angebotstypen bzw. Betriebsformen im Einzelhandel verändert haben. Zu den Marktanteilsgebern im Zeitraum zwischen 2000 und 2008 gehören insbesondere die Lebensmitteldiscounter. Dagegen mussten in dieser Zeit vor allem die traditionellen Fachgeschäfte und besonders die Warenhäuser Marktanteilsverluste hinnehmen. So kamen die Warenhäuser zur Jahrhundertwende noch auf einen Marktanteil von 4,2%. Im Jahr 2008 belief sich der Marktanteil dieses Angebotstyps, der in manchen Orten nach wie vor als Käufermagnet für die Innenstädte gilt, bundesweit nur noch auf 3,0%. Noch eindruckvoller zeigt den Bedeutungsverlust der Warenhäuser der Vergleich mit den Marktanteilen in den 1960er und 1970er Jahren. Seinerzeit erreichten die Warenhäuser einen Anteil am Einzelhandelsumsatz von etwa 13%.

Die beiden vorangegangenen Dekaden waren geprägt durch eine nur leichte Zunahme der Umsätze im Einzelhandel insgesamt. Da sich die Verkaufsfläche stärker erhöhte, nahm die Flächenproduktivität spürbar ab. Die Untersuchungsergebnisse der GfK GeoMarketing zeigen für die 81 deutschen Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern teilweise deutliche Unterschiede hinsichtlich der Entwicklung des Einzelhandels in der Innenstadt und dem übrigen Stadtgebiet. Im Zeitraum von 1992 bis 2003 hat die Verkaufsfläche in den Städten insgesamt um knapp ein Drittel zugenommen. Die Innenstädte profitierten davon jedoch nur unterdurchschnittlich. Hier nahm die Verkaufsfläche lediglich um 12% zu. Dagegen erhöhte sie sich im übrigen Stadtgebiet um nahezu 40%. Besonders stark zeigt sich die Expansion der Verkaufsfläche in den ostdeutschen Städten. Wenngleich auch hier die Verkaufsflächenzunahme in den Innenstädten hinter der Gesamtentwicklung zurückblieb, war hier der Entwicklungsunterschied zwischen den Innenstädten und den übrigen Stadtgebieten weniger stark ausgeprägt. Zwischen 2003 und 2008 hat deutschlandweit vor allem die Zunahme der Verkaufsfläche in den übrigen Stadtgebieten deutlich nachgelassen, sie expandierte in diesem Zeitraum nur geringfügig stärker als in den Innenstädten. In den neuen Bundesländern nahm die Verkaufsfläche in diesem Zeitraum in den Innenstädten sogar reichlich doppelt so stark zu wie in den übrigen Stadtgebieten. Darin kommt eine gestiegene Attraktivität der Innenstädte zum Ausdruck. In den ostdeutschen Städten verzeichneten die Geschäfte in den Innenstädten nämlich einen Umsatzanstieg, während die Einzel-

händler in den übrigen Stadtgebieten erhebliche Umsatzverluste erlitten haben.

Insgesamt resümierte Frau Kappeler einen klaren Trend in die Innenstädte. Dieser spiegelt sich auch bei den Standorten neu eröffneter Shoppingcenter wider: Denn während in der ersten Hälfte der 1990er Jahre mehr als drei Viertel aller neu eröffneten Center auf der Grünen Wiese oder in den einzelnen Stadtteilen lokalisiert waren, dominiert inzwischen ganz klar die Innenstadt als Standort für neue Center.

Im zweiten Teil ihres Vortrags ging Frau Kappeler auf die schwierige Situation der Warenhäuser ein und deren Folgen für die Innenstädte. In den betroffenen Kommunen ist das Erschrecken verständlicherweise groß. Es wird befürchtet, dass die Zugkraft der jeweiligen Innenstädte deutlich nachlassen wird. Nach Ansicht von Frau Kappeler wird allerdings verkannt, dass solche Waren- oder Kaufhäuser, die nur noch Flächenleistungen von 2 500 Euro/m² und deutlich weniger generieren, nicht mehr die Rolle als Magnet spielen. Im Übrigen trägt das heutige Erscheinungsbild vieler Objekte kaum zu einem stimmungsvollen Einkaufsambiente einer Innenstadt bei.

Wie es nach der Schließung von Warenhäusern speziell an zentralen Innenstadtlagen weitergehen kann, zeigte Frau Kappeler anhand verschiedener Nachnutzungsoptionen für die frei gewordenen Immobilien bzw. Standorte auf. Generell kommt die Ansiedlung modernerer oder passenderer Einzelhandelsformate in Frage.

Folgende Optionen sollten geprüft werden:

- Die Nachnutzung durch einen anderen Großflächenbetreiber (z.B. Großbuchhandlung), was allerdings nur bei kleineren Häusern möglich ist.
- Die Aufteilung der Immobilie in ein Geschäftshaus mit mehreren Mieteinheiten. Dies bietet in Klein- und Mittelstädten die Chance, oftmals fehlende moderne und ausreichend große Flächen bereitstellen zu können.
- Die Entwicklung eines Shoppingcenters, wobei hier je nach Größe des Objektes und der Standortgemeinde eine sehr differenzierte Betrachtung notwendig ist (Stichworte: Geschossigkeit, notwendige Grundstücksarrondierung und Potential im Einzugsgebiet).
- Die Einrichtung eines SB-Warenhauses, was eine Option für Standorte jenseits der innerstädtischen A-Lagen bzw. bei zu geringem Potential für ein Shoppingcenter darstellt.

Für jeden Standort und jedes Objekt muss ausgehend von den immobilienpezifischen Gegebenheiten und den standort- und marktseitigen Rahmenbedingungen nach individuellen Lösungen gesucht werden. Dieses voraus-

gesetzt, kann die Aufgabe von Waren- und Kaufhäusern erhebliche Chancen und Potentiale für attraktivere Innenstädte eröffnen, indem das innerstädtische Angebotsspektrum an einem maßgeblichen Platz des innerstädtischen Lagegefüges nachhaltig belebt bzw. leistungsstärker gemacht wird.

Regionale Großhändler bieten umfassende Betreuung der angeschlossenen Einzelhändler

Ein Portrait der EDEKA Handelsgesellschaft Südbayern mbH zeichnete Herr Maier, Geschäftsführer dieses Unternehmens. Die EDEKA-Gruppe ist durch zwei Kerngeschäftsfelder charakterisiert. Traditionell gehören dazu die selbständigen Kaufleute, die ein Vollsortiment des Lebensmittelhandels führen. Ein weiteres wichtiges Standbein ist der Marken-Discount. Über das Tochterunternehmen Netto Marken-Discount ist die EDEKA-Zentrale in diesem Angebotstypensegment direkt im operativen Einzelhandelsgeschäft tätig. Die EDEKA-Gruppe ist genossenschaftlich strukturiert. Basis sind 4 500 selbständige Kaufleute, die in sieben regionalen Genossenschaften zusammengeschlossen sind. Gemäß der Genossenschaftssatzung besteht der Zweck der Genossenschaft in der wirtschaftlichen Förderung der Mitglieder. Die Möglichkeit einer Mitgliedschaft bietet sich nur für aktiv tätige selbständige Kaufleute. Beenden sie ihre aktive Tätigkeit, erlischt ihre Mitgliedschaft. Damit ist ausgeschlossen, dass Wettbewerber oder Hedgefonds Anteile der Zentrale oder der regionalen Gesellschaften erwerben können. Durch die starke, teilweise persönliche Identifikation der Geschäftsinhaber mit dem Ort, in dem sie die einzelnen Geschäfte betreiben, entsteht eine einzigartige Form der Kundenbindung. Diese wird unterstützt durch den Vertrieb von regional erzeugten Produkten. Dadurch fließt Kaufkraft in die Region zurück. Eigene Produktionsbetriebe der EDEKA-Organisation fungieren als Partner für die regionale Landwirtschaft. Durch das Engagement in der Fertigung hat die Gruppe bessere Möglichkeiten, sich durch Produktinnovationen zu profilieren und durch besonders qualitätvolle Waren Wettbewerbsvorteile in einem ansonsten stark durch Preisaktivitäten gekennzeichneten Markt zu erringen. Innerhalb der unternehmerischen Strategie kommt ökologischen Aspekten, wie schonende Energie- und Ressourcenverwendung, besondere Bedeutung zu. Das Warensortiment der Vollsortimenter im Einzelhandel, das oft 30 000 Artikel und mehr umfasst, schließt neben besonders preisgünstigen Artikeln der gruppeneigenen Dachmarke auch Produkte mittlerer Preiskategorien bis hin zu Artikeln des Premiumsegments ein. Die Kaufleute, die teilweise auch mehrere Geschäfte führen, werden durch einen leistungsfähigen Großhandel gefördert. Der Großhandel nimmt die Position einer Serviceeinrichtung für die Einzelhändler wahr. Zu den Maßnahmen gehören die Standortanalyse und die Rentabilitätsplanung, die Einrichtungsplanung, die Finanzierung der Ware sowie

die Unterstützung durch Mietsubventionen. Um eine positive Einstellung zum Unternehmen sowie den vertriebenen Produkten zu erzeugen, betreiben die Großhändler Aus- und Weiterbildung. Die Aktivitäten in diesem Leistungssegment schließen beispielsweise die Ausbildung zu Einzelhandelskaufleuten sowie die Vorbereitung der Existenzgründer ein. Um die Qualität der einzelnen Geschäfte zu überprüfen, werden Testkäufe durchgeführt. Die Attraktivität wird durch Ladenkonzepte gefördert, die an die regionalen und lokalen Gegebenheiten angepasst sind. Um Anreize für besondere architektonische Konzepte zu bieten, werden Wettbewerbe durchgeführt. Spezifische Ladengrößen, Einrichtungen und Ausstattungen sowie Sortimente, in denen regionale Erzeugnisse besonders wichtig sind, stärken die Individualität der einzelnen Geschäfte.

Unverwechselbares Profil sichert Attraktivität im Bekleidungseinzelhandel

Einen Einblick in die Situation eines renommierten Textileinzelhandelsgeschäfts am Standort München bot Herr Eberle, der geschäftsführender Gesellschafter der Konen Bekleidungshaus KG ist. Bei der Firma Konen handelt es sich um ein Familienunternehmen, das seit 1936 besteht. Im Jahr 2002 wurden einige Veränderungen vorgenommen. Die eigene Fertigung in der Konen Herrenkleiderfabrik KG in München, deren Produkte die Marke »Atelier Torino« trugen, wurde eingestellt und die Aktivitäten im Einzelhandel auf die Standorte in München und Luxemburg konzentriert. Inzwischen verfügt das Geschäft in München über eine Verkaufsfläche von 12 500 qm und das in Luxemburg von 11 000 qm. Insgesamt sind in der Unternehmensgruppe etwa 750 Mitarbeiter beschäftigt.

Eine Spezialität der Konen Bekleidungshäuser ist ihr Warenangebot, das sowohl Damen-, Herren- als auch Kinderbekleidung umfasst. Gut die Hälfte des Umsatzes wird mit Damenbekleidung erzielt, reichlich zwei Fünftel mit Herrenbekleidung und etwa 3% mit Kinderbekleidung. In allen Bereichen wird ein hoher Servicegrad geboten. Das Verkaufspersonal ist gehalten, sich Zeit für die individuelle Beratung der Kunden zu nehmen. Die Verkäufer sollen die Kunden zudem bei der Orientierung im vielfältigen Angebot unterstützen. Die Intention des professionellen Umgangs mit den Kunden spiegelt sich auch in einer zielgruppenorientierten Warenpräsentation auf modernen Warenträgern wider (keine »Ärmelparade«). Die Kunden erwarten heutzutage neben einer zeitgemäßen, einladenden Architektur ein geschmackvolles und abwechslungsreiches Ambiente. Die Zielgruppe der Fa. Konen sind anspruchsvolle Kunden, denen Artikel bekannter Markenhersteller sowie moderne, qualitativ hochwertige Handelsmarken geboten werden. Konen praktiziert eine faire Verkaufspreispolitik und verzichtet weitgehend auf Aktionen. Im Zuge der Wettbewerbsauseinandersetzung

sieht sich Konen jedoch gezwungen, Preisnachlässe auf einzelne Produkte zu gewähren, wenn Konkurrenten mit Preisenkungen werben.

Die konkrete Marktposition von Konen in München unterscheidet sich von der in Luxemburg recht deutlich. In München sind neben Konen in den verschiedenen Bekleidungs-bereichen noch andere wichtige Anbieter vertreten, in Luxemburg nimmt Konen die Stellung des Marktführers ein.

Herr Eberle vermisst die Möglichkeit des Verkaufs außerhalb der regulären Ladenöffnungszeiten. Abendöffnungen, so ist seine Erfahrung, bieten den Kunden die Gelegenheit, sich ohne Zeitdruck zu informieren und die verschiedenen Waren zu begutachten und Kombinationen auszuprobieren. Ohnehin beobachtet Herr Eberle, dass sich die bevorzugten Einkaufszeiten verschieben. Tendenziell werden die Abende sowie Sonderöffnungen stärker genutzt. Die Wirtschaftskrise schlägt sich allerdings auch auf den Besuch von Kongressen nieder. Das hat nicht nur negative Auswirkungen auf die Buchung bei hochwertigen Hotels, sondern auch auf die Einkäufe im Einzelhandel. Die Umsätze mit zahlungskräftigen Kunden gehen zurück. Die aktuelle wirtschaftliche Situation führt bei den Kunden nach den Beobachtungen von Herrn Eberle eher zu einem Verzicht von Bedarfskäufen. Hier ergaben sich in manchen Sortimentsbereichen Umsatzrückgänge von rund einem Fünftel. Die Kunden würden – so seine Beobachtung – Käufe von Anzügen, Hemden und dergleichen eher hinauszögern. Der Absatz von Produkten, die eher zu Spontankäufen einladen, würde dagegen stagnieren oder sogar zunehmen. Das Minus bei den Bedarfskäufen kann dadurch aber nicht kompensiert werden.

Auch die Diskussion um die Schließung von Warenhäusern und Textilkaufläden wirkt sich ungünstig auf die Kaufbereitschaft der Verbraucher aus. Konen setzt verstärkt auf die Emotionalität des Verkaufs, versucht mit der Präsentation Ideen zu liefern und die Kunden mit der Werbung direkt anzusprechen (keine anonymen Prospekte). Das setzt die persönliche Beziehung zwischen dem Verkaufspersonal und den Kunden voraus.

Branchenforum 3: Konjunkturelle Entwicklung im Bausektor

Erich Gluch und Ludwig Dorffmeister

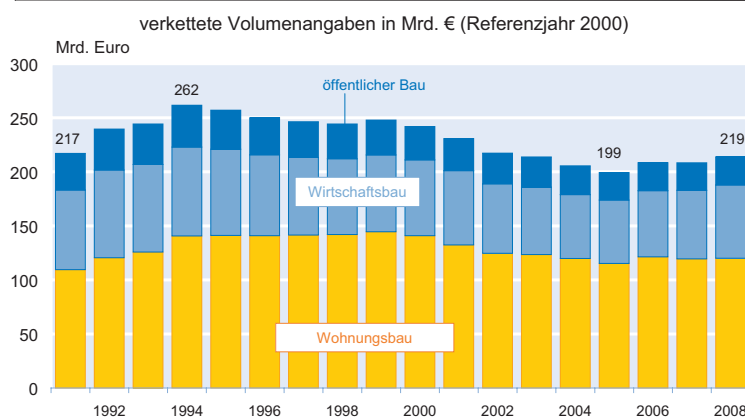
Im einleitenden Referat ging Erich Gluch, ifo Institut, zunächst auf die Entwicklung der Bautätigkeit seit Beginn der 1990er Jahre ein. So stiegen im Rahmen des Wiedervereinigungsbooms die Bauinvestitionen von rund 217 Mrd. € im Jahr 1991 in nur drei Jahren bis auf 262 Mrd. € (vgl. Abb. 15). Diesem kräftigen Wachstumsschub folgte eine elfjährige Phase rückläufiger Baunachfrage – mit lediglich einer kurzen Unterbrechung im Jahr 1999. In den letzten 3 Jahren expandierten die Bauinvestitionen wieder, so dass 2008 mit 219 Mrd. € in etwa das gleiche Volumen realisiert wurde wie bereits 1991.

Stimmung im Bauhauptgewerbe trotz Rezession nur leicht eingetrübt

Betrachtet man lediglich die letzten Jahre, so wird deutlich, dass das Bauhauptgewerbe im Vergleich zum verarbeitenden Gewerbe seit Mitte 2007 relativ »gut« abschnitt. Während das Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe zwischen Sommer 2007 und Frühjahr 2009 so kräftig einbrach wie noch nie in einer Rezession, trübte sich das Geschäftsklima in der Bauwirtschaft im gleichen Zeitraum lediglich etwas ein. Eine ganz ähnliche Entwicklung vollzog sich auch bei den Auftragsbeständen sowie bei der Produktion. Das heißt, die Situation ist am Bau – zumindest im Vergleich zum verarbeitenden Gewerbe – derzeit gar nicht so schlecht.

Die gewerbliche Baunachfrage entwickelte sich in den drei Jahren 2006 bis 2008 überaus prächtig. Getrieben vom wirtschaftlichen Aufschwung belebte sich auch die Baunach-

Abb. 15
Bauinvestitionen in Deutschland 1991 bis 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt.

frage kräftig. Der Wirtschaftsbau wurde dadurch in dieser Periode zur bestimmenden Komponente der Baunachfrage. Die gewerblichen Bauinvestitionen stiegen allein in diesen drei Jahren um (real) 16%.

Den Unternehmen war es in diesen Jahren gelungen, durch Kosteneinsparungen, vor allem im Personalbereich, ihre Gewinnmargen wieder zu erhöhen. Alles hätte – zumindest in leicht abgeschwächtem Umfang – so weiter gehen können. Denn selbst die oft geschmähten deutschen Schlusslicht-Wachstumsraten waren echtes Wachstum – und nicht mittels hedonischer Preisberechnungen trickreich nach oben geschraubt. Die deutschen Immobilienmärkte zeigten keine Blasenbildung – und die Verschuldung der privaten Haushalte sowie der Unternehmen bewegte sich in einem angemessenen Rahmen.

Globale Wirtschaftskrise traf deutsche Unternehmen mit voller Wucht

Aber seit gut zwei Jahrzehnten tickte eine Zeitbombe, von deren Existenz die Unternehmen keine Ahnung haben konnten. Ahnungslose Theoretiker der Ökonomenzunft hatten die Ideen dafür geliefert, pfiffige Banker mit Hilfe genialer Mathematiker die Bausätze gefertigt, Politiker die Lunte gelegt. Geschäftstüchtige oder gar kriminelle Institutionen in den Vereinigten Staaten konnten zwar lange Zeit das Abbrennen der Lunte hinauszögern. Aber spätestens nach der Lehman-Pleite konnte der Schwindel mit nahezu wertlosen strukturierten Finanzprodukten wie CDO (Collateralized Debt Obligations) – Derivate, die sich aus mit Hypothekenkrediten besicherten Wertpapieren ableiten – nicht mehr weiter vertuscht werden. Ein Kartenhaus brach zusammen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise – mit Nachfrageeinbrüchen in allen Sektoren, so gut wie weltweit – traf die gewerblichen Unternehmen sowie die Dienstleister mit voller Wucht. Die Produktionen mussten innerhalb kürzester Zeit rigoros zurückgefahren werden. Dies betraf insbesondere den exportorientierten Maschinen- und Automobilbau.

Die meisten Branchen befinden sich demzufolge in einem gewaltigen Restrukturierungsprozess, der ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder sichern soll. Das heißt, die vorhandenen Kapazitäten müssen angepasst werden. Dabei kommt es jedoch nicht nur zu einem Zurückfahren der Produktionsanlagen. Denn mittlerweile werden immer häufiger auch wieder Produktionsbereiche, die noch vor wenigen Jahren nach Osteuropa oder China »offgeshored«

worden waren, wieder zurück nach Deutschland geholt. Die vermeintlichen Vorteile geringerer Kosten konnten nämlich in der letzten Zeit häufig nicht mehr in dem geplanten Umfang realisiert werden. Dennoch werden zunächst eher die restriktiven Maßnahmen dominieren, d.h. Straffung oder Neuausrichtung der Produktpalette sowie Konzentration auf mögliche Kostenreduzierungen. Daher dürften in etlichen Fällen fest geplante Investitionsprojekte zurückgestellt – oder gar gestrichen werden.

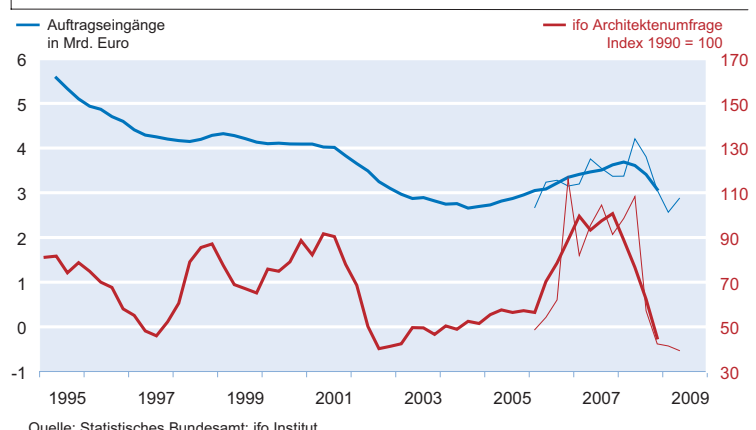
Erst wenn in der Industrie wieder nachhaltig Gewinne erwirtschaftet werden, dürften sich die Unternehmen auch wieder überdurchschnittlich oft veranlasst sehen, Bauinvestitionen vorzunehmen. Dies gilt selbstverständlich in gleichem Maße auch für den Dienstleistungssektor.

Keine rasche Erholung des Wirtschaftsbaus erwartet

Dass im gewerblichen Bau nicht mit einer schnellen Erholung gerechnet werden kann, zeigen auch verschiedene Frühindikatoren. So haben sich, nach den Umfragen des ifo Instituts, sowohl die Geschäftslage als auch die Perspektiven für die nächsten sechs Monate seit Mitte 2007 nahezu kontinuierlich verschlechtert. Die Auftrags-eingänge im gewerblichen Bau schrumpften seit dem Sommer des vorigen Jahres. Die freischaffenden Architekten konnten noch im ersten Halbjahr 2008 umfangreiche Aufträge von gewerblichen Auftraggebern erhalten. Die Planungsaufträge für Wirtschaftsbauten brachen jedoch im zweiten Halbjahr total ein. Sie erreichten nur noch rund die Hälfte des Volumens vom ersten Halbjahr 2008 (vgl. Abb. 16).

Die gewerblichen Bauinvestitionen werden daher in diesem Jahr kräftig schrumpfen (– 5%). Der Rückgang wür-

Abb. 16
Auftragseingänge im gewerblichen Hochbau und gewerbliche Aufträge der freischaffenden Architekten



de sogar noch größer ausfallen, wenn es im ersten Halbjahr nicht noch zur Weiterführung bzw. Fertigstellung zahlreicher größerer Projekte gekommen wäre, mit denen schon im Vorjahr – oder in den Vorjahren – begonnen worden war. Auch 2010 (-3%) und 2011 (-1%) wird der gewerbliche Bau noch rückläufig sein.

Die öffentlichen Bauinvestitionen sind allein in den sechs Jahren zwischen 2000 und 2005 um fast ein Viertel geschrumpft. 2006 stiegen die Baumaßnahmen der öffentlichen Hand dann zwar um 1,5%. 2007 war die Entwicklung jedoch bereits wieder negativ (-1,3%). Insbesondere die verbesserte Kassensituation bei den Kommunen führte 2008 wieder zu steigenden Investitionen (+1,7%).

Für dieses Jahr weisen die Frühindikatoren noch nicht auf eine euphorische Entwicklung der öffentlichen Bau nachfrage hin. So verbesserten sich zwar die Geschäftslageurteile – und vor allem die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate – infolge der Verkündigung der beiden Konjunkturprogramme ein wenig. Die Umsetzung der Investitionsvorhaben verläuft aber bislang noch sehr schleppend.

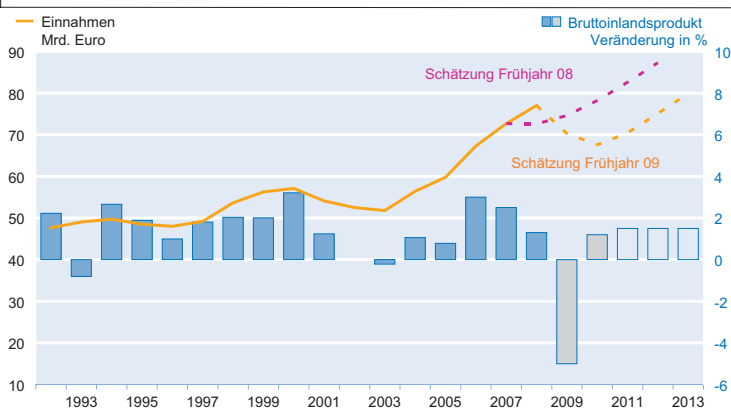
Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe zeigten zumindest bis Jahresmitte noch keine sichtliche Belebung. Lediglich bei den freischaffenden Architekten setzte sich der Aufwärtstrend bei den hereingenommenen öffentlichen Planungsaufträgen – der allerdings bereits Anfang 2007 begonnen hatte – fort.

Kommunen kämpfen mit sinkenden Gewerbesteuerereinnahmen

Berücksichtigt man die stark gestiegenen Gewerbesteuerereinnahmen der Kommunen seit 2004, so überrascht die schwache Entwicklung der öffentlichen Baunachfrage. Rund 60% der öffentlichen Baumaßnahmen werden nämlich von Städten und Gemeinden in Auftrag gegeben. So stiegen die Gewerbesteuerereinnahmen im Zeitraum 2004 bis 2008 um rund 70%. Gleichzeitig schrumpften jedoch die öffentlichen Bauinvestitionen. Die meisten Kommunen nutzten die verbesserte Einnahmesituation in erster Linie dazu, ihre Haushalte zu konsolidieren.

In diesem Jahr sind die Gewerbesteuerereinnahmen der Gemeinden, bedingt durch die dramatischen Gewinneinbrüche in den meisten Branchen, deutlich auf Talfahrt. War im ersten Quartal nur ein geringes Minus zu verzeichnen, so

Abb. 17
Steuereinnahmen der Gemeinden und Bruttoinlandsprodukt 1992 bis 2013



Quelle: BMF, Arbeitskreis „Steuerschätzung“; Stat. Bundesamt; ifo Institut.

liegt der vorläufige Wert für das zweite Quartal 2009 bereits bei -25%. Der Arbeitskreis Steuerschätzung korrigierte demzufolge auch seine Mittelfristprognose im Frühjahr 2009 deutlich nach unten. Danach werden die gesamten Steuereinnahmen der Gemeinden vor allem 2009 einbrechen (-10%), ab 2011 jedoch wieder moderat ansteigen, so dass 2013 das Niveau des Jahres 2008 sogar leicht übertroffen werden dürfte (vgl. Abb. 17).

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden bis 2011 vor allem vom Konjunkturpaket II/Zukunftsinvestitionsgesetz geprägt werden. Danach werden vom Bund 10 Mrd. € an zusätzlichen Mitteln vom Bund bereitgestellt, um den Ländern und Kommunen zusätzliche Investitionen zu ermöglichen. Die Länder steuern weitere 3,3 Mrd. € bei.

Eines der Hauptanliegen des Bundes beim Zukunftsinvestitionsgesetz war es, Maßnahmen zu initiieren, die schnell und breit gestreut eine belebende Wirkung auf die Konjunktur ausüben können. Daher sollte ein möglichst unbürokratisches Verfahren gewählt werden, um die Mittel rasch dahin zu bringen wo sie gebraucht werden: So sind die Gelder zwar zweckgebunden, die Länder legen aber selbst fest, wo die Fördermittel innerhalb dieses Rahmens eingesetzt werden.

Der Bund übt keinen Einfluss aus und kontrolliert auch den Einsatz der Mittel im Vorfeld nicht. Nach Abschluss der Vorhaben müssen die Länder allerdings dem Bund den Nachweis erbringen, dass die Mittel entsprechend den Vorgaben des Artikel 104b GG und der Regelungen des Zukunftsinvestitionsgesetzes verwendet wurden. Die Länder müssen nach Abschluss der Projekte umfassend Rechenschaft darüber ablegen, was wie finanziert wurde. Der Bund prüft diese Informationen und kann Mittel zurückfordern, wenn der Einsatz nicht zweckgerecht war.

Spürbare Stimulierung durch das zweite Konjunkturpaket erst 2010

Trotz aller Vorsätze zum Bürokratieabbau benötigte ein derart umfangreiches Programm sicherlich viele Tausende von »Beamntagen«, bis der erste Auftrag vergeben werden konnte. Es dürfte daher eine große Überraschung sein, wenn 40% der gesamten Investitionen bereits in diesem Jahr beschäftigungswirksam werden würden. Eine derart hohe Quote ermittelte nämlich Ernst & Young in einer repräsentativen Umfrage bei 300 Kommunen im Mai dieses Jahres. Ebenfalls nach dieser Studie sollen die übrigen 52% in 2010 sowie 8% im Jahr 2011 investiert werden.

Auch wenn zum Erhebungszeitpunkt bereits konkrete Investitionsplanungen für 70% (Westdeutschland) bis 75% (Ostdeutschland) der zur Verfügung stehenden Mittel vorlagen, dürfte der auf 2009 entfallende Anteil deutlich niedriger sein – und eher bei 25 bis 30% liegen. Auch ist davon auszugehen, dass deutlich mehr als die in der Umfrage ermittelten 8% erst in 2011 umgesetzt werden.

Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit wird dabei – ebenfalls nach Angaben der Kommunen – eindeutig bei Baumaßnahmen an Schulen und schulischen Einrichtungen liegen, auf die bereits über die Hälfte (54%) der gesamten Investitionen entfallen dürften. Mit deutlichem Abstand rangieren Bauaktivitäten an Kindergärten mit 12% an zweiter Stelle. Auf alle anderen weiteren Bereiche wie beispielsweise Städtebau, Bau von kommunalen Straßen, Sportstätten oder Krankenhäuser entfallen lediglich rund ein Drittel der vorgesehenen Gesamtinvestitionen in Höhe von gut 13 Mrd. €.

Bemerkenswert ist überdies, dass rund 90% der befragten Kommunen davon ausgehen, dass die Zuweisungen die Verluste aus Mindereinnahmen bei den Steuern nicht ausgleichen werden.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden daher in diesem Jahr deutlich steigen. Mit + 6% dürfte die Entwicklung jedoch moderater verlaufen als vielfach noch zu Beginn des Jahres angenommen wurde. Erst 2010 wird sich die volle Kraft der Milliarden-summen entfalten. Die öffentliche Investitionstätigkeit dürfte daher im kommenden Jahr gegenüber 2009 zweistellig zulegen (+ 10%). Dieses hohe Niveau wird aber 2011 nicht wieder erreicht werden, obwohl zahlreiche Baumaßnahmen nicht mehr 2010 abgeschlossen werden können, sondern noch bis in 2011 hineinreichen. Die öffentlichen Bauinvestitionen dürften demzufolge 2011 um rund 4 1/2% zurückgehen.

Belebung des Wohnungsbaus nicht in Sicht

Die Wohnungsbauinvestitionen bewegten sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre auf einem hohen Niveau. Waren

hierfür zunächst umfangreiche Baumaßnahmen in Ostdeutschland verantwortlich, so wurde dieser positive Effekt nahezu nahtlos von der Stimulierung der Nachfrage durch die Einführung der Eigenheimzulage abgelöst. In den sechs Jahren zwischen 2000 und 2005 brachen die Investitionen in Wohngebäude jedoch um über ein Fünftel ein. 2006 verhalf dann die Abschaffung der Eigenheimzulage zum 1. Januar 2006 zu einem spürbaren Auftragsschub (+ 5,2%). Da viele Bauwillige ihre Bauvorhaben vorzogen, um noch die Förderung durch die Eigenheimzulage zu retten, war die Nachfrage 2007 sehr gedämpft (– 1,5%). Auch 2008 stiegen die Wohnungsbauinvestitionen lediglich um 1/2%. Dieser positive Beitrag resultierte allein aus umfangreichen Bestandsmaßnahmen, vor allem Arbeiten zur energetischen Sanierung. Der Neubau allein war rückläufig. Mit der Fertigstellung von nur noch 152 000 Wohnungen wurde das bereits niedrige Volumen vom Vorjahr (185 000 Wohnungen) sogar noch fast um ein Fünftel unterschritten.

Die weitere Entwicklung lässt sich aus den verfügbaren Frühindikatoren nur schwer abschätzen. So hat sich die Geschäftslage der im Wohnungsbau tätigen Unternehmen des Bauhauptgewerbes seit dem Sommer des vorigen Jahres leicht verbessert; die Skepsis in den Geschäftserwartungen nahm seit Beginn dieses Jahres auch etwas ab. Gleichzeitig liegen die Auftragseingänge weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau. Bei den freischaffenden Architekten zeichnet sich dagegen seit dem Herbst 2007 ein vorsichtiger Aufwärtstrend bei den neu hereingenommenen Aufträgen zur Planung von Ein- und Zweifamilienhäusern ab. Im Geschosswohnungsbau ist jedoch noch keinerlei Belebung zu registrieren. Der Umfang der neu akquirierten Aufträge liegt in diesem Teilbereich bereits seit 2002 auf einem überaus niedrigen Niveau.

Zurückhaltung privater Haushalte belastet Wohnungsnachfrage

Die private Wohnungsnachfrage dürfte sicherlich noch bis ins nächste Jahr hinein durch die Verunsicherung vieler Arbeitnehmer bezüglich ihres Arbeitsplatzes gedämpft werden. Bislang konnten durch die verstärkte Nutzung von Kurzarbeit zwar viele Kündigungen vermieden werden. Bis zum Auslaufen dieser Übergangsphase sind jedoch prinzipiell 1 1/2 Millionen Arbeitsplätze »gefährdet«.

Andererseits hat sich die finanzielle Situation der privaten Haushalte in 2009 eher verbessert. So wurde das Kindergeld zum 1. Januar 2009 erhöht und der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zum selben Zeitpunkt reduziert. Die Entlastung vieler Arbeitnehmer wurde allerdings durch die Einführung eines einheitlichen Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 15,5% des Bruttoeinkommens mehr als ausgeglichen. Im Zuge der Kon-

junkturprogramme wurde der Beitragssatz ab Juli 2009 jedoch wieder auf 14,9% gesenkt. Zudem kam es zu einer Senkung der Einkommensteuer. Ab 2010 wird es für die meisten privaten Haushalte eine spürbare Entlastung geben. Ab diesem Zeitpunkt werden nämlich die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung in deutlich größerem Umfang als bisher steuerlich abzugsfähig sein. Diese Umsetzung eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts wird die Einnahmen des Fiskus ab 2010 um rund 8 bis 9 Mrd. € pro Jahr verringern.

Mit der Abschaffung der Eigenheimzulage sowie der degressiven AfA in 2006 hat sich der Staat so gut wie komplett aus der Förderung des Wohnungsneubaus zurückgezogen. Die Verlängerung der sog. Spekulationsfrist von zwei auf zehn Jahre sowie die Rückführung des sozialen Wohnungsbaus auf eine bescheidene Restgröße erfolgte bereits etliche Jahre zuvor. Neben einigen Landesprogrammen stimuliert der Staat somit nur noch indirekt über das Wohngeld und die Bausparprämie in nur noch marginalem Umfang. Auch in den aktuellen Maßnahmenpaketen der Bundesregierung zur raschen Überwindung der Konjunkturschwäche sind keine Maßnahmen auf den Neubau von Wohnungen ausgerichtet.

Neue Bundesregierung setzt kaum Impulse für den Wohnungsbau

Vielfach wurde daher darauf spekuliert, dass die neue Bundesregierung in ihren Koalitionsvertrag Maßnahmen zur Stimulierung des Wohnungsneubaus aufnehmen würde. An erster Stelle stand die Wiedereinführung der degressiven AfA – zumindest in einer modifizierten Form.

Dies ist bekanntermaßen nicht geschehen. Es ist daher davon auszugehen, dass die Investitionstätigkeit im Wohnungsbau in diesem sowie im nächsten Jahr schwach bleiben wird. Unternehmen werden zwar von Verbesserungen im Rahmen der »Zinsschranke« sowie von beabsichtigten Änderungen im Mietrecht (Einführung einer »Duldungspflicht« bei baulichen Maßnahmen zur energetischen Sanierung) profitieren. Den privaten Haushalten fehlt jedoch – nach vielen Jahren mit relativ stabilen Baupreisen sowie zum Teil sogar sinkenden Immobilienpreisen – die Wertsteigerungspantasia. Auch an die seit Jahren günstigen Zinsen hat man sich »gewöhnt«. Die Entscheidung, in eine Immobilie zu investieren, steht demzufolge nicht unter zeitlichem Druck.

Der Wohnungsbau dürfte 2009 – und auch 2010 – stark von umfangreichen Bestandsmaßnahmen geprägt sein. Die gesamten Bauinvestitionen werden voraussichtlich in diesem Jahr um 1% schrumpfen, 2010 allenfalls um 1/2% zulegen. Erst 2011 wird, bei anziehendem Neubau, ein Wachstum von 2% möglich sein.

Zumindest mittelfristig werden sich allerdings zwei wesentliche Einflussfaktoren bemerkbar machen. Dies ist zum einen die demographische Entwicklung und zum anderen die Altersstruktur des Wohnungsbestands.

Die demographische Entwicklung dämpfte über viele Jahre hinweg die Wohnungsnachfrage ganz erheblich. So verringerte sich die Zahl der 25- bis 34-Jährigen – bedingt durch den »Pillenknicke« zum Ende der 60er Jahre – zwischen 1995 und 2005 um rund 4 1/2 Millionen auf nur noch knapp 10 Millionen. Das heißt, die Bevölkerung in dieser Altersgruppe schrumpfte allein in diesen zehn Jahren um fast ein Drittel. Und gerade von den Personen in dieser Altersgruppe gehen im Allgemeinen die umfangreichsten Nachfrageimpulse aus, da junge Leute in diesem Alter besonders oft erstmals eine eigene Wohnung mieten oder gar eine eigene Wohnung erwerben. Die Bevölkerungszahl in dieser Altersgruppe wird sich in den nächsten Jahren zwar nur geringfügig erhöhen. Von spürbar positiven Effekten kann daher noch nicht ausgegangen werden. Andererseits hat zumindest die stark dämpfende Wirkung – durch den kräftigen Rückgang der Personen in dieser Altersgruppe – nach einer langen Periode ein Ende gefunden.

Hoher Ersatzbedarf für Gebäude aus 50er und 60er Jahren

In Westdeutschland erreichte der Bau von Wohnungen in den 2 1/2 Jahrzehnten bis zur Mitte der 70er Jahre sein höchstes Niveau. In dieser Phase wurden pro Jahr rund 550 000 Wohnungen fertig gestellt.

Vor allem die in den 50er und 60er Jahren errichteten Gebäude weisen einen erheblichen Bedarf an energetischer Sanierung auf. In den Nachkriegsjahren war es notwendig, rasch die Wohnsituation der Bevölkerung zu verbessern. Auf möglichst hohe Qualität konnte nicht immer geachtet werden. Hinzu kam, dass Öl spottbillig und der Begriff des »Klimaschutzes« noch nicht geboren war. So sieht beispielsweise die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) einen anhaltend hohen Investitionsbedarf bei der energetischen Sanierung im Wohnungsbestand. Nach deren Berechnungen sind von den knapp 25 Millionen Wohnungen, die vor 1984 errichtet wurden, erst 6 Millionen energetisch saniert worden.

Es ist allerdings mehr als fraglich, ob der komplette Bestand nach und nach auf die derzeitigen Anforderungen zum gebäudespezifischen Energieverbrauch umgerüstet werden soll. In vielen Fällen dürfte nämlich ein Abriss – und eventuell ein anschließender Neubau – deutlich wirtschaftlicher sein als eine aufwendige Nachrüstung. Dieser Thematik sollte sich diese – oder die nächste Regierung stellen. Denn ohne flankierende Maßnahmen, wie z.B. beim Stadtumbau Ost

(West) und gesetzliche Hilfestellung (einfachere Entscheidungsfindung bei Wohngebäuden mit Teileigentum), ist dieses Problem kaum zu lösen.

Mittel- und langfristig ist nämlich die Entscheidung zu treffen, ob wir die hervorragende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum im Großen und Ganzen beibehalten wollen oder ob wir uns in Richtung »britischer Zustände« entwickeln möchten. In Großbritannien ist der Wohnungsbestand – vor allem aufgrund einer jahrzehntelangen äußerst geringen Neubautätigkeit – deutlich überaltert.

Wohnungsfertigstellungen pro Kopf auf Rekordtief

Die dramatische Entwicklung im deutschen Wohnungsneubau zeigt sich besonders gut bei einer Darstellung der Wohnungsfertigstellungen je 1 000 Einwohner. Mitte der 90er Jahre war diese Quote in Deutschland noch größer als 6. Zehn Jahre später wurden nur noch 2½ Wohnungen je 1 000 Einwohner errichtet – und 2010 dürfte mit 1,7 ein einmaliger Negativrekord erreicht werden (vgl. Abb. 18). Demgegenüber pendelt dieselbe Quote in Frankreich seit rund 30 Jahren um einen Wert von rund 5.

Selbst in Großbritannien, wo über 2½ Jahrzehnte hinweg im Durchschnitt gerade einmal rund 3 bis 3½ Wohnungen je 1 000 Einwohner gebaut wurden, lagen bzw. liegen die auf die Bevölkerung bezogenen Wohnungsfertigstellungen in den Jahren 2003 und 2009 über den deutschen Werten. Das heißt, wir haben in Deutschland bereits über Jahre hinweg das niedrige britische Fertigstellungsniveau unterschritten. In den vergangenen knapp 30 Jahren wurde lediglich in einem einzigen westeuropäischen Land – Schweden – über einige Jahre hinweg ein vergleichbar niedriges Niveau erreicht. Nach einem erneuten Rückgang der Fertigstellungen

in diesem Jahr – und wahrscheinlich auch noch geringfügig im nächsten Jahr – dürfte jedoch ab 2011 der Neubau wieder deutlich an Fahrt gewinnen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass allein eine Erhöhung der Fertigstellungen je 1 000 Einwohner von derzeit rund 1,8 auf rund 3 – also dem langjährigen, niedrigen britischen Niveau – einem Anstieg der Wohnungsfertigstellungen von 75% entspricht, also einer Steigerung um rund 100 000 Einheiten.

Die zwei externen Referenten beschäftigten sich in ihren Vorträgen mit der Wohnungsnachfrage bzw. dem Wohnungsbedarf bis 2025. Ausgangspunkt hierfür war jeweils eine Haushaltsprognose. Beide Präsentationen legten einen Schwerpunkt auf die regionale Differenzierung.

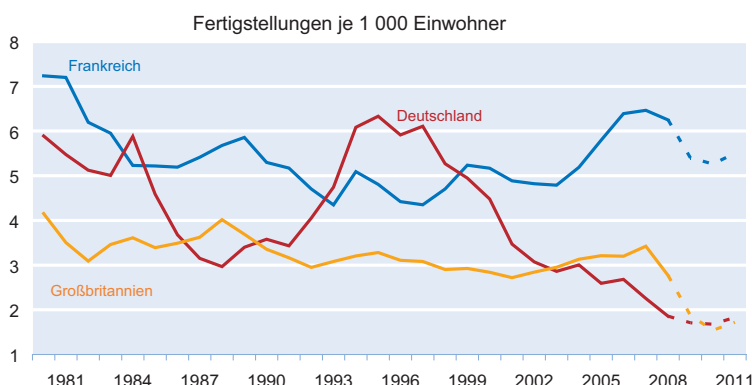
Matthias Waltersbacher, Projektleiter im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), begann seinen Vortrag mit einem Blick auf aktuelle Entwicklungen am Wohnungsmarkt. Nach dem durch die Wiedervereinigung hervorgerufenen Bautätigkeitsboom bis Mitte der 90er Jahre sind die Fertigstellungszahlen für Wohnungen in der Grundtendenz seit 1998 rückläufig. Die Einführung der Eigenheimzulage im Jahr 1996 hatte zwar eine Belebung des Baus von Ein- und Zweifamiliengebäuden zur Folge. Zwischen 1996 und 2002 sank allerdings aufgrund des Auslaufens umfangreicher Sonderabschreibungen die Zahl der neu errichteten Geschosswohnungen um fast drei Viertel auf nur noch rund 80 000 Einheiten. Trotz dem bereits konsolidierten Niveau von rund 220 000 Wohnungen 2006, ist die Bautätigkeit 2007 und 2008 nochmals zurückgegangen. Zuletzt wurden gut 150 000 Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden fertiggestellt.

Die Betrachtung der Wohnungsbautätigkeit nach Kreisen zeigt, dass im Osten in den letzten Jahren lediglich im »Speckgürtel« um Berlin sowie in den Tourismusräumen an der Ostseeküste ein jährliches Neubauniveau von mehr als drei Fertigstellungen pro 1 000 Einwohner erreicht wurde. Im Westen gilt dies vor allem für Wachstumsregionen wie Oberbayern, den Raum Stuttgart, das nördliche Niedersachsen oder auch für Grenzregionen, die von der Arbeitsnachfrage der Anrainerstaaten profitieren.

Wohnungsbau seit Jahren von Bestandsmaßnahmen dominiert

Eine Aufspaltung des Bauvolumens nach Neubau und Bestandsmaßnahmen offenbart einen weiteren Trend und bietet Erklärungs-

Abb. 18
Wohnungsfertigstellungen in Frankreich, Großbritannien und Deutschland^{a)} 1980 bis 2011



^{a)} Bis einschließlich 1991 Früheres Bundesgebiet.

Quelle: Euroconstruct, Eurostat.

Tab. 2
Bauinvestitionen in Deutschland nach Bauarten 2001 bis 2011
 Verkettete Volumenangaben in Mrd. € (Referenzjahr 2000)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ^{a)}	2010 ^{a)}	2011 ^{a)}
Wohnungsbau	132,37	124,64	123,45	119,82	115,27	121,32	119,50	120,09	118,9	119,5	121,9
Nichtwohnhochbau	62,68	58,23	55,59	52,58	51,52	53,77	55,93	60,32	58,2	57,7	56,6
- gew. Hochbau	52,36	48,26	46,02	43,70	42,90	44,84	46,80	50,81	48,0	46,3	45,9
- öff. Hochbau	10,32	9,97	9,58	8,89	8,63	8,94	9,14	9,53	10,2	11,3	10,7
Tiefbau	35,68	34,41	34,71	33,10	32,51	33,30	32,92	33,33	33,6	35,0	34,1
- gew. Tiefbau	16,38	15,91	16,19	15,42	15,65	16,37	16,54	16,92	16,3	16,1	15,9
- öff. Tiefbau	19,30	18,50	18,51	17,68	16,86	16,93	16,39	16,42	17,3	19,0	18,2
Insgesamt	230,72	217,28	213,72	205,48	199,28	208,38	208,38	213,80	210,8	212,2	212,6
	Reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ^{a)}	2010 ^{a)}	2011 ^{a)}
Wohnungsbau	- 6,1	- 5,8	- 1,0	- 2,9	- 3,8	5,2	- 1,5	0,5	- 1,0	0,5	2,0
Nichtwohnhochbau	- 2,3	- 7,1	- 4,5	- 5,4	- 2,0	4,4	4,0	7,8	- 3,5	- 0,9	- 1,9
- gew. Hochbau	- 2,1	- 7,8	- 4,6	- 5,0	- 1,8	4,5	4,4	8,6	- 5,5	- 3,5	- 1,0
- öff. Hochbau	- 3,5	- 3,4	- 4,0	- 7,2	- 2,9	3,6	2,2	4,3	7,0	11,0	- 5,5
Tiefbau	- 2,9	- 3,6	0,9	- 4,6	- 1,8	2,5	- 1,1	1,2	0,9	4,2	- 2,6
- gew. Tiefbau	- 1,7	- 2,9	1,8	- 4,8	1,5	4,6	1,0	2,3	- 3,5	- 1,5	- 1,0
- öff. Tiefbau	- 3,9	- 4,1	0,1	- 4,5	- 4,6	0,4	- 3,2	0,2	5,5	9,5	- 4,0
Insgesamt	- 4,6	- 5,8	- 1,6	- 3,9	- 3,0	4,6	0,0	2,6	- 1,4	0,7	0,2
davon:											
Hochbau	- 4,9	- 6,2	- 2,1	- 3,7	- 3,2	5,0	0,2	2,9	- 1,9	0,0	0,7
Tiefbau	- 2,9	- 3,6	0,9	- 4,6	- 1,8	2,5	- 1,1	1,2	0,9	4,2	- 2,6
davon:											
Wohnungsbau	- 6,1	- 5,8	- 1,0	- 2,9	- 3,8	5,2	- 1,5	0,5	- 1,0	0,5	2,0
Nichtwohnbau	- 2,6	- 5,8	- 2,5	- 5,1	- 1,9	3,6	2,1	5,5	- 2,0	0,9	- 2,2

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – Hinweis: Bauinvestitionen, bereinigt um die Immobilientransaktionen zwischen Staats- und Unternehmenssektor.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

ansätze für die relativ niedrige Neubautätigkeit. Seit 1999 überwiegen die Bauleistungen an bestehenden Gebäuden. Während das Neubauvolumen über Jahre hinweg immer weiter abnahm, blieben die Bestandsmaßnahmen konstant hoch. Seit 2007 ist zudem – im Gegensatz zum Neubaubereich – ein deutlicher Zuwachs der Bestandsinvestitionen zu beobachten.

Die Bevölkerung wird nach der Raumordnungsprognose 2025 des BBSR (Berichte-Bd. 29, Bonn 2009) zwischen 2010 und 2025 um gut 1% abnehmen. Hierbei wird ein durchschnittlicher positiver Außenwanderungssaldo von ca. 200 000 Personen p.a. unterstellt. In den neuen Ländern dürfte der Rückgang in diesem Zeitraum sogar rund 8% betragen, während im Westen die Einwohnerzahl in etwa konstant bleiben sollte. Gleichzeitig wird die immer weiter voranschreitende Singularisierung bzw. Verkleinerung der Haushalte zu einem Anstieg der Haushaltszahlen in Deutschland von rund 3% führen. Im Westen wird mit einem Zuwachs von etwa 5% gerechnet. Im Osten dürften die Haushalte dagegen mit derselben Rate abnehmen.

Übersetzt auf Kreisebene bedeutet dies, dass bis 2025 nur in ganz wenigen Regionen eine relevante Bevölkerungszunahme zu erwarten ist. Die Großregion München, mit ihrer enormen Wirtschaftskraft, sticht hierbei besonders stark heraus. Mit Blick auf die Zahl der Haushalte stellt sich die zukünftige Entwicklung insgesamt merklich positiver dar. In den alten Bundesländern ist für die Mehrzahl der Landkreise von steigenden Haushaltzahlen auszugehen. Gleichwohl werden für die meisten Regionen in den neuen Bundesländern auch in Bezug auf die Haushaltzahlen Rückgänge prognostiziert.

Die Zunahme der Haushaltzahlen in Kombination mit wachsenden Pro-Kopf-Wohnflächen und einer weiter voranschreitenden Wohneigentumsbildung wird in den meisten westdeutschen Regionen zu einer steigenden Wohnflächennachfrage führen. In Ostdeutschland dürfte die Entwicklung bis 2025 hingegen sehr unterschiedlich verlaufen. In und um Berlin dürfte die Nachfrage nach Wohnfläche noch zunehmen. Ländliche Gebiete abseits der Umlandregionen von Großstädten wie Dresden oder Erfurt werden jedoch voraussichtlich eine rückläufige Flächennachfrage erleiden.

Tab. 3
Wohnungsfertigstellungen in der Bundesrepublik Deutschland nach Teilgebieten und Gebäudearten 2001 bis 2011
 1 000 Wohnungen

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ^{a)}	2010 ^{a)}	2011 ^{a)}
	Westdeutschland										
In neu errichteten Wohngeb.	235,5	211,7	199,7	212,1	183,1	191,6	162,4	131,4	119,5	117,1	126,7
davon in:											
Ein- und Zweifamiliengeb.	149,7	140,4	136,1	147,1	126,1	125,8	106,1	80,8	71,8	67,7	73,8
Mehrfamiliengebäuden ^{b)}	85,8	71,3	63,6	64,9	57,0	65,8	56,3	50,7	47,7	49,4	52,9
Sonstige Fertigstellungen ^{c)}	29,0	26,9	25,6	24,9	23,7	24,2	21,4	18,8	17,0	16,0	16,7
Wohnungen insgesamt	264,5	238,6	225,2	237,0	206,8	215,7	183,8	150,2	136,5	133,1	143,4
	Ostdeutschland										
In neu errichteten Wohngeb.	50,4	42,0	36,4	35,7	30,7	29,1	23,0	20,8	20,5	20,1	22,8
davon in:											
Ein- und Zweifamiliengeb.	35,7	32,4	29,1	30,1	25,4	24,3	18,0	15,6	13,7	13,1	15,2
Mehrfamiliengebäuden ^{b)}	14,8	9,6	7,3	5,6	5,3	4,8	5,0	5,2	6,8	7,0	7,6
Sonstige Fertigstellungen ^{c)}	11,3	9,0	6,5	5,3	4,9	4,6	4,0	4,9	4,3	4,0	4,2
Wohnungen insgesamt	61,7	51,0	42,9	41,0	35,5	33,7	26,9	25,7	24,8	24,1	27,0
	Deutschland insgesamt										
In neu errichteten Wohngeb.	285,9	253,7	236,1	247,8	213,8	220,6	185,3	152,2	140,0	137,2	149,5
davon in:											
Ein- und Zweifamiliengeb.	185,4	172,9	165,2	177,2	151,5	150,1	124,0	96,4	85,5	80,8	89,0
Mehrfamiliengebäuden ^{b)}	100,6	80,8	70,9	70,6	62,3	70,6	61,3	55,9	54,5	56,4	60,5
Sonstige Fertigstellungen ^{c)}	40,3	35,9	32,0	30,2	28,6	28,8	25,4	23,7	21,3	20,0	20,9
Wohnungen insgesamt	326,2	289,6	268,1	278,0	242,3	249,4	210,7	175,9	161,3	157,2	170,4

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – ^{b)} Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen. – ^{c)} In bestehenden Gebäuden (saldiert) sowie in (neu errichteten) Nichtwohngebäuden.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

Schwerpunkt der Neubautätigkeit auch zukünftig im Eigenheimbereich

Unterstellt man, dass sich die demographische Entwicklung, der Pro-Kopf-Wohnflächenkonsum und die Erhöhung der Wohneigentumsquote als zusätzliche Wohnflächennachfrage niederschlagen und einen starken Zusammenhang mit der tatsächlichen Wohnungsbaunachfrage aufweisen, ist für Deutschland insgesamt von einer langfristigen Neubautätigkeit von jährlich rund 250 000 Einheiten auszugehen. Bei einem – auch aktuell zu beobachtenden – geringeren Außenwanderungssaldo ist jedoch mit niedrigeren Wohnungsbauzahlen zu rechnen. Eine diesbezügliche Variantenrechnung der BBSR-Wohnungsmarktprognose wird zurzeit erstellt und regionalisierte Ergebnisse sind bis Ende des Jahres zu erwarten. Es ist davon auszugehen, dass die Wohnungsbau nachfrage unter veränderten Zuwanderungsannahmen weniger als 200 000 Wohnungen p.a. betragen wird.

Es bleibt festzuhalten, dass sowohl bei höherer als auch bei niedrigerer Zuwanderung der Schwerpunkt der Neubautätigkeit im Eigenheimbereich liegen wird.

Matthias Günther, Vorstand des Pestel Instituts, konzentrierte sich in seinem Beitrag auf den theoretischen Wohnungsbedarf bis 2025. So stand nicht etwa die Frage im

Mittelpunkt, welche tatsächlich zu erwartende Wohnungsnachfrage zukünftig zu welcher Bautätigkeit führen wird. Thema des Vortrags war dagegen, wie viele Wohnungen in den nächsten fast zwei Jahrzehnten gebaut werden »sollten«, damit die heutige Wohnqualität der Bevölkerung auch langfristig gesichert ist.

Ausgangspunkt war wiederum die zukünftige Entwicklung der Haushalte, wobei diese unter Experten relativ unstrittig ist. Die Zahl der Personen bzw. der Erwachsenen pro Haushalt wird bis 2025 kontinuierlich abnehmen, was trotz Schrumpfung der Bevölkerung in steigenden Haushaltszahlen resultiert. Bei Betrachtung der Wanderungsbewegungen fällt auf, dass sich seit 2000 mehr Personen in kreisfreien Städten niederlassen als von dort wegziehen. Überdies ist der Wanderungssaldo für die Landkreise seit 2005 negativ. Tendenziell ist also seit einigen Jahren eine Landflucht zu beobachten. Der Umzug vom Dorf in die Stadt geht naturgemäß mit einer sinkenden Wohnfläche einher.

Bedarf an neuen Wohnungen deutlich höher als prognostizierte Wohnungsnachfrage

Aus der Prognose der Haushaltsentwicklung lässt sich die zukünftige Wohnungsnachfrage bzw. streng genom-

men nur der erwartete Wohnungsbedarf ableiten. Dieser sinkt demnach von seinem Spitzenwert in 2013 von rund 260 000 Wohnungen auf rund 130 000 Wohnungen im Jahr 2025.

Zum demographisch abgeleiteten Wohnungsbedarf tritt allerdings noch der »qualitative Zusatzbedarf«, der sich aus dem notwendigen Ersatz älterer Wohngebäude ergibt. So wurden beispielsweise nach dem Krieg Millionen von Wohnungen errichtet, von denen viele »sanierungsfähig« aber eigentlich nicht »sanierungswürdig« sind. Eine Vielzahl der in den 50er und 60er Jahren erstellten Wohngebäude entsprechen hinsichtlich ihrer Bauweise und -substanz, ihrer Raumaufteilung sowie ihren energetischen Eigenschaften ganz und gar nicht mehr den heutigen Vorstellungen.

Insgesamt kommt der Ersatz der Wohnungsbestände nur sehr schleppend voran. In gleichem Maße steigt die durchschnittliche Alter der Wohnbauten. Legt man die offiziellen Abrisszahlen der vergangenen drei Jahre zugrunde, so würde eine Wohnung in Ostdeutschland eine theoretische Lebensdauer von im Durchschnitt rund 240 Jahren und im Westen sogar von fast 2 000 Jahren erreichen.

Der Ersatz von beispielsweise gut 3 Mill. »nicht sanierungswürdiger« Wohneinheiten bis 2025 würde eine jährliche Bautätigkeit von durchschnittlich rund 175 000 Wohnungen notwendig machen. Berücksichtigt man auch diesen »qualitativen Zusatzbedarf«, so ergibt sich für das Spitzenjahr 2013 ein theoretischer Wohnungsbedarf von insgesamt rund 430 000 und für 2025 immerhin noch von rund 300 000 Einheiten. Der Wohnungsbedarf bis 2025 wäre unter diesen Gesichtspunkten für nahezu alle Landkreise und Städte positiv. Im Zuge dessen könnte auch das Problem der Unterversorgung mit seniorenrechtlichen Wohnungen angegangen werden. Ein entsprechender Umbau im Bestand ist in den allermeisten Fällen unrentabel. Die Alternative zum Neubau wäre hingegen die Betreuung in Senioren- und Pflegeheimen und damit die massive Erweiterung dieser Angebote.

Teilen der Bevölkerung droht langfristig schlechtere Wohnqualität

Welche Auswirkungen die steigenden Haushaltszahlen und die immer stärkere Ballung der Bevölkerung in den Städten bei der derzeitigen Wohnungspolitik schon heute auf die Wohnverhältnisse haben, zeigen unter anderem die Mikrozensus-Erhebungen des Statistischen Bundesamtes. So haben im Jahr 2006 Mieterhaushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 2 000 € im Durchschnitt weniger Wohnraum nachgefragt als noch 2002. Gleichzeitig sind die von diesen Haushaltsgruppen gezahlten Bruttokaltmieten nur ganz leicht angestiegen. Mieterhöhungen

sind in den unteren Einkommensbereichen demnach kaum durchzusetzen. Im Notfall suchen sich die Mieter eine etwas kleinere Wohnung oder nehmen eine nachlassende Wohnqualität in Kauf. Das zu geringe Neubauniveau in den Ballungsräumen verstärkt das Ungleichgewicht aus hochwertigem Wohnraumangebot und Wohnungsnachfrage immer weiter.

Unter den derzeit herrschenden Bedingungen dürfte in der Zukunft bei sinkendem Rentenniveau bzw. stärkerer Entkoppelung der Renten von der Entwicklung der Einkommen die Wohnflächennachfrage und die Wohnqualität nochmals merklich reduziert werden. Die Hauptaussagen des Vortrags lauten deshalb: »In Deutschland werden zu wenige Wohnungen neu gebaut und von den Neubauten sind zu wenige Wohnungen seniorenrechtlich!«. »Mittel- und längerfristig wird ein Teil der Bevölkerung bei einer Fortsetzung der gegenwärtigen Wohnungspolitik schlechter als heute wohnen!« Der Wohnungsneubau spielt eine Schlüsselrolle bei der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigem Wohnraum. Mit einer umfangreichen Neubautätigkeit kann zudem eine Überalterung der Bestände vermieden werden.

Branchenforum 4: Konjunkturelle Entwicklung im Dienstleistungssektor

Gernot Nerb

Unterschiedliche Entwicklung im Dienstleistungssektor

Die jüngste Rezession erfasste insbesondere das verarbeitende Gewerbe. Hier stürzte das Geschäftsklima deutlich stärker ab als in der vorangegangenen Rezession 2002/2003. Das Geschäftsklima im *Dienstleistungsbereich (ohne Finanzgewerbe)* verschlechterte sich demgegenüber in der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Krise nicht stärker als damals und ist mittlerweile wieder in der positiven Zone (vgl. Abb. 19).

Die vergleichsweise robuste konjunkturelle Verfassung des Dienstleistungssektors in Deutschland spiegelt sich auch in den nur leicht negativen *Beschäftigungsplänen* wider. Allerdings ist die Konjunkturanfälligkeit nach Dienstleistungsbranchen sehr unterschiedlich. Das *Transportgewerbe* erwies sich auch diesmal wieder als sehr konjunktursensibel, wenn auch – zumindest was die *Personen- und Güterbeförderung zu Land* anbelangt – diesmal der Rückschlag nicht ganz so stark ausfiel wie 2002. Dabei ist der Bereich Gütertransport in der aktuellen Krise deutlich stärker betroffen als der Personenverkehr.

Die *Datenverarbeitung*, die 2002 im Zuge des Platzens der Internet- und New-Economy-Blase von einem bis dahin nicht erreichten Hoch 2002 fast so tief abstürzte wie die gewerbliche Wirtschaft insgesamt, hat zwar auch diesmal den Konjunkturabschwung deutlich zu spüren bekommen, aber nicht in der Intensität wie damals.

Auch im *Beratungsgewerbe (Wirtschafts-, Steuer- und Rechtsberatung)* zeichnet sich beim Geschäftsklima nach einem kurzen Abtauchen in die negative Zone seit dem zweiten Quartal 2009 wieder eine Besserung ab. Ein ähnliches im Grunde positives Bild ergibt sich auch beim Geschäftsklima für die *Architektur- und Ingenieurbüros*. Hier wirken sich auch die staatlichen Fördermaßnahmen in Form vermehrter Planungsanfragen seitens der privaten und staatlichen Investoren stimulierend aus.

Konjunkturell stärker betroffen als das gesamte Dienstleistungsgewerbe sind die *Werbeagenturen*. Die Budgets der Werbung treibenden Unternehmen sind zurückgefahren worden, wobei es große Unterschiede je nach Branche gibt: Deutliche Budgetkürzungen haben Finanzdienstleister vorgenommen, aber auch Unternehmen aus Automobilindustrie oder dem Bereich der Massenmedien. Demgegenüber steigerten Handelsunternehmen, darunter vor allem Lebensmittel-Discounter, ihre Werbeausgaben. Insgesamt zeichnet sich für die Werbebranche nach den aktuellen Indikatoren eine leichte konjunkturelle Erholung ab.

Die *Personal- und Stellenvermittlung*, wozu auch die Zeitarbeitsfirmen gehören, ist überdurchschnittlich stark von der Gesamtkonjunktur abhängig. Nach den Boomjahren 2006 bis Mitte 2008 ist die Branche im zweiten Halbjahr 2008 regelrecht abgestürzt. Seit Anfang 2009 lässt die konjunkturelle Kontraktion jedoch nach, und das Geschäftsklima ist zuletzt sogar leicht in die positive Zone vorgerückt.

Das *Gastgewerbe* ist im jüngsten Konjunkturaufschwung stärker betroffen als 2002 und zeigt bisher nur eine schwache Erholung. Das Beherbergungsgewerbe (Hotellerie) sah sich in vielen Fällen zu Preissenkungen gezwungen und erwartet auch für die nächsten Monate noch weitere Anpassungen nach unten.

Die *Finanzdienstleister* standen in diesem Zyklus im Zentrum des Abschwungs. Dank der staatlichen Maßnahmen zur Bankenstabilisierung hat sich EU-weit in diesem Sektor das Geschäftsklima wieder erholt, wenn es auch noch weit von den erreichten Höhen von 2006/2007 entfernt ist (vgl. Abb. 20).

Ein ähnliches Bild ergibt sich im bayerischen Finanzgewerbe, wo das ifo Institut zusammen mit der Deutschen Bundesbank in Bayern quasi als Testmarkt für Deutschland quartalsmäßig bei über 800 Unternehmen aus der Finanzwirtschaft eine Konjunkturbefragung durchführt.

Abb. 19
ifo Konjunkturtest – Dienstleistungen

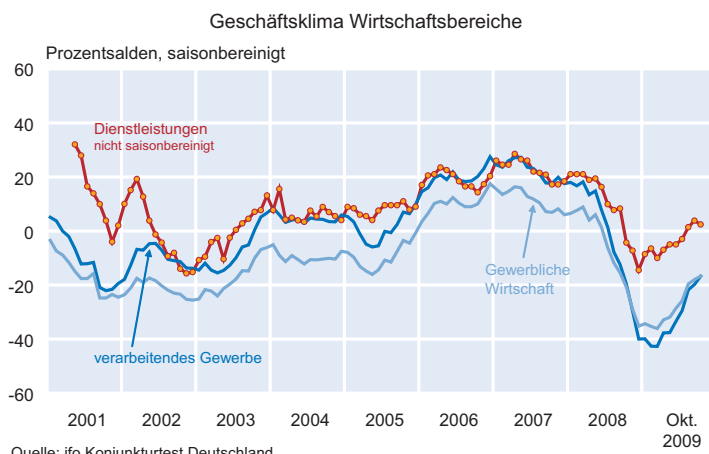
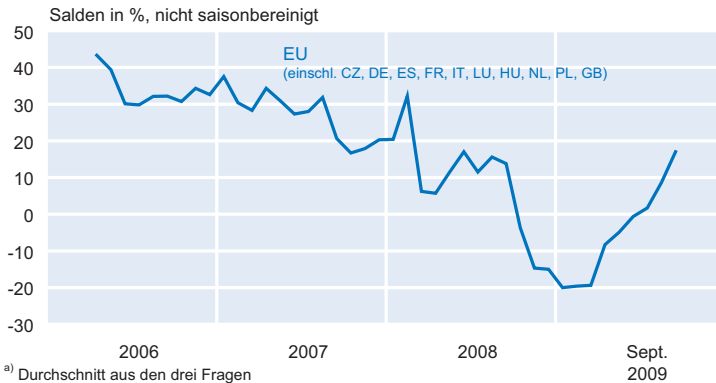


Abb. 20
EU-Vertrauensindikator^{a)}: Finanzdienstleistungen



^{a)} Durchschnitt aus den drei Fragen
 Q₁ – Entwicklung der Geschäftslage in den vergangenen drei Monaten
 Q₂ – Entwicklung der Nachfrage in den vergangenen drei Monaten
 Q₃ – Erwartung für die Nachfrageentwicklung in den nächsten drei Monaten

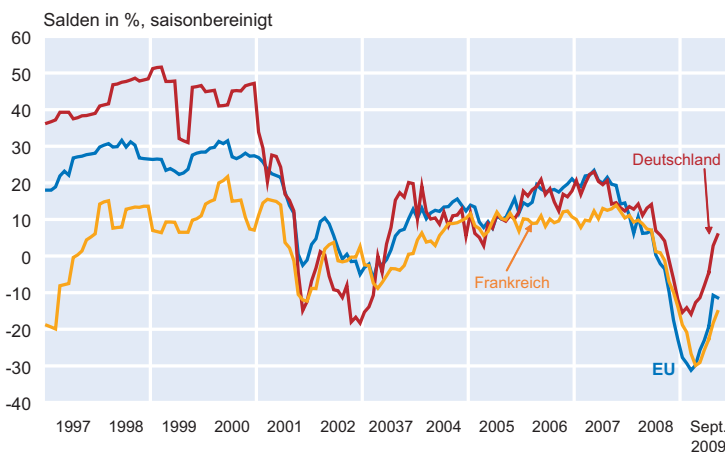
Quelle: EU-Kommission.

Dass sich im europäischen Vergleich der *Dienstleistungssektor (ohne Finanzgewerbe)* in *Deutschland* in diesem Aufschwung besser gehalten hat als im europäischen Durchschnitt und in wichtigen europäischen Partnerländern wie etwa Frankreich geht aus Abbildung 21 hervor.

Strukturelle Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise auf ausgewählte Dienstleistungsbranchen

Wenn auch der jüngste Aufschwung im Dienstleistungsgewerbe vorrangig ein konjunkturelles Phänomen ist, ausgelöst durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, so werden hierdurch auch einige strukturelle Prozesse beschleunigt. Auch diesmal zeigte sich wieder, dass in Rezessionsjahren der Anteil des Dienstleistungssektors

Abb. 21
EU-Vertrauensindikatoren im Vergleich



Quelle: EU-Kommission.

an der gesamten Bruttowertschöpfung steigt.

Aber dieser Effekt variiert: 2003, d.h. nach dem Platzen der Internetblase war der Anteilsgewinn des Dienstleistungssektors nur relativ gering, diesmal dürfte er wieder in der Rezession üblichen Größenordnung von rund 2 Prozentpunkten liegen, d.h. der Anteil des Dienstleistungssektors einschl. Handel an der gesamten Wertschöpfung in Deutschland dürfte dann von 69% im Jahr 2008 auf 71% in den Jahren 2009/10 steigen.

Die derzeitige Diskussion um eine *Regulierung im Bankensektor* ist nicht neu. Nach der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren gab es fast eine ähnliche Diskussion. Es kam damals bekanntlich zu einer strengen

Regulierung im Finanzsektor einschließlich einer Begrenzung der Boni-Zahlungen, wodurch der relative Einkommensvorteil der Beschäftigten im Finanzsektor, der damals wie diesmal in den USA bei über 60% lag, in den Jahren 1950 bis 1980 fast völlig verschwunden war. Der jüngste überdurchschnittliche Anstieg der Gehälter im Finanzsektor setzte Anfang der 80er Jahre ein, beschleunigte sich dann in den 90er Jahren und in diesem Jahrzehnt bis 2007 und erreichte mit einem Wert von rund 70% einen neuen Höhepunkt, d.h. Beschäftigte mit vergleichbarer Ausbildung und ähnlichen Anforderungen verdienten im Finanzsektor etwa 70% mehr als in der übrigen Wirtschaft. Diese Werte beziehen sich zwar auf die USA; wegen der Globalisierung, die insbesondere den Finanzsektor stark geprägt hat, dürften sich die Einkommensrelationen in den andern Ländern nicht sehr stark von den amerikanischen Werten unterscheiden. Es bleibt abzuwarten, ob infolge der jetzt diskutierten stärkeren Regulierung die relativen Einkommensunterschiede ähnlich eingeebnet werden wie damals nach der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Immerhin muss man der Entwicklung im Bankensektor während der letzten 15 Jahre zu gute halten, dass durch die Finanzinnovationen das wirtschaftliche Wachstum in der Welt stimuliert wurde, wenn auch – wie wir schmerzlich erfahren mussten – das finanzielle Risiko in gefährlichem Maße gewachsen ist. Die Mehrheit der Bevölkerung und auch der Politiker scheint bereit zu sein, den Preis für mehr Regulierung in Form einer etwas geringeren Wachstumsdynamik zu zahlen.

Im *Mediensektor* zeichnete sich schon vor der jüngsten Krise eine Strukturänderung weg von den Print-Medien hin zu den elek-

tronischen Medien ab. Durch die Krise hat sich dieser Trend erheblich beschleunigt. Wie eine neue Marketingumfrage zeigt, wollen die Marketingartikelunternehmen im nächsten Jahr ihren Einsatz in Print-Medien anteilmäßig weiter zurückfahren und in den elektronischen Medien deutlich erhöhen. Noch deutlicher als bei den Markenartikelunternehmen ist diese Tendenz bei den Werbeagenturen.

Umsatzentwicklung und -prognose für ausgewählte Dienstleistungsbranchen

Bei den *unternehmensnahen Dienstleistern* wird sich der Umsatz preisbereinigt in diesem Jahr um gut 8% verringern, verglichen mit einem mehr als doppelt so starken Rückgang in der Industrie (- 17%). Im Jahre 2010 und auch 2011 dürften die Zuwächse jeweils in einer Größenordnung von 2% liegen, dies wäre etwas weniger als der erwartete Zuwachs im verarbeitenden Gewerbe (vgl. Tab. 5).

Die *öffentlichen und persönlichen Dienste*, die mehr am Konsum hängen, können in diesem Jahr immer noch ein Wachstum von 1,2% erreichen. Im nächsten Jahr dürfte sich das Wachstum etwas verstärken (1,5%) und sich 2011 bei knapp 1% einpendeln (vgl. Tab. 6).

Nach diesem Gesamtbild sollen im Folgenden theseartig Wachstumsprognosen für ausgewählte Branchen vorgestellt werden. Ein Schwerpunkt wurde beim diesjährigen Branchen-Dialog auf das *Gastgewerbe* gelegt, was auch dadurch dokumentiert ist, dass als einer der externen Experten auf dem Dienstleistungsforum diesmal ein Vertreter des Hotelgewerbes eingeladen war.

Der Nachfrageverlauf im Gastgewerbe wird großenteils von der Binnenkonjunktur bestimmt. Diese expandiert seit Mitte der 90er Jahre nur langsam. So entwickeln sich die Bauinvestitionen – auch im Zusammenhang mit der forcierten Internationalisierung der Güterproduktion und dem Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft – nur verhalten, und mit dem schwachen Anstieg der Nettoeinkommen und der realen Kaufkraft der Konsumenten blieb der private Verbrauch im Vergleich zum gesamtwirtschaftlichen Trend zurück.

Der stabile Negativtrend der realen Nachfrage im Gastgewerbe seit 1992 erhält durch

Tab. 4
Gastgewerbe – Prognose: Umsatz, preisbereinigt, in % gegenüber Vorjahr

	WZ-Nr.	2009	2010	2011
Gastgewerbe	HT	- 5,5	- 2,1	- 0,6
Hotellerie	55.1	- 7,5	- 1,4	0,9
Ferienunterkünfte, Campingplätze, u.a.	55.2	- 1,7	- 1,6	- 0,2
Restaurants, Cafés, Eissalons	55.3	- 4,1	- 2,4	- 1,5
Schanklokale, Diskotheken, Bars	55.4	- 7,8	- 4,7	- 3,6
Kantinen und Caterer	55.5	- 6,4	- 1,1	0,1

Quelle: Feri Finance AG.

die aktuelle Konjunkturkrise einen weiteren Schub nach unten, da nunmehr selbst die Hotellerie sowie Kantinen und Caterer, die sich innerhalb der Gesamtbranche in den letzten Jahren relativ am besten gehalten haben, unter Nachfrageeinbrüchen leiden (vgl. Tab. 4).

Die insgesamt zurückbleibende Entwicklung des Gastgewerbes steht auch im Zusammenhang mit der zunehmenden Verbreitung neuer Medien sowie Kommunikationsmöglichkeiten (zum Beispiel Bildschirmkonferenzen) und wird in der traditionellen Getränke- und Speisegastronomie zum Teil noch verstärkt durch den fehlenden Standortverbund mit dem Einzelhandel und durch ein zu wenig auf die Wettbewerbssituation am Standort abgestimmtes Getränke- oder Speisensortiment. Zudem entspricht insbesondere das einseitig auf Getränke ausgelegte Angebot der traditionellen Schanklokale kaum mehr den Vorstellungen des modernen Verbrauchers. Selbst Diskotheken und Vergnügungs-

Tab. 5
Unternehmensnahe Dienstleister – Prognose: Umsatz, preisbereinigt in % gegenüber Vorjahr

	WZ-Nr.	2009	2010	2011
Unternehmensnahe Dienstleister	K	- 8,3	1,8	2,1
Immobilienwesen	70	- 2,9	- 1,5	- 0,9
Mobilienvermietung, - Leasing	71	- 13,9	3,2	3,8
Datenverarbeitung	72	- 8,3	2,3	3,3
Forschung & Entwicklung	73	- 6,2	1,8	2,4
Beratung, Planung, Auftragsdienste	74	- 10,0	3,0	2,8
Rechts-, Wirtschaftsberatung	74.1	- 9,4	3,2	3,2
Architektur- und Ingenieurbüros	74.2	- 7,8	1,6	0,8
Technische Untersuchung	74.3	- 8,3	2,7	1,4
Werbung	74.4	- 14,2	1,9	2,3
Personalvermittlung und -überlassung	74.5	- 24,4	7,4	6,1
Sicherheitsdienste, Detekteien	74.6	- 8,8	1,4	1,6
Gebäudereinigung	74.7	- 5,0	0,6	0,9
Auftragsdienste	74.8	- 7,1	3,2	3,5

Quelle: Feri Finance AG.

lokale leiden erheblich unter der Kaufkraftabschöpfung bei Jugendlichen durch Unterhaltungsangebote per Internet und Handy.

Die derzeitige Wirtschaftskrise hat in Deutschland neben dem Finanzsektor auch wichtige Exportindustrien wie Maschinen- und Fahrzeugbau sowie einen Großteil der ihnen zuarbeitenden Logistikservices und unternehmensnahen Dienstleister stark geschwächt. Im Rahmen der Unternehmensdienste wurden vor allem *Personalvermittlung und Zeitarbeit, Mobilienvermietung und Werbung* massiv beeinträchtigt. Diese Dienste leiden derzeit besonders unter der gesamtwirtschaftlichen Investitionszurückhaltung, die neben der allgemeinen Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung vor allem auf weithin unterausgelastete Produktionskapazitäten wie auch auf Liquiditäts-Sicherungsmaßnahmen potentieller Investoren vor dem Hintergrund einer restriktiveren Kreditpolitik der Banken zurückgeht.

Abgesehen vom baunahen Bereich der *Architektur- und Ingenieurbüros* sind zudem bislang kaum stimulierende Wirkungen der staatlichen Konjunkturmaßnahmen auf die Unternehmensdienste feststellbar, wenn zeitweilige Impulse durch die Abwrackprämie, beispielsweise im Zeitarbeitsbereich, ausgeklammert werden.

Zurzeit profitiert die deutsche Exportwirtschaft sowohl vom Wachstum in asiatischen Schwellenländern als auch von befristeten Konjunkturprogrammen in wichtigen Industriestaaten. Die mittlerweile zu beobachtende erste Erholung der deutschen Ausfuhren und der in diesem Zuge begünstigten Unternehmensdienste birgt daher ein gewisses Rückschlagpotential, wenn solche Sonderprogramme in den verschiedenen Ländern ausgeschöpft sind.

Dementsprechend bleiben die Wachstumsaussichten der unternehmensbezogenen Serviceanbieter bis auf weiteres eher moderat, zumal den Unternehmen in wichtigen Abnehmerbranchen aus der Industrie noch ein nicht geringer Kapazitäts- bzw. Beschäftigungsabbau droht. Bezogen auf den gesamten Sektor der Unternehmensdienste dürfte somit erst im Jahr 2013 (bzw. 2014) das Niveau des preisbereinigten Umsatzes (bzw. der Beschäftigung) aus dem Jahr 2008 wieder überschritten werden.

Die Nachfrage nach *öffentlichen und persönlichen Diensten* wird vorwiegend von der Bevölkerungsentwicklung sowie von der Konsumbereitschaft der öffentlichen und privaten Haushalte bestimmt und leitet sich in erster Linie aus den staatlichen und privaten Einnahmen bzw. Einkommen

Tab. 6
Öffentliche und persönliche Dienste – Prognose: Umsatz, preisbereinigt in % gegenüber Vorjahr

	WZ-Nr.	2009	2010	2011
Öffentliche und persönliche Dienste	L–O	1,3	1,5	0,8
Öffentliche Verwaltung, Sozialversich.	L	1,7	1,4	1,0
Erziehung und Unterricht	M	1,5	3,1	0,8
Gesundheit und Soziales	N	2,6	1,9	0,8
Gesundheitswesen	85.1	2,4	1,5	0,3
Veterinärwesen	85.2	– 3,1	1,4	0,9
Sozialwesen	85.3	3,3	3,2	2,5
Entsorgung, Interessenvertr., Kultur u.a.	O	– 1,2	0,0	0,6
Entsorgung	90	– 2,6	0,1	0,7
Interessenvertretungen	91	0,0	0,4	0,8
Kultur, Sport und Unterhaltung	92	– 1,2	0,5	1,1
Persönliche Hygiene u.a.	93	– 1,0	– 1,2	– 0,4

Quelle: Feri Finance AG.

sowie den entsprechenden Ausgabenbudgets ab. Hieraus folgt für diese Dienste ein zwar flacher, dafür aber auch konjunkturell recht stabiler Wachstumspfad.

Im Vergleich zur Entwicklung am aktuellen Zeitrund verdüstert sich der nahe Prognosehorizont für die Einkommen und preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte spürbar durch die erwartete Zunahme der Arbeitslosigkeit. Neben der andauernden Bevölkerungsschrumpfung beschert die somit bevorstehende Dämpfung der frei verfügbaren Kaufkraft einem Großteil der konsumabhängigen Dienstleister im Bereich »Entsorgung, Interessenvertretung, Kultur u.a.« (beispielsweise Friseursalons, Textilreinigungen oder Bestattungswesen) zukünftig weitere Nachfrageeinbußen.

Auf der anderen Seite gehen von den staatlichen Konjunkturprogrammen nunmehr kräftige Wachstumsimpulse aus, und zwar vor allem für öffentliche Bauinvestitionen. Mit den öffentlichen Investitionen legen vorerst auch die konsumtiven Ausgaben des Staates für kollektive Sachleistungen wieder zu. Überdies steigen kurz- bis mittelfristig die Konsumausgaben der Sozialversicherung und der Gebietskörperschaften für individuelle Sachleistungen stetig, wenngleich deren Zuwachsraten mittelfristig durch die gedämpften Erwartungen zur Grundlohnentwicklung geschwächt werden. Daneben sichert die zunehmende Alterung (und damit einhergehend höhere Sterberate) der Bevölkerung ein nahezu zwangsläufiges Basiswachstum für Wellness- bzw. Gesundheits- und Sozialdienste. Folglich stellt der personalintensive Bereich »Gesundheit und Soziales« mit immerhin rund 11% aller Erwerbstätigen in Deutschland einen robusten Stabilitätsanker der Binnenkonjunktur dar, obwohl der Ausbau der entsprechenden Dienste in der Langfristbetrachtung sowohl unter direkten

Steuerungseingriffen der öffentlichen Hand als auch unter gesetzlich verordneten Kostendämpfungsmaßnahmen leidet.

Die Leistungsanbieter im Wirtschaftszweig »Erziehung und Unterricht« sind demgegenüber durch dauerhaft sinkende Kinder- und Jugendlichenzahlen eher benachteiligt. Daran ändern auch steigende Qualitätsanforderungen an das Bildungsangebot nur wenig. Im Prognosezeitraum erhält hier besonders die Sparte »Erwachsenenbildung« zusätzliche Nachfrageimpulse von erweiterten Arbeitsförderungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit.

Mit einem Anteil von rund 22% an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung und 29% aller Erwerbstätigen bewähren sich die öffentlichen und persönlichen Dienste in Deutschland somit in der schweren globalen Krise als bedeutender Hort binnenwirtschaftlicher Stabilität.

Konjunkturelle Perspektiven im Hotelsektor

Ergänzend zu der statistischen Analyse der verschiedenen Dienstleistungsbranchen berichtete aus erster Hand André Witschi, der Vorstandsvorsitzende der Steigenberger Hotels AG, über die Lage und die Perspektiven im Hotelgewerbe. Zunächst informierte Herr Witschi über das eigene Unternehmen. Nach fast 70 Jahren im Besitz der Gründerfamilie Steigenberger wurde die Steigenberger Hotels AG in diesem Jahr von der ägyptischen Travco Group International Holding S.A.E. übernommen. Es handelt sich bei dieser ägyptischen Firma um eines der größten Touristikunternehmen im Nahen Osten.

Was die Branche insgesamt betrifft, gibt es in Deutschland (Stand: 2008) 33 824 Hotels mit insgesamt 1,62 Mill. Betten und 358 868 Beschäftigten. Der Nettoumsatz lag 2008 bei 16,6 Mrd. €.

Die Hotellerie ist eine konjunktursensible Branche. Im Zuge der jüngsten Krise kam es zu deutlichen Rückgängen in Belegung, Zimmerpreis und Ertrag (vgl. Tab. 7).

Besonders betroffen davon sind die Stadthotellerie im sog. Upscale- und Upper-Upscale-Segment an Businessstandorten sowie die Flughafens- und Tagungshotels.

Für 2010 rechnet die Branche mit einer tendenziellen Erholung im Geschäftskundensegment, was mit der sich allmählich bessernden Exportkonjunktur und generell den Erholungstendenzen in den meisten anderen Wirtschafts-

**Tab. 7
Aktuelle Situation der Hotellerie in Deutschland –
Zimmerauslastung (Januar bis August 2009)**

• Durchschnittliche Zimmerauslastung 2009 unter 60% gesunken	
– Zum Vorjahr um – 6,1% auf 58,3% gefallen	
• Zahl der Übernachtungen im klassischen Beherbergungsgewerbe um – 3,6% rückläufig	
– Ausländische Gäste – 8,2%	
– Inländische Gäste – 2,3%	
• Flughafenhôtels stark betroffen – 12,8%	
• Segmente	
– 5 Sterne	– 7,9%
– 4 Sterne	– 6,0%
– 1 bis 3 Sterne	– 3,3%

Quelle: A. Witschi, Steigenberger Hotels AG.

zweigen begründet wird, wodurch Umfang und Dauer der Geschäftsreisen zunehmen sollten. Als Risikofaktoren für das Jahr 2010 werden vor allem das Auslaufen der Konjunkturprogramme sowie steigende Arbeitslosenzahlen gesehen, die im Endkundensegment zu einer Geschäftsabschwächung führen könnten. Positiv ist, dass die neue Regierungskoalition in Deutschland ab Anfang 2010 einen reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7% in der Hotellerie einführen will an Stelle des bis jetzt geltenden Vollsteuersatzes von 19%.

Ergänzend zum Referat von André Witschi berichtete Jacques Borel, der Gründer der französischen Hotelgruppe ACCOR und heutiger Geschäftsführer von »club tva« in Paris über erste Erfahrungen mit der in Frankreich am 1. Juli 2009 von 19,6 auf 5,5% gesenkten Mehrwertsteuer im Gaststättensektor (Ausnahme: alkoholische Getränke). In den ersten drei Monaten nach Einführung dieser Maßnahme haben in Frankreich zwischen 45 und 50% der Restaurants ihre Preise gesenkt. Im Durchschnitt der Branche gingen die Preise um 1,45% zurück.

Interessanter als dieser Durchschnittswert ist das Verhalten einiger wichtiger Gruppen im französischen Gaststättenmarkt: So haben 90% der französischen Gaststättengruppen, auf die ein Marktanteil von rund 30% entfällt, nach der Mehrwertsteuersenkung ihre Preise um 4,7% gesenkt. Nicht zuletzt dank dieser Maßnahme konnten sie ihren Umsatz um 5,5% steigern. Umgekehrt hat von den unabhängigen Einzelgaststätten, die 70% des französischen Marktes repräsentieren, nur etwa jeder Dritte die Preise gesenkt, was sich in der Weise rächte, dass die selbständigen Restaurants gegenüber Juli rund 7% Umsatz verloren.

Es bestätigt sich damit die Erkenntnis aus früheren Studien (z.B. von Copenhagen Economics), dass es fast zwei Jahre dauert, bis eine Mehrwertsteuersenkung weitgehend an den Konsumenten weitergegeben wird. Von den kleineren Restaurantbetrieben, die sich nicht dem Preiswett-

bewerb stellen, wird – nach Borel – sicher ein Teil vom Markt verschwinden. Der französische Minister für Tourismus, Hervé Novelli, hat daher eindringlich alle Restaurantbesitzer in Frankreich aufgefordert, einen großen Teil der Mehrwertsteuersenkung im Preis weiterzugeben, und zwar im eigenen Interesse, da sie sonst vom Markt bestraft werden könnten.

Frühere Untersuchungen von Borel in verschiedenen Ländern haben gezeigt, dass nach einer Anlaufperiode von gut einem Jahr etwa 50% einer Mehrwertsteuersenkung im Preis weitergegeben worden sind, 15% wurden zur Steigerung der Angestelltegehälter verwendet, 10% für ein besseres Personaltraining, 15% für mehr Investitionen und 10% zur Ausweitung der Gewinnmarge.

Erfolgsfaktoren im Dienstleistungsgeschäft der Industrie

Zu diesem Thema referierte Hermut Kormann, der lange in verschiedenen Funktionen in der Industrie tätig war, zuletzt als Vorsitzender des Familienunternehmens Voith AG, das im Maschinenbau tätig ist. Kormann zeigte an Beispielen, dass sich Industriekonzerne im Dienstleistungsgeschäft oft schwer tun. Während nämlich im industriellen Bereich eine exakte Qualitätsprüfung und -steuerung möglich ist, stellt sich die bei Serviceabteilungen wesentlich kompli-

zierter dar. Der Kern der Serviceleistung lässt sich so umreißen:

- eine gleichbleibende, wohldefinierte Leistung an den Gütern des Kunden – in den Räumen des Kunden, in Zusammenarbeit mit dem Personal des Kunden;
- Erbringen dieser Leistung mit den so unterschiedlichen Individuen in täglich gleicher Performance;
- Schaffung eines Mehrwerts für den Kunden (z.B. Verfügbarkeit);
- Einhaltung der Vorschriften und Gesetze.

Der Erfolgsfaktor einer Dienstleistung im Absatz beruht vor allem auf Vertrauen.

Ein Problem haben viele Industrieunternehmen auch mit der anderen Führungskultur in Dienstleistungsunternehmen. Während in Industrieunternehmen eine Führungsspanne (Span of Control) von über 50 Personen häufig erfolgreiche Praxis ist, lässt sich dies in Dienstleistungsunternehmen realistischere nicht praktizieren. Das Dienstleistungsgeschäft verlangt direkte Führung der Sachbearbeiter. Vieles hängt vom dezentralen Leiter ab, denn er ist der Unternehmer »vor Ort«. Und nicht zuletzt sind viele Dienstleistungssparten von Industrieunternehmen deshalb fehlergeschlagen, weil das Grundprinzip eines erfolgreichen Dienstleisters nicht beherzigt wurde: *Das Dienen kommt vor dem Verdienen.*

Der Tagungsband des ifo Branchen-Dialogs vom 26. Oktober 2009 mit der Analyse und der Prognose der konjunkturellen Entwicklung in der Gesamtwirtschaft und in wichtigen Branchen (Industrie, Handel, Bauwirtschaft, Dienstleistung) ist zum Preis von 100 Euro + MwSt. beim ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Poschingerstraße 5, 81679 München, <mailto:branchendialog@ifo.de> zu beziehen.

Düsseldorfer Messen und Veranstaltungen von DüsseldorfCongress sichern die Arbeitsplätze von bundesweit knapp 28 100 Personen

Im Auftrag der Messe Düsseldorf GmbH führte das ifo Institut eine Studie über die wirtschaftliche Bedeutung der Düsseldorfer Messen für die Stadt Düsseldorf, das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik Deutschland durch. Wesentliches Ziel dieser Untersuchung war es, ausgehend von den gesamten Ausgaben der Messeaussteller und -besucher aller Düsseldorfer Messeveranstaltungen die direkten und indirekten Produktions- und Beschäftigungswirkungen sowie das messeinduzierte Steueraufkommen für das Jahr 2008 und ein repräsentatives Messejahr zu quantifizieren. Neben Messeveranstaltungen leisten aber auch Kongresse, Tagungen und sonstige Veranstaltungen einen bedeutenden Beitrag zu den wirtschaftlichen Effekten in einer Region. Weiteres Ziel dieser Untersuchung war es daher, die direkten und indirekten wirtschaftlichen Wirkungen von Kongressen, Tagungen und sonstigen Events der DüsseldorfCongress Veranstaltungsgesellschaft mbH zu ermitteln.¹

Die Ermittlung wirtschaftlicher Effekte erfordert eine breite empirische Basis

Zur Quantifizierung der aus den Ausgaben der Messebesucher, -aussteller und Veranstaltungsteilnehmer resultierenden sozioökonomischen Effekte hat das ifo Institut in den vergangenen Jahren die datentechnischen und methodischen Grundlagen erarbeitet.^{2,3} Um einen detaillierten und empirisch fundierten Einblick in die wirtschaftlichen Wirkungen von Messen und Veranstaltungen für einen Wirtschaftsraum zu erlangen, ist es erforderlich, die Ausgaben der Messe- und Veranstaltungsakteure nach verschiedenen Kategorien abzubilden (z.B. Übernachtung, Gastronomie, private Einkäufe). Ein zentraler methodischer Baustein der Berechnung von messe- bzw. veranstaltungsinduzierten Ausgaben sind daher Primärerhebungen bei Messeausstellern, -besuchern und Veranstaltungs-

teilnehmern. Für die Berechnungen der wirtschaftlichen Folgewirkungen der Düsseldorfer Messen und Veranstaltungen wurden knapp 5 300 Besucher, rund 1 900 Aussteller und über 3 100 Veranstaltungsteilnehmer befragt. Im Messebereich wurden z.B. bei folgenden Veranstaltungen Besucher- und Ausstellenerhebungen durchgeführt: CARAVAN SALON, GDS (Herbst), K (Messe für Kunststoff und Kautschuk), MEDICA, interpack, drupa, hogatec, InterMopro/InterCool/InterMeat, EUROSHOP und ProWein. Die bei den Besucher- und Ausstellerbefragungen erzielten Antwortquoten gewährleisteten ohne Einschränkungen repräsentative Hochrechnungen. Anschließend wurden mittels eines simultanen Schätzverfahrens die Besucher- und Ausstellerausgaben der Messen berechnet, bei denen keine schriftlichen Erhebungen durchgeführt wurden. Das verwendete Modell stellt dabei anhand zahlreicher Messemerkmale kausale Zusammenhänge zwischen den in die Befragungen eingegangenen Veranstaltungen und den nicht befragten Messen her.

Für Analysen im Messewesen ist die zeitliche Abgrenzung von großer Bedeutung, da eine Reihe von Veranstaltungen nicht jährlich, sondern in einem mehrjährigen Turnus durchgeführt wird. Unter wirtschaftlichen Aspekten ist für den Messestandort Düsseldorf beispielsweise das Jahr 2008 als ein vergleichsweise ausgabenstarkes Jahr zu charakterisieren. Im Jahr 2008 fanden u.a. die drupa (vierjähriger Turnus), interpack, EUROSHOP (jeweils drei-

¹ Eine solche Quantifizierung der wirtschaftlichen Wirkungen stellt darauf ab, dass die durch die Messe- und Veranstaltungsausgaben »ausgelasteten« Produktions- und Beschäftigungskapazitäten nicht durch andere Nachfrageaktivitäten tangiert bzw. genutzt werden, d.h. der etwaige Ausfall der Messe- und Veranstaltungsausgaben als Nachfragenvolumen wird nicht durch Ausgaben anderer Unternehmen und Personen kompensiert. Nahezu alle Studien zur Berechnung der so genannten »Umwegerentabilität« größerer Infrastrukturprojekte haben diese Annahme zur Grundlage. Die Studie stellt somit eine reine Impact-Analyse dar.

² Vgl. hierzu beispielsweise Spannagel (1999), Penzkofer und Träger (2005) sowie Penzkofer (2002; 2008).

³ Hierbei ist zu beachten, dass weder die wirtschaftlichen Effekte der angestoßenen bzw. abgeschlossenen Aufträge im Rahmen der Messen noch die wirtschaftlichen Effekte privater Käufe bei Ausstellern in die Berechnungen einbezogen werden.

jähriger Turnus), InterMopro, InterCool, InterMeat, hogatec, glasstec, wire/tube (jeweils zweijähriger Turnus) statt. Neben den Berechnungen für das Messejahr 2008 wurden daher auch die wirtschaftlichen Folgewirkungen für ein durchschnittliches (repräsentatives) Messejahr ermittelt. Für ein repräsentatives Messejahr wurden die Besucher- und Ausstellerausgaben einer Veranstaltung entsprechend dem jeweiligen Messeturnus zugrunde gelegt.⁴

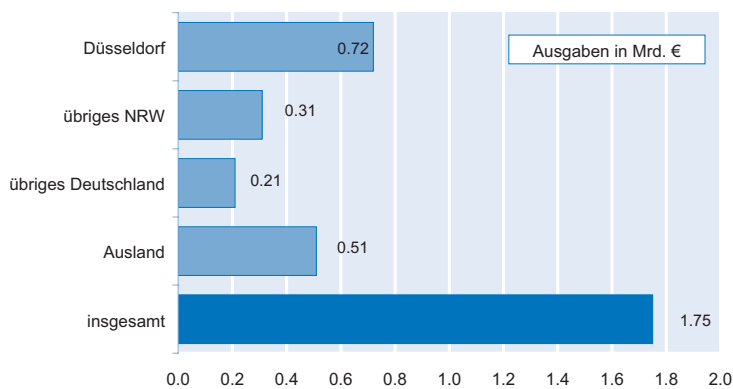
Im jährlichen Durchschnitt betragen die direkten Ausgaben der Düsseldorfer Messebesucher und -aussteller rund 1,75 Mrd. €

Die wirtschaftliche Bedeutung von Messen besteht nicht nur aus absatzwirtschaftlich motivierten Überlegungen der Unternehmen als Aussteller und Besucher, sondern Messeveranstaltungen sind auch für den Wirtschaftsraum eines Messestandorts von erheblicher Bedeutung. Insbesondere internationale Leitmessen, die für die technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen eines größeren Wirtschaftszweigs von ausschlaggebender Bedeutung sind, besitzen eine hohe »Sogwirkung« auf Fachbesucher aus dem In- und Ausland. Um sich auf diesen internationalen Leitmessen umfassend zu informieren, bleiben Fachbesucher zum Teil mehrere Tage in der Messestadt. Von dieser höheren Ausgabenbereitschaft profitieren vor allem die Hotellerie und Gastronomie des Messestandorts.

Insgesamt werden von den in- und ausländischen **Messeausstellern** und **-besuchern** im Durchschnitt jährlich **1,75 Mrd. €** ausgegeben (vgl. Abb. 1), wobei über 40% der gesamten Ausgaben in Düsseldorf getätigt werden. In Nordrhein-Westfalen insgesamt fallen Ausgaben in Höhe von über 1 Mrd. € an.

Abb. 1

Regionale Verteilung der Messeausgaben
Durchschnittliches Messejahr der Messe Düsseldorf GmbH



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Von den **Gesamtausgaben der Messebesucher** (0,6 Mrd. €) haben die Ausgaben in der Hotellerie und Gastronomie (Übernachtung, Verpflegung sowie vor- und nachgelagerter Aufenthalt) mit knapp der Hälfte das stärkste Gewicht. Die Kosten der An- und Abreise schlagen mit über einem Drittel zu Buche. In nennenswertem Umfang partizipiert aber auch der Einzelhandel von den Besucherausgaben (6%). Der Messeeintritt (inkl. Kauf von Katalogen) trägt zu den gesamten Ausgaben der Besucher dagegen nur zu rund 4% bei. Die **Ausgaben je Besucher** liegen im Schnitt bei jährlich rund 400 €.

Bei einigen der Düsseldorfer Messeveranstaltungen liegt der Ausgabenbetrag je Besucher deutlich über 400 €. Dies trifft vor allem für Messen mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an ausländischen Fachbesuchern zu, die länger in Düsseldorf bleiben als inländische Besucher. Dementsprechend fallen auch höhere Ausgaben für die Übernachtung und Verpflegung an.

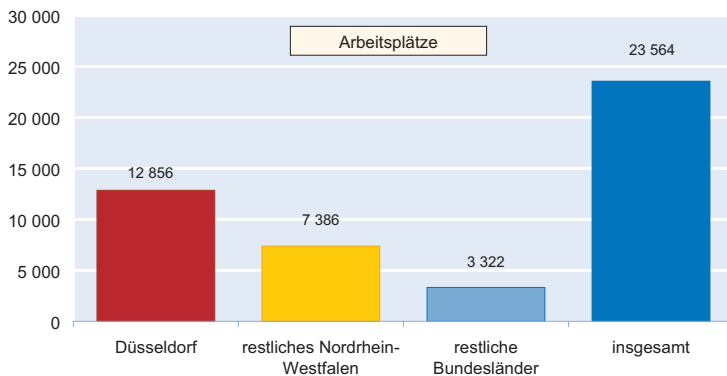
Von den **Gesamtausgaben der ausstellenden Unternehmen** in Höhe von jahresdurchschnittlich 1,15 Mrd. € entfallen rund 21% auf den Standbau; fast 17% der Ausgaben stehen im Zusammenhang mit den Personalkosten für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Messebeteiligungen. Knapp ein Fünftel der Ausgaben der Aussteller geht an den Messeveranstalter (Standmiete inkl. Gebühren für Strom, Entsorgung usw.). Rund 12% der Ausgaben entfallen auf die An- und Abreise des Personals der ausstellenden Unternehmen. Die Ausgaben für Übernachtung, Verpflegung und private Einkäufe summieren sich auf rund 18%. Bezogen auf alle Messeveranstaltungen liegen die **Ausgaben pro Aussteller** für ein repräsentatives Messejahr bei rund 40 500 €.

Knapp 23 600 Personen sind in einem durchschnittlichen Messejahr durch Düsseldorfer Messen beschäftigt

Den Ausgaben der Aussteller und Besucher steht ein Umsatz bei verschiedenen Unternehmen gegenüber. In diesem Umsatz kommen die direkten Wirkungen zum Ausdruck. Die ausgelöste direkte Produktion bedingt eine Reihe zusätzlicher indirekter wirtschaftlicher Wirkungen: Die unmittelbaren Produktionseffekte führen durch die Nachfrage nach Vorleistungen zu vorleistungsbedingter Produktion und setzen sich in allen Produktions-

⁴ Das repräsentative Messejahr bezieht sich auf den Zeitraum 2005–2008. Für die Berechnung des Ausgabenvolumens des repräsentativen Messejahres wurde unter Beachtung des Messeturnus die jeweils aktuellste Veranstaltung berücksichtigt.

Abb. 2
Beschäftigungswirkungen der Düsseldorfer Messen
Durchschnittliches Messejahr



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

stufen fort.⁵ Neben den vorleistungsbedingten Produktionseffekten kommen noch Einkommenseffekte hinzu, da die Produktion zu Einkommen bei den privaten Haushalten führt. Dies ruft eine zusätzliche Nachfrage und damit Produktion hervor.

Werden die gesamten (direkten und indirekten) Produktionseffekte in die Betrachtung einbezogen, so errechnet sich, dass insgesamt in einem durchschnittlichen Messejahr in Deutschland 23 564 **Erwerbstätige**⁶ von den Ausgaben abhängig sind, die anlässlich der Düsseldorfer Messen getätigt werden (vgl. Abb. 2). Bezogen auf Düsseldorf resultieren rund 12 850 von Düsseldorfer Messeveranstaltungen abhängige Arbeitsplätze. Die gesamten messeinduzierten Arbeitsplätze in Düsseldorf sind aufgrund der unmittelbaren Ausgabeneffekte überwiegend im Gast- und Beherbergungsgewerbe sowie im Handwerk angesiedelt. In **Nordrhein-Westfalen** insgesamt sind im Jahresdurchschnitt knapp 20 250 Personen durch Düsseldorfer Messen beschäftigt.

Auf Basis der von den Messebesuchern und -ausstellern insgesamt ausgelösten (direkten und indirekten) Produktionseffekte errechnet sich ein bundesweit induziertes

⁵ Die Quantifizierung der indirekten Wirkungen erfolgte mit Hilfe der Input-Output-Rechnung, die die Liefer- und Leistungsverflechtungen zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen abbildet. Hierbei wurde die aktuellste Input-Output-Tabelle des Statistischen Bundesamtes hinsichtlich von Preis- und Produktivitätsentwicklungen für den Untersuchungszeitpunkt aktualisiert. Zur Analyse der regionalen indirekten Effekte wurden gebietsspezifische Input-Output-Tabellen approximiert.

⁶ Die mit der messeinduzierten Nachfrage verbundene Beschäftigung wurde mittels wirtschaftszweigspezifischer Arbeitskoeffizienten errechnet. Die ermittelten Erwerbstätigen stellen bezogen auf die Arbeitszeit (den geleisteten Output) einer wirtschaftszweigbezogenen repräsentativen Arbeitsperson Vollzeitäquivalente dar.

Umsatzvolumen von jahresdurchschnittlich 2,29 Mrd. €. Die regionale Bedeutung der durchgeführten Veranstaltungen unterstreicht der erzielte Kaufkraftzufluss (Umwegendite). Ein Euro Messeumsatz generiert im Jahresdurchschnitt 6,2 € Umsatz in Düsseldorf.

Rund 423 Mill. € Steuereinnahmen induzieren Düsseldorfer Messen bundesweit

Weitere mit den Messeaktivitäten verbundene Wirkungen stellen Steuereinnahmen der verschiedenen Gebietskörperschaften (Stadt Düsseldorf, Bundesland Nordrhein-Westfalen, Bundesrepublik Deutschland) dar, die infolge

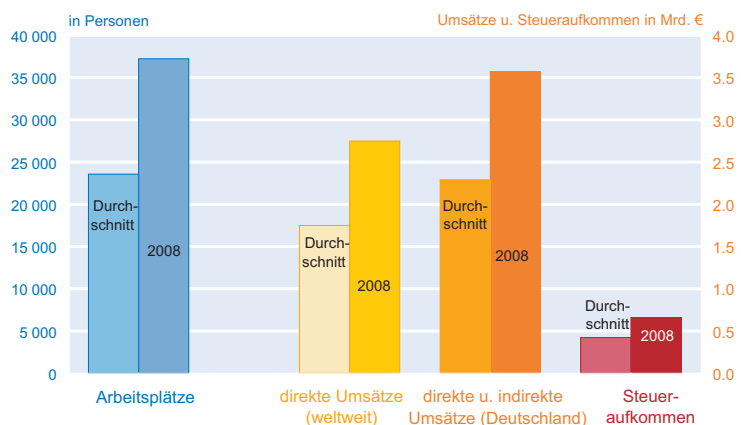
von Produktionsprozessen, daraus resultierenden Einkommen und Gewinnen sowie durch den privaten Verbrauch anfallen. Die bedeutendsten Positionen sind die Mehrwertsteuer sowie die Lohn- und Einkommensteuer.

Der Beitrag der Messen zu den Einnahmen der öffentlichen Haushalte ist nicht unerheblich: Für alle Gebietskörperschaften der Bundesrepublik Deutschland ergeben sich für ein durchschnittliches Messejahr **Steuereinnahmen** in Höhe von rund 423 Mill. €; davon entfallen etwa 25,6 Mill. € auf Düsseldorf und 151 Mill. € auf das übrige Nordrhein-Westfalen.

Sehr hohe wirtschaftliche Effekte im Messejahr 2008

Mit 40 Messen, darunter drupa, glasstec, interpack, MEDICA und wire/tube, verzeichnete die Messe Düsseldorf

Abb. 3
Wirtschaftliche Effekte der Düsseldorfer Messen
Vergleich eines durchschnittlichen Messejahres mit dem Jahr 2008



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

dorf GmbH im Jahr 2008 das umsatzstärkste Jahr ihrer Geschichte. In diesem Ausnahmejahr konnten sämtliche wirtschaftliche Effekte eines durchschnittlichen Messejahres deutlich übertroffen werden (vgl. Abb. 3).

Die weltweit getätigten **direkten Ausgaben** von Besuchern und Ausstellern erhöhten sich um rund 1 Mrd. € auf **2,75 Mrd. €**. Die bundesweit ausgelösten Umsätze stiegen um 1,28 Mrd. € auf **3,57 Mrd. €**, und die **Steuereinnahmen** für Bund, Land und Stadt betragen **660 Mill. €**; d.h. sie lagen um 237 Mill. € über den Steuereinnahmen eines durchschnittlichen Messejahres. Die Anzahl messeabhängiger Arbeitsplätze belief sich bundesweit auf knapp 37 250 (durchschnittliches Jahr: knapp 23 600). Darüber hinaus generierte der durch die Messeveranstaltungen induzierte Umsatz in Düsseldorf einen **Umwegrenditefaktor** in Höhe von **6,8**.

Von kongress- und veranstaltungsinduzierten Ausgaben sind bundesweit rund 4 500 Arbeitsplätze abhängig

Neben Messen bringen auch Kongresse, Tagungen und Events zusätzliche Kaufkraft in eine Region und leisten einen bedeutenden Beitrag für den betreffenden Wirtschaftsstandort. Ziel dieser Untersuchung war es daher, die von den Kongress- und Tagungsteilnehmern sowie den Eventbesuchern induzierten wirtschaftlichen Effekte zu ermitteln. Der Untersuchungsansatz entspricht hierbei dem Vorgehen wie bei den Messeveranstaltungen. Zentraler Ausgangspunkt der Ermittlung der wirtschaftlichen Effekte waren somit wieder Erhebungen bei repräsentativ ausgewählten Veranstaltungen. Die Befragungen im Kongress- und Tagungsbereich (inkl. Seminare) erstreckten sich dabei auf Veranstaltungen mit regionaler, nationaler und internationaler Ausrichtung. Zusätzlich fanden aber auch bei sonstigen Events (z.B. Konzerte, Shows, Sportveranstaltungen, Firmenveranstaltungen) Umfragen statt.

Die DüsseldorfCongress Veranstaltungsgesellschaft mbH erzielt mit ihren neun Locations wirtschaftliche Effekte im dreistelligen Millionenbereich. Die direkten **Ausgaben** der Eventbesucher und Teilnehmer an Kongressen/Tagungen belaufen sich pro Jahr auf rund **238 Mill. €**. Knapp drei Viertel der Ausgaben wird direkt in Düsseldorf ausgegeben. Die Ausgaben je **Veranstaltungsbesucher** liegen bei rund **100 €**, bezogen auf die **Kongressteilnehmer** resultiert ein durchschnittlicher Ausgabenbetrag in Höhe von über **490 €**.

Der durch die Kongresse, Tagungen und sonstigen Veranstaltungen **induzierte** (direk-

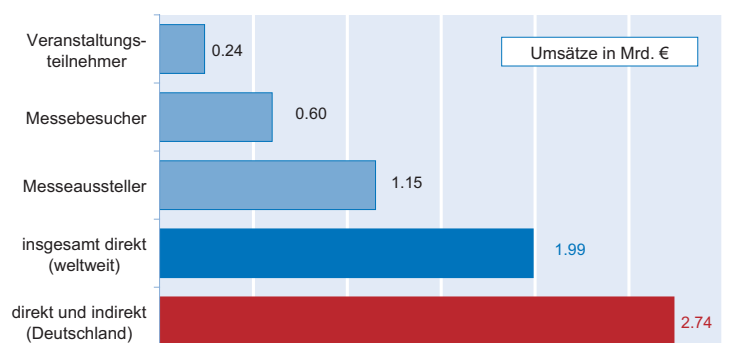
te und indirekte) Umsatz summiert sich bundesweit auf knapp **447 Mill. €**, wobei Düsseldorf Unternehmen (z.B. Hotels, Restaurants, Einzelhändler, öffentlicher Nahverkehr, Taxiunternehmen) mit rund 284 Mill. € am stärksten profitieren. Hieraus ergibt sich ein **Umwegrenditefaktor** von **10,4**; d.h. ein Euro Veranstaltungsumsatz bei DüsseldorfCongress führt zu einem Umsatz von 10,40 Euro in Düsseldorf. Der Umwegrenditefaktor für Kongressveranstaltungen beträgt sogar 16,7.

Die Kongresse, Tagungen und sonstigen Veranstaltungen führen im jährlichen Durchschnitt zu einer **Beschäftigung** von knapp **4 500** (exakt: 4 497) Personen in der Bundesrepublik Deutschland – über 3 200 (exakt: 3 215) aller kongress- und veranstaltungsinduzierten Arbeitsplätze entfallen auf Düsseldorf, weitere rund 800 Arbeitsplätze auf das übrige Nordrhein-Westfalen. Die Veranstaltungen der DüsseldorfCongress Veranstaltungsgesellschaft mbH haben pro Jahr bundesweit **Steuereinnahmen** in Höhe von knapp **79 Mill. €** zur Folge. Von dem Steueraufkommen steht Düsseldorf und Nordrhein-Westfalen zusammen über **34 Mill. €** zu.

Messen und sonstige Veranstaltungen der Messe Düsseldorf GmbH sichern im Jahresdurchschnitt die Arbeitsplätze von bundesweit knapp 28 100 Personen

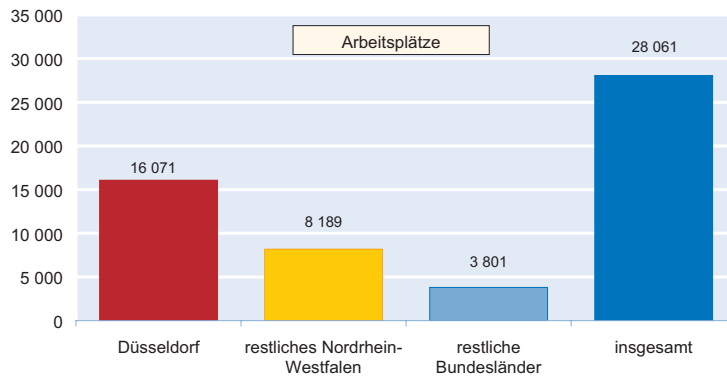
Im Jahresdurchschnitt belaufen sich die weltweit getätigten direkten **Gesamtausgaben** der in- und ausländischen Messebesucher, -aussteller sowie Kongress-/Eventteilnehmer auf rund **2 Mrd. €** (vgl. Abb. 4). Dahinter verbergen sich bundesweit angestoßene (direkte und indirekte) **gesamtwirtschaftliche Umsatzeffekte** in Höhe von rund **2,74 Mrd. €**. Die **regionale Bedeutung** der durchgeführten Veranstaltungen unterstreicht der erzielte Kaufkraftzufluss für die Stadt

Abb. 4
Direkt und indirekt induzierte Umsätze
Durchschnittliches Veranstaltungsjahr der Messe Düsseldorf GmbH



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 5
Beschäftigungswirkungen der Düsseldorfer Messe-, Kongress- und Eventaktivitäten in einem Durchschnittsjahr



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Düsseldorf. Ein Euro Umsatz der Messe Düsseldorf GmbH generiert im Jahresdurchschnitt einen Umsatz von 6,7 € in der Stadt Düsseldorf.

Die Messe-, Kongress- und Veranstaltungsaktivitäten der Messe Düsseldorf GmbH stellen vor allem für die Stadt Düsseldorf, aber auch für das Bundesland Nordrhein-Westfalen, einen nicht zu unterschätzenden Beschäftigungsfaktor dar. Die inländischen gesamtwirtschaftlichen Produktionseffekte ermöglichen im Jahresschnitt die Beschäftigung von bundesweit knapp 28 100 Erwerbspersonen (exakt: 28 061; vgl. Abb. 5). Bezogen auf Düsseldorf sind es rund 16 100 Erwerbspersonen (exakt: 16 071) und bei Betrachtung von Nordrhein-Westfalen insgesamt erhöht sich die Beschäftigtenzahl auf 24 260. Aufgrund der Lieferverflechtungen partizipieren aber auch Unternehmen in den übrigen Bundesländern an den wirtschaftlichen Wirkungen. Die Zahl der induzierten Erwerbstätigen beträgt außerhalb von Nordrhein-Westfalen über 3 800.

Darüber hinaus ergeben sich für alle Gebietskörperschaften der Bundesrepublik **Steuereinnahmen** in Höhe von jährlich rund 502 Mill. €. Auf Düsseldorf entfallen hiervon knapp 30 Mill. €.

Literatur

Penzkofer, H. (2002), »Wirtschaftliche Wirkungen der Frankfurter Messen«, *ifo Schnelldienst* 55(1), 15–22.
 Penzkofer, H. (2008), »Messen und Veranstaltungen der Messe München lösen bundesweit jährlich einen Umsatz von 2,17 Mrd. Euro aus«, *ifo Schnelldienst* 61(10), 38–43.
 Täger, U.Chr. und H. Penzkofer (2005), »Production and employment effects of trade fairs and exhibitions«, in: M. Kirchgeorg, W. M. Dornscheidt, W. Giese und N. Stoeck (Hrsg.), *Trade Show Management*, Gabler, Wiesbaden, 127–139.
 Spannagel, R., U.Chr. Täger, G. Weitzel et al. (1999), *Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung von Messen und Ausstellungen in Deutschland*, ifo Studien zu Handels- und Dienstleistungsfragen, Bd. 57, ifo Institut, München.

Der »Countdown to Copenhagen« auf der Homepage des UNFCCC zeigt die verbleibende Zeit bis zum Weltklimagipfel in Dänemark an. Anfang Dezember wird also das Startsignal zu einer wichtigen Verhandlungsrunde im Kampf gegen den Klimawandel gegeben. Doch die Chancen, in Kopenhagen ein neues Klimaprotokoll und somit einen erfolgreichen Ausgang zu erzielen, sind in den vergangenen Monaten dramatisch gesunken. Vielerlei Gründe erschweren eine Einigung, darunter die ungleiche Verteilung historischer und zukünftiger CO₂-Emissionen in Industrie- und Schwellenländern. Auch soll ein neues Protokoll Ausgleich für die Länder schaffen, die am stärksten vom Klimawandel betroffen und gleichzeitig am wenigsten dafür verantwortlich sind. Mit Blick auf Kopenhagen illustriert die Karte (Abb. 1) die weltweiten Schäden durch den Klimawandel im Jahr 2100 und skizziert die Auswirkung auf die Verhandlungssituation der jeweiligen Regionen. Sie zeigt eine Prognose der durch den Klimawandel verursachten Gesamtschäden für das Jahr 2100. Die Schäden sind als äquivalente Reduktion des Bruttoinlandsprodukts des jeweiligen Landes abgetragen. Die Daten wurden mit dem FUND-Modell 2.8n berechnet (Climate Framework for Uncertainty, Negotiation and Distribution, siehe <http://www.fund-model.org> für eine ausführliche Dokumentation). FUND gehört zur Klasse der ökonomischen integrierten Bewertungsmodelle und dient der Abschätzung von Kosten und Nutzen von Klimapolitik. Ökonomische integrierte Bewertungsmodelle spielen bei der Regulierung von Treibhausgasen eine wichtige Rolle, z.B. lieferten sie wesentliche Erkenntnisse für den Stern-Bericht der britischen Regierung aus dem Jahr 2006 und werden derzeit für die Kosten-Nutzen Analyse der Umweltpolitik der US-Regierung verwendet.

FUND kombiniert ein einfaches Klimamodell mit Prognosen zur zukünftigen Wirtschaftsentwicklung und Schätzungen zu den ökonomischen Folgen erhöhter Temperaturen durch den Klimawandel. Auswirkungen auf die Landwirtschaft, Ökosysteme, Forstwirtschaft, Energieverbrauch, Wasserversorgung, Küstenregionen (durch den Anstieg des Meeresspiegels) und die menschliche Gesundheit (Auswirkung von Hitze- und Kältestress auf Herz-Kreislaufkrankungen und Atemwegserkrankungen, Malaria, Denguefieber, Schistosomiasis, Diarrhoe) werden von FUND geschätzt und monetär bewertet. Die errechneten Schäden hängen dabei sowohl von der prognostizierten Änderung des Klimas ab als auch von einer Reihe sozioökonomischer Szenarioannahmen für die Zeiträume, für die die Klimaschäden geschätzt werden. Auch wenn FUND für ein integriertes Bewertungsmodell eine besonders umfangreiche Schätzung von Klimaschäden enthält, sind die Prognosen solcher Modelle grundsätzlich mit einer gewissen Portion Skepsis zu sehen: Die Unsicherheiten über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung sind groß, viele Details des Klimasystems sind unzureichend verstanden, die monetären Schätzmethoden mit großen Unsicherheiten behaftet, und eine Reihe

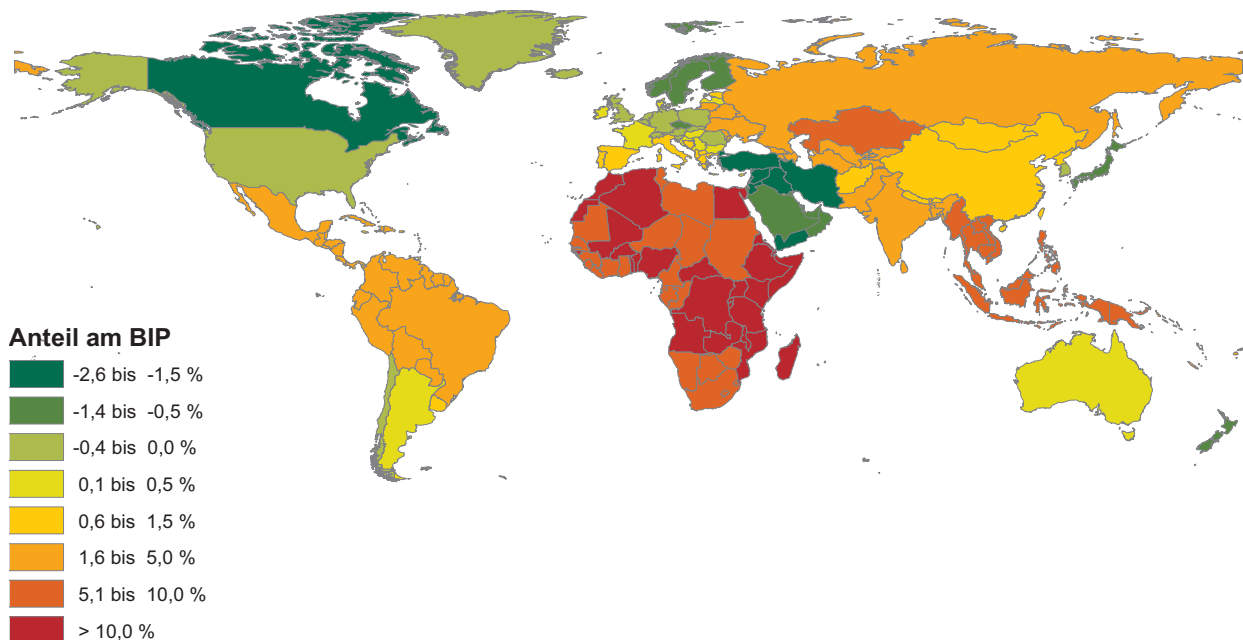
von Klimaschäden, zu denen es keine quantitativen wissenschaftlichen Studien gibt, sind schlicht gar nicht erfasst. Dennoch stellen die Ergebnisse der integrierten Bewertungsmodelle eine wichtige Informationsquelle für Politikentscheidungen dar. Erstens reflektieren sie den momentanen Stand der Forschung und sind damit trotz aller Mängel hilfreich. Zweitens kann man eine ganze Reihe von Mustern erkennen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit auch bei präziseren Vorhersagen bestehen bleiben.

Besonders deutlich stellt die Karte die extremen Unterschiede in verschiedenen Weltregionen dar. Insbesondere arme Regionen werden nach dieser Prognose einen hohen Schaden zu verkraften haben, der in einigen Ländern Afrikas äquivalent zu einem Verlust von mehr als 10% des Bruttoinlandsprodukts ist. Auch Indonesien, ein bevölkerungsreiches Land, hat einen im Verhältnis zu seinem BIP sehr hohen Schaden. Die Dramatik der Schäden für einzelne Regionen geht in Studien, die nur globale Schäden errechnen, leicht verloren. Die besonders hart getroffenen Regionen sind arm und haben damit nur einen geringen Anteil am Weltsozialprodukt. Schäden, die für ein armes afrikanisches Land katastrophale Auswirkungen haben, erscheinen als Anteil am Weltsozialprodukt sehr gering. Die Klimaschäden für die gesamte Welt, errechnet mit dem gleichen Modell, entsprechen im Jahr 2100 nur knapp 1,3% des Weltsozialprodukts: Die dramatischen Wohlfahrtsverluste in armen Ländern gehen im Weltdurchschnitt bei einer solchen Rechnung verloren.

Für entwickelte Länder wie Nordamerika, Europa und Australien zeigt die Karte positive Auswirkungen des Klimawandels. Diese erklären sich insbesondere durch Einsparungen bei Heizkosten und die Abnahme von durch Kältestress ausgelösten Herz-Kreislaufkrankungen, die prognostizierte Schäden in allen anderen Bereichen aufwiegen. Dennoch wäre die Schlussfolgerung falsch, für industrialisierte Nationen gäbe es keinen Anreiz, Emissionen zu mindern. Erstens stellt die Karte nur die Schäden eines einzelnen Jahres dar – eine Rechnung, die auch spätere Jahre berücksichtigt, kann zu einem ganz anderen Bild führen. Zweitens ist ein Großteil der prognostizierten positiven Auswirkungen irreversibel durch Emissionen verursacht, die in der Vergangenheit liegen. Ein Blick auf die Auswirkung weiterer, zusätzlicher Emissionen, über die man jetzt entscheidet, zeigt, dass diese auch für industrialisierte Regionen negative Folgen haben. Ausführliche Sensitivitätsanalysen mit dem FUND-Modell haben gezeigt, dass zusätzliche Emissionen z.B. für die Vereinigten Staaten sicherlich schädlich sein werden. Solche Grenzschaäden weiterer Emissionen sind die relevante Größe, wenn ein Land über Regulierung von Treibhausgasemissionen entscheidet. Ein robustes Ergebnis der ökonomischen integrierten Bewertungsmodelle ist, dass die-

* Economic and Social Research Institute, Dublin.

Abb. 1
Schaden durch den Klimawandel im Jahr 2100



Quelle: FUND-Modell 2.8n; Berechnungen der Autoren.

se Grenzscha'den f#ur jede Weltregion positiv sind (also Scha'den und kein Nutzen) und damit f#ur jedes Land ein Anreiz besteht, Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Konkret kann man das z.B. derzeit in den USA beobachten: Das Repra'sentantenhaus hat dort mit der Waxman-Markey-Bill ein Gesetz zur Reduktion von Treibhausgasemissionen verabschiedet, eine klare Kehrtwende gegen#uber fr#uheren Jahren, in denen viele Abgeordnete jegliche Reduktion von Treibhausgasemissionen ablehnten. Ob das Gesetz letztlich in Kraft tritt, wird sich erst im Senat entscheiden, dennoch zeugen die Ereignisse dieses Jahres davon, dass die Politik der kompletten Ablehnung jeder Emissionsminderungen in den Vereinigten Staaten zu Ende geht. So erfreulich die Bewegung im US-Parlament ist, so ungu'nstig #uberscheidet sie sich zeitlich mit den Verhandlungen in Kopenhagen. Es scheint ausgeschlossen, dass der Senat vor der Verhandlungsrunde in Kopenhagen eine Entscheidung #uber das Gesetz treffen wird. Dies bedeutet letztlich auch, dass die Regierung der USA in Kopenhagen selbst kaum Spielraum hat, sich auf bindende Emissionsziele festzulegen.

Wachstumsregionen wie China und Indien werden im Jahr 2100 einen betr#achtlichen Anteil – jeweils 1,3 bzw. 2,2% ihres BIP – durch Klimawandelscha'den verlieren. Auch Brasilien, mit 2,9%, sieht durch den Klimawandel eine Reduktion seines Wohlstands. Diesen Schwellenla'ndern fa'llt eine Schl#usselrolle bei der Bek#ampfung des Klimawandels zu: Sie sind sowohl Verursacher als auch Opfer des Klimawandels. Die a'rmsten La'nder dieser Erde werden zwar von den

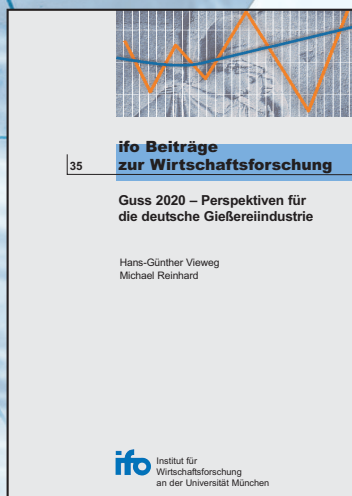
Folgen des Klimawandels besonders stark getroffen, ko'nnen aber durch ihre geringe o'konomische Bedeutung kaum selbst Einfluss auf den Verlauf des Klimawandels nehmen. Die reichsten La'nder haben zwar besonders hohe Emissionen, aber relativ gesehen leiden sie besonders wenig unter den Folgen des Klimawandels. In den Wachstumsregionen #uberscheiden sich diese Eigenschaften: Sie ko'nnen durch ihren gro'ssen Anteil an zuk#unftigen Emissionen selbst einen signifikanten Einfluss auf das Weltklima nehmen und sind gleichzeitig (anders als die Industrienationen) noch besonders anf#allig f#ur die negativen Folgen des Klimawandels. Diese Einsicht scheint sich herumgesprochen zu haben, so hat sich beispielsweise der chinesische Staatspra'sident Hu Jintao da'f#ur ausgesprochen, die Emissionen bis 2020 betr#achtlich zu senken. Weiterhin soll der Anteil nicht-fossiler Energien bis zu diesem Zeitpunkt auf 15% erh#oht werden. Brasilien ging Mitte November einen Schritt weiter und hat konkrete Reduktionsziele von rund 20% gegen#uber dem Jahr 2005 festgelegt. Diese sollen etwa zur Ha'lfte durch eine Reduktion der Abholzung erreicht werden.

Wie die Karte verdeutlicht, ergeben sich durch die Auswirkungen des Klimawandels sehr unterschiedliche Situationen f#ur die einzelnen La'nder. Dennoch ist es Ziel der Klimagespra'che, sich in Kopenhagen auf ein Dokument zu einigen, das alle Interessen vereint. Derzeit ist in verschiedenen La'ndern Bewegung auf politischer Ebene zu erkennen. Besonders in Schwellenla'ndern steigt der Druck, Klimapolitik ernst zu nehmen. Da diese La'nder in der Zukunft

zu den größten CO₂-Emittenten gehören, sind ihre Verpflichtungen und Reduktionen essentiell für die Begrenzung des Klimawandels. Staaten wie China und Indien werden ihr Handeln allerdings von Zugeständnissen Europas und der Vereinigten Staaten abhängig machen. Der Klimagipfel in Kopenhagen wird Positionen und Forderungen der jeweiligen Länder verdeutlichen, auch wenn große Unsicherheit bezüglich einer Einigung besteht. Eines ist jedoch offensichtlich – im Vergleich zum Rest der Welt sind Entwicklungsländer im Kampf gegen den Klimawandel derzeit die größten Verlierer.

Literatur

Hu Jintao's Speech on Climate Change, 22. September 2009, New York Times online, verfügbar unter:
http://www.nytimes.com/2009/09/23/world/asia/23hu.text.html?_r=2.
Frankreich und Brasilien bekennen sich zu Klimazielen, 14. November 2009, Spiegel online, verfügbar unter:
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,661344,00.html>.



ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung, 35

Guss 2020 – Perspektiven für die deutsche Gießereiindustrie

Hans-Günther Vieweg
Michael Reinhard

107 S., 75,- EUR
ISBN-13: 978-3-88512-488-7

Die Geschäftslage der Gießereiindustrie ist eng mit dem Investitionsklima verbunden. Deshalb werden die Unternehmen dieser Branche die Auswirkungen der infolge der Finanzkrise eingetretenen Rezession der Weltkonjunktur deutlich spüren. In der vorliegenden Studie werden die Entwicklungen in den weltweit wichtigsten Absatzregionen aufgezeigt, die auf Grundlage vorhandener Mittel- und Langfristprognosen erwartet werden können. Betrachtet wird der Weltmarkt, differenziert nach wichtigen Regionen (NAFTA, EU, Japan, Brasilien, Russland, Indien und China) und zukunftsträchtigen Branchen (Fahrzeugbau, Maschinenbau, Kraftwerksbau, Wasserversorgung, Windenergie, Bauwirtschaft). Im Ergebnis zeigen sich für die verschiedenen Marktsegmente unterschiedliche Geschäftsverläufe. Auf den Kraftwerksbau wird die Verschlechterung des weltweiten Investitionsklimas in den kommenden Jahren kaum Auswirkungen haben. Anlagen für den Einsatz von konventionellen, nuklearen und alternativen Treibstoffen werden weiter kräftig nachgefragt. Stärker kann es die Zulieferungen für den Luftfahrzeug- und den Schiffbau treffen. Für den Straßenfahrzeugbau werden angesichts der massiv gestiegenen Treibstoffpreise alternative Antriebe als Lösung erachtet. Es wird jedoch mittelfristig nicht zu einer Änderung im Volumengeschäft kommen, sondern zu groß angelegten Feldversuchen. Langfristig müssen die vom Straßenfahrzeugbau abhängigen Gießereien ihre Geschäftsmodelle entsprechend anpassen.

Aus dem Inhalt

- Die Entwicklung der Rohstoffmärkte
- Die Perspektiven der Weltwirtschaft bis 2020
- Der Weltmarkt für Gießereierzeugnisse
- Die wichtigsten Abnehmerbranchen
- Der Maschinenbau und die Bauwirtschaft

Die Autoren

Dr. **Hans-Günther Vieweg** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Branchenforschung des ifo Instituts. Er beschäftigt sich vor allem mit den Bereichen Investitionsgüterindustrie, Konjunkturanalysen und Untersuchungen zur Wettbewerbsfähigkeit der Industrie.

Michael Reinhard ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Branchenforschung des ifo Instituts mit den Arbeitsschwerpunkten. Industriepolitik, Innovationsökonomik, Forschungs- und Technologiepolitik.

$$\begin{aligned} P_0 &= p_2 + \frac{1}{2r} \\ P_u &= p_1 - \frac{1}{2r} \end{aligned} \quad f_n$$

$$P \leq p_2 \approx \int_{p_1}^{p_2} f_n \left(p/\theta; \frac{\theta(1-\theta)}{n} \right) d_p$$

Weitere Infos unter: www.cesifo-group.de



ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung, 36

Konjunkturprognose in Deutschland Ein Beitrag zur Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf Bundes- und Länderebene

Gerit Vogt

151 S., 25,- EUR
ISBN-13: 978-3-88512-490-0

Im Mittelpunkt der Studie steht die Konjunkturprognose in Deutschland, insbesondere das Bruttoinlandsprodukt als zentrale Konjunktur- und Prognosevariable. Ausgehend von der bestehenden Fachliteratur, gibt der Autor im ersten Teil einen Überblick über die aktuellen Prognoseaktivitäten in Deutschland auf der Bundes- und der Länderebene und diskutiert ihre Vor- und Nachteile. Die üblicherweise verwendeten Prognosemethoden lassen sich in drei Kategorien unterteilen: in nicht-formale Verfahren, in Verfahren, die auf ökonomischen Strukturmodellen beruhen, und in zeitreihenanalytische Verfahren.

Im zweiten Teil erweitert Vogt die vorhandene Literatur um zwei neue Ansätze: Zum einen untersucht er, inwieweit ausgewählte ifo-Konjunkturindikatoren Informationen enthalten, die zur Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands nützlich sind. Hierbei verwendet der Autor einen Ansatz, der Datenrevisionen explizit berücksichtigt und damit eine realitätsnahe Beurteilung der Indikatoreigenschaften erlaubt. Zum anderen stellt er ein an der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts entwickeltes Verfahren zur Prognose des sächsischen und ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts vor und geht auf dessen bisherige Treffgenauigkeit ein.

Aus dem Inhalt

- Definition und Aufgabe der Konjunkturprognose
- Methoden der Konjunkturprognose
- Prognoseaktivitäten auf Bundesebene
- Analyse der Prognoseeigenschaften von ifo-Konjunkturindikatoren
- Prognoseaktivitäten auf Länderebene
- Ein Ansatz zur Prognose des sächsischen BIP

Der Autor

Dr. **Gerit Vogt** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen auf den Gebieten der Konjunkturanalyse und -prognose. Mit dieser Arbeit promovierte er an der Technischen Universität Dresden.

$$P(p_1 < p < p_2) \approx \int_{p_1}^{p_2} f_n \left(p; \frac{\theta(1-\theta)}{n} \right) dp$$
$$P_0 = p_2 + \frac{1}{2n}$$
$$P_1 = p_1 - \frac{1}{2n}$$

Weitere Infos unter: www.cesifo-group.de



ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.cesifo-group.de>

